H 8040 F
Nummer 32
Dezember 94/Januar 95
3,-Mark

DER RECHTE RAND

INFORMATIONEN VON UND FÜR ANTIFASCHISTINNEN

Verläßt das sinkende Schiff

Die Erben wursteln weiter



Im Heft

Inhalt

Impressum

Verlag: Der Rechte Rand GbR
Rolandstraße 16 • Postfach 1324
30013 Hannover
Tel.: 0511/341036
Postgiro Hannover
Nr. 445586-301 • BLZ 250 100 30
Druck: Werkdruck Hannover
Satz und Layout: R. Simon
Erscheinungsweise: 6x im Jahr
V.i.S.d.P. Klaus Harbart
Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht immer die Meinung der Redaktion wieder

Eigentumsvorbehalt:

Editorial

Das Jahr 1994 endete für einige Kräfte des Neofaschismus mit derben Enttäuschungen. Nach den Mißerfolgen bei den Wahlen, bei denen sich keine der neofaschistischen Formationen durchsetzen konnte, erfolgte für viele doch überraschend das Verbot der militanten Wiking-Jugend. Auch wenn befürchtet werden muß, daß das Verbot als antifaschistisches Deckmäntelchen für unbeschwerte Vereinigungsfeiern und das Verkünden der „neuen Rolle Deutschlands im vereinten Europa" gedacht war, war es doch seit Jahrzehnten überfällig und deshalb zu begrüßen. Mit dem Verbot der WJ ist ein wichtiger Zugang von Kindern und Jugendlichen zur militanten Neonazi-Szene zumindest vorübergehend verstopft worden. Langfristig ist damit allerdings - ohne massives Vorgehen gegen die Kernorganisationen der sog. GdNF, bzw. die Strukturen der NSDAP/AO - kein entscheidender Schlag gegen den militanten Neonazismus geführt worden. Positiv ist angesichts des zögerlichen Verhaltens staatlicher Institutionen der Versuch Celler AntifaschistInnen, gegen das niedersächsische Neonazi-Zentrum in Hetendorf aktiv zu werden. Für Pfingsten 1995 wird derzeit im Raum Celle ein Zeltlager antifaschistischer Gruppen und Organisationen vorbereitet. In dessen Mittelpunkt sollen antifaschistische Kultur, gegenseitiges Kennenlernen verschiedener Antifa-Gruppen, aber auch Aktionen gegen das Neonazi-Zentrum stehen. Interessierte Gruppen können sich an den Antifa AK Celle, c/o Celler Zündel, Postfach 1591, 29201 Celle wenden.

Enttäuschend war für die rechtsextremen „Republikaner" auch deren Parteitag Mitte Dezember 1995. Dort erfuhren die Delegierten, daß der bisherige Schatzmeister mindestens 3,8 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung nicht beantragt hatte. Die damit verlorengegangenen Gelder dürften die Anziehungskraft, die die REP bisher auf karrieristische Pöstchenjäger unter den Rechtsextremisten ausübte, deutlich reduzieren. Angesichts des Wechsels an der Parteispitze von Schönhuber zu Schlierer kann dies ein weiterer Schritt in Richtung Bedeutungslosigkeit sein.

Kein Grund allerdings, die Gefahr des Neofaschismus/Rechtsextremismus für gebannt zu erklären. Solange staatliche Institutionen wie der „Verfassungsschutz" - der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogen - mit fragwürdigen V-Leuten aus der rechtsextremen Szene zusammenarbeiten, diese zum Teil sogar politisch instrumentalisieren, solange die Bundeswehr die Tradition der faschistischen Wehrmacht hochhält oder solange die Bundeszentrale für politische Bildung ultrarechten Autoren offensteht, solange stellt der Rechtsextremismus eine reale Gefahr für die politische Kultur der Bundesrepublik dar.

Das nächste Heft des Rechten Randes erscheint Anfang März. Redaktionsschluß ist am 16. Februar 1995.

Vertrieb

In der letzten Zeit gab es einige Probleme bei der Zustellung des Rechten Randes. Sollte der Adreßaufkleber auf dem zugesandten Heft fehlerhaft sein, bitten wir unsere LeserInnen um Zusendung einer Korrektur.

Gehäuft haben sich auch Beschwerden unserer AbonnentInnen, daß der Versandumschlag des Rechten Randes regelmäßig stark beschädigt (aufgerissen) wäre. Auch in diesem Fall bitten wir um eine Mitteilung (am besten per Postkarte). Wir gehen dann der Sache nach und versuchen herauszufinden, wo die Urheber für die Beschädigung zu finden sind.

Preiserhöhung

Seit Anfang '92 haben wir den Preis für den RECHTEN RAND stabil halten können. Zum Teil erhebliche Verteuerungen bei den Dienstleistungen (Porto, Kontogebühren) und den Druckkosten machen eine Preiserhöhung notwendig. Ab 1995 (bzw. ab der Ausgabe 32) gelten daher folgende Preise:

Einzelpreis 3,— DM
Einzelabo Inland 20 DM, Ausland 25 DM
Zweierabo 35 DM, Dreierabo 50 DM, Viererabo 60 DM
ab 5 Exemplaren je Ausgabe gibt es 30% Rabatt (Einzelpreis 2,10 DM).
Wir bitten unsere LeserInnen um Verständnis.

Nachbestellungen

Alte Ausgaben des RECHTEN RANDES sind, soweit noch vorrätig, zu folgenden Bedingungen zu erhalten.

Die Ausgaben Nr. 1, 6, 7, 15 und 21 sind ausverkauft und können als Fotokopie zum Preis von 4,- DM angefordert werden.
Die Ausgaben 2 - 5, 8 - 14 und 16 kosten jeweils 2,- DM.
Die Ausgaben 17 - 19, 22 - 31 kosten jeweils 2,50 DM.
Die Texte der Ausgaben ab Nr. 7 können auch als Diskette bestellt werden. Dafür berechnen wir pro Ausgabe 5,- DM.
Das Register für die Nummern 1 - 28 kann als Papierausdruck oder auf Diskette (ASCII und Word Format) für 10,- DM bezogen werden.
Dazu kommt dann noch das Porto.

Andres Garcia

V-Männer außer Kontrolle

Das Thema „Kontrolle der Geheimdienste" sorgt seit Jahren fortwährend für innenpolitischen Streit, immer aufs neue ausgelöst durch zahlreiche Skandale bundesrepublikanischer Nachrichtendienste. Erinnert sei hier nur an die sogenannte Traube-Affäre 1977 oder den Skandal um das sogenannte Celler Loch 1986. Ausgangspunkt für den ersten Fall war der illegale Einbruch von Verfassungsschützern in die Wohnung des Managers Klaus Traube und die rechtswidrige Installation einer Wanze an seinem Schreibtisch. Im zweiten Fall führten im Juli 1978 Geheimagenten im Auftrag des Verfassungsschutzes einen Bombenattentat auf die Justizvollzuganstalt in Celle aus.

Das jüngste brisante Beispiel: Die nach wie vor umstrittene Rolle des V-Mannes des Verfassungsschutzes Bernd Schmitt und seiner Kampfsportgruppe am Brandanschlag 1993 in Solingen, bei dem fünf türkische Mitbürgerinnen ermordet wurden. Dieser Vorgang und andere ähnlich gelagerte Fälle führen immer wieder zu der eigentlichen Kernfrage, nämlich der Kontrollierbarkeit der Geheimdienste.

Wer sich intensiv und kontinuierlich mit dem Phänomen Rechtsextremismus beschäftigt, stößt in die Recherche immer wieder auf V-Leute und der Mitwirkung von verschiedenen Nachrichtendiensten. Politisch und historisch interessant ist in diesem Zusammenhang die Frage, in welcher Beziehung bzw. Wechselbeziehung Rechtsextremismus und Verfassungsschutz zueinander stehen. Die ganze Problematik des Einsatzes von V-Leuten in der rechtsextremistischen Szene wird erst deutlich, wenn man die Strukturen und das Umfeld dieser Szene näher betrachtet.

Nach außen hin scheinen diese Gruppen oft heillos zerstritten und nichts miteinander zu tun zu haben. Doch wer sich darum bemüht einen Blick hinter die Kulissen zu bekommen, wird schnell entdecken, daß hinter dem Durcheinander ein System steckt, organisiert und verwaltet von einem bundesweiten Netz rechtsextremer Multifunktionäre [1]. Diese Struktur, bei der Köpfe wichtiger sind als irgendwelche Organisationsnamen, führt die in der Bundesrepublik seit 1949 ausgesprochenen Verbote rechtsextremer Gruppen letztendlich ad absurdum [2].

Der wegen rechtsterroristischer Aktivitäten vorbestrafte 65jährige Neonazi und aktuelle Bundesvorsitzende der FAP **Friedhelm Busse** z.B. war Mitglied in drei verbotenen Organisationen. Er war Funktionär des in den 50er Jahren verbotenen „Bund Deutscher Jugend" (BDJ), Kopf der in den 80er Jahren verbotenen rechtsterroristischen Vereinigung „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands" (VSBD) und Mitglied der jetzt verbotenen Wiking Jugend (WJ), in der bereits Kinder zur Gewaltbereitschaft, Intoleranz und Haß auf die Demokratie erzogen werden [3]. Doppel- und Mehrfachmitgliedschaften sind eigentlich keine Ausnahme, sondern die Regel. In Bonn z.B., wo es ca. 30 Mitglieder der FAP gibt, waren 20 gleichzeitig Mitglied in der WJ, und drei davon zusätzlich in der NF. Der überwiegende Teil dieser rechtsextremen Gruppen und Organisationen ist nach dem Führer- und Eliteprinzip straff hierarchisch aufgebaut. Hier haben militärische Begriffe wie Befehl und Gehorsam, Kameradschaft und Korpsgeist eine überragende Bedeutung. So kann zum Beispiel nicht jeder Mitglied der FAP werden. Und einmal hier eingebunden, ist der Ausstieg aus dieser Organisation mit enormen Schwierigkeiten verbunden.

Das Gespräch mit Aussteigern gibt hier tiefe Einblicke über die psychische Situation militanter rechtsextremer Gruppen und detaillierte Auskunft über die hierbei entstehenden Abhängigkeiten, die eine Abkehr von diesen Organisationen so sehr behindern.

Jugendliche, die an Schulen und Jugendzentren angeworben werden, und keine Mitgliedschaft in der WJ oder andere Referenzen vorweisen können, werden von solchen militanten Gruppen streng auf ihre Verwendbarkeit hin überprüft.

Zunächst hat man den Status des sogenannten Anwärters. Um bei der Elite aufgenommen zu werden und aufzusteigen, müssen sich diese Anwärter über einen Zeitraum, der mindestens ein Jahr beträgt, für die jeweilige Organisation bewähren. Gerade in dieser Zeit werden die Anwärter in vielfältige Aktivitäten eingebunden, die oft in Straftaten münden. Die Gewaltanwendung ist hier mehr als nur Einstiegsdroge. Der Nebeneffekt ist, daß die Jugendlichen aufgrund des Wissens über ihre begangenen Straftaten erpressbar gemacht werden, ohne selbst tiefere Einblicke in die eigentlichen Strukturen bekommen zu haben. Dieses elitäre und klandestine Ambiente schweißt die Mitglieder eng zusammen und macht auch den Ausstieg so schwierig.

In diesem hierarchischen Konstrukt behalten die Führer stets den Überblick und koordinieren bundesweite Aktionen. Die Hände machen sie sich meist nicht schmutzig und es ist oft schwer, ihnen etwas nachzuweisen. Relativ leicht ist dagegen der Ausstieg aus der Funktionärsebene ins Privatleben. Hier beruht die Erpressung meistens auf Gegenseitigkeit, wo beide Seiten etwas zu verlieren haben. In der Praxis läßt man sich dann stillschweigend in Ruhe.

Die soeben geschilderten Strukturen sind es, die den Einsatz von V-Leuten in der rechtsextremistischen Szene so problematisch machen. Ein V-Mann ist in der Regel kein Beamter des Verfassungsschutzes. Meistens rekrutieren die Nachrichtendienste ihre V-Leute in den rechtsextremistischen Organisationen selbst. So brauchen sie niemanden erst mühsam einzuschleusen. Doch hier fangen die Komplikationen an, denn in der Regel haben diese V-Leute ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild, sind äußerst geltungsbedürftig und gewalttätig und haben einen menschlich fragwürdigen Charakter. Die Frage, wie die Nachrichtendienste solchen windigen und unglaubwürdigen Menschen überhaupt Vertrauen entgegen bringen können, zumal die sich überhaupt an gar keine Spielregeln halten, ist hier also mehr als berechtigt.

Als äußerst problematisch sind die von den Nachrichtendiensten gedeckten sogenannten „milieubedingten Straftaten" anzusehen, mit



Jeder zehnte Nazi ein V-Mann? - Durchzählen, zwei, drei, ...! (2.,3.,4. von links, vorn, die FAP-Funktionäre Busse, Schüßler, Heise bei der Wiking-Jugend in Hetendorf, Pfingsten 1994.)

denen V-Leute einen offiziösen Freibrief für ihre Vergehen erhalten, so daß man sich fragen muß, wie kriminell dürfen V-Leute eigentlich sein? Ende der 70er Jahre z.B. bastelte der V-Mann des niedersächsischen Verfassungsschutzes **Hans Dieter Lepzien** selbst die Bomben für die Attentate der in Niedersachsen operierenden NS-Gruppe um **Paul Otte**[4]. Im Fall des V-Mannes des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes **Peter Weinmann** enthielt die 54 Seiten umfassende Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Düsseldorf Anfang der 70er Jahre u.a. die Anklagepunkte Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung, Gefangenenbefreiung, Sachbeschädigung und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Die Klage wurde lautlos eingestellt[5]. Die Regel ist, daß auch hier zwischen V-Mann und infiltrierter Gruppe das Wissen um gemeinsam begangene Straftaten gegenseitige und schwer kalkulierbare Abhängigkeiten schafft, die eine wie auch immer geartete Loyalität zu den Nachrichtendiensten konterkariert.

Oft wissen die infiltrierten rechtsextremen Gruppen über ihre V-Männer Bescheid bzw. schicken bewußt einen aus ihren Reihen als V-Mann zum Verfassungsschutz.

In Bielefeld brüstete sich 1985 die heute verbotene NF mit einer kompletten Video-Ausrüstung, die sie vom Verfassungsschutz über ihren V-Mann **Norbert Schnelle** erhalten hat[6]. Schnelle war von 1983-1985 V-Mann des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes, war beteiligt an mehreren Straftaten und warnte stets seine NF-Kameraden vor Hausdurchsuchungen. Für seine wertlosen Informationen erhielt er 14.400 DM, die zum Aufbau der NF eingesetzt wurden.

In Witten gaben 1988 zwei führende Funktionäre der FAP grünes Licht für folgende Aktion: „Hiermit erklären wir, daß die Tätigkeit von Kamerad **Andreas Szypa** für das Innenministerium und das Landesamt für Verfassungsschutz mit den zuständigen politischen Leitern unserer Gesinnungsgemeinschaft abgesprochen und genehmigt worden ist. Kamerad Szypa ist verpflichtet, die zuständigen Leiter über jeden Schritt und Inhalt seiner Tätigkeit in Kenntnis zu setzen. Es werden auch nur vorher abgesprochene Informationen weitergegeben. Andernfalls ist seine Tätigkeit nicht durch diese Absprache gedeckt. Von den staatlichen Zahlungen wird die Hälfte an die Gesinnungsgemeinschaft abgeführt".[7] Eine andere Abhängigkeit entsteht natürlich zwischen V-Leuten und Nachrichtendiensten. Art und Umfang des beiderseitigen Informationsaustausches und das Wissen um kriminelle Aktivitäten von V-Leuten lassen breiten Raum für Manipulationen, Mißbrauch und manchmal auch für gegenseitige Erpressungen zu. So finden sich z.B. in einer Selbstdarstellung des V-Mannes Peter Weinmann anläßlich seines Gerichtsverfahrens in Koblenz, Andeutungen in Richtung seiner Auftraggeber, die als Drohungen mit dem Auspacken über weitere ungesetzliche Handlungen verstanden werden können[5].

Über diese ganze Problematik können die sporadischen Erfolgsmeldungen oder „Positiv-Bilanzen" des Verfassungsschutzes, veröffentlicht z.B. in den „Texten zur Inneren Sicherheit", nicht hinwegtäuschen.

Beim Thema „Repressive Auseinandersetzungen mit dem Rechtsextremismus" behauptet Dr. Peter Frisch, Vizepräsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln, in einem 1992 erschienenen Text, daß der Verfassungsschutz immer wieder seine Einzelerkenntnisse über bevorstehende Aktionen von Rechtsextremisten rechtzeitig an die Polizei und Ordnungsbehörden weitergeleitet habe. Als Beleg nennt er einen Vorgang von 1971:

„Hier hatte nach dem sogenannten Widerstandskongress im Herbst 1970 in Würzburg die „Deutsch-Soziale-Aktion" eine Reihe von Überfällen auf Botschaften, Politikhäuser, Parteigeschäftsstellen und ähnliche Einrichtungen demokratischer Organisationen oder Persönlichkeiten durchgeführt. Dem Verfassungsschutz gelang es, V-Leute als scheinbare Mitglieder in diese Organisation einzuschleusen; sie konnten dann rechtzeitig über bestimmte Planungen berichten. Als die Gruppe bei den vorgesehenen Aktionsorten eintraf, wurden sie schon von Hundertschaften der Polizei erwartet. Wie ein Spuk zerflog diese Gruppe".[8]

Solche Erfolgsmeldungen sollte man allerdings eher kritisch auf ihren Wert und ihren Wahrheitsgehalt hin überprüfen. Eine sorgfältige Nachrecherche der von Verfassungsschützer Frisch angesprochenen und in Bonn stattgefundenen Aktionen der „Deutsch-Sozialen-Aktion" (DSA) erbrachte jedenfalls ein völlig anderes Ergebnis. Zum einen lauteten die Schlagzeilen der lokalen Presse 1971 nicht etwa „Hundertschaften der Polizei erwarteten Rechtsextremisten - alle wurden festgenommen," sondern im Gegenteil, „100 Mann hielten die Polizei zum Narren" und „Polizei war gegen das Treiben machtlos".[9]

Es stimmt auch nicht, daß V-Leute in diese Gruppe eingeschleust wurden. Vielmehr war es so, daß die DSA ähnlich wie andere militante und terroristische Gruppen der 70er Jahre teilweise oder sogar ganz von V-Leuten gegründet wurden. Eine im Nordrhein-Westfalen operierende terroristische Organisation, die „Europäische Befreiungsfront" (EBF), wurde z.B. vom V-Mann **Krahberg** Ende 1969 gegründet. Und auch die Aussage von Verfassungsschützer Frisch, daß die Gruppe wie ein Spuk zerflog stimmt so auch nicht. Nach längerem ungehinderten Treiben gründeten die Aktivisten der DSA Friedhelm Busse und V-Mann Peter Weinmann in Krefeld einfach einen neuen Verein mit dem Namen „Partei der Arbeit" (PdA), dem Vorläufer der terroristischen Vereinigung VSBD[5].

Ein Indiz für die Dimension der Verwicklung der Nachrichtendienste in rechtsterroristischen Gruppen zeigte sich 1983, als in Berlin V-Mann **Werner Lock** enthüllte, daß die bundesweit operierenden, nach außen hin angeblich nicht zusammenhängenden Wehrsportgruppen wie die „Wehrsportgruppe Hoffmann" oder die „Deutschen Aktionsgruppen" von Manfred Roeder, einen internen Zusammenhalt durch Kontaktpersonen und bundesweite konspirative Treffen aufrechterhalten.

Werner Lock berichtet weiter, daß es auf einem sogenannten „Trebeler Treffen" am 17. Juni 1977 gemeinsame Absprachen für Anschläge und Überfälle gab. Und - man halte sich fest - daß von den ca. 100 Anwesenden 10% V-Männer waren. Darunter die V-Männer **Werner Gottwald** und der bereits erwähnte Hans Dieter Lepzien aus Peine, der Sprengstoffexperte der sogenannten Otte-Gruppe.

In Anbetracht dieser und von anderen V-Leuten gemachten und gleichlautenden Aussagen ist die Frage gerechtfertigt, wieso dem Rechtsextremismus in der Bundesrepublik nicht schon frühzeitig das Wasser abgegraben worden ist. Mit anderen Worten, gemessen an dem Wissen der Nachrichtendienste über den Rechtsterrorismus der letzten 20 Jahre, war die Verarbeitung und Weiterleitung dieses Wissens im Dienst einer demokratischen Gesellschaft äußerst uneffektiv. Hält man sich vor Augen, daß es in der Bundesrepublik keine wirksame parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes und anderer Dienste gibt, bedeutet die bisherige Praxis, speziell im Bereich Rechtsextremismus inklusive des Einsatzes von V-Leuten, eher eine reale Gefahr für die Demokratie. Denn wer kann garantieren, daß die Geheimdienste resistent gegen eine Instrumentalisierung durch politische bzw. gesellschaftliche Interessengruppen und Parteien sind? Wer kann garantieren, daß die Beamten der Nachrichtendienste resistent gegen jegliche Art von Korruption und Mißbrauch im Amt sind? Und wer kann ausschließen, daß es in den Geheimdiensten nicht Leute gibt, die auf eigene Faust operieren und Politik machen?

Letztendlich lassen sich viele berechtigte Fragen nur durch eine Offenlegung der Strukturen beantworten. Nur die Transparenz und die demokratische Kontrolle der Nachrichtendienste kann hier bereits eingeleitete Fehlentwicklungen stoppen. Vielleicht müßte man dann an vielen Punkten die jüngste Geschichte der Bundesrepublik bzw. des Extremismus neu schreiben.

Anmerkungen

[1] siehe auch „Drahtzieher im braunen Netz - Der Wiederaufbau der NSDAP", Hrsg. ID-Archiv im internationalen Institut für Sozialgeschichte, Amsterdam (1992), Edition ID-Archiv und „Heute gehört uns die Straße" von Michael Schmidt, ECON Verlag (1994)

[2] u.a. „Sozialistische Reichspartei" 1952, „Bund Deutscher Jugend" 1953, „Wehrsportgruppe Hoffmann" 1980, „Volksozialistische Bewegung Deutschlands" 1982, „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" 1983, „Nationalistische Front" 1992, „Deutsche Alternative" 1992, „Nationale Offensive" 1992, „Nationaler Block" 1993, „Heimattreue Vereinigung Deutschlands" 1993 und „Freundeskreis Freiheit für Deutschland" 1993

[3] Blick nach Rechts Nr.23, 16.11.93, S.4

[4] Stern Nr.42, 9.10.1980, S.282

[5] Selbstdarstellung von V-Mann Peter Weinmann, veröffentlicht in „Tiroler" Nr.42, 1994

[6] Stern 16.4.1987, Neue Westfälische 16.4.1987

[7] aus dem internen FAP-Blatt „Schwarze Fahne" Nr.3 (November 1988), Titel: „Verfassungsschutz reingelegt"

[8] Dr.Peter Frisch, „Die Bekämpfung des Rechtsextremismus durch den Verfassungsschutz", in Texte zur Inneren Sicherheit „Extremismus und Fremdenfeindlichkeit" Band II, Hrsg. Bundesminister des Innern, Bonn (Oktober 1992), S.43

[9] General-Anzeiger 18. und 21.1.1971

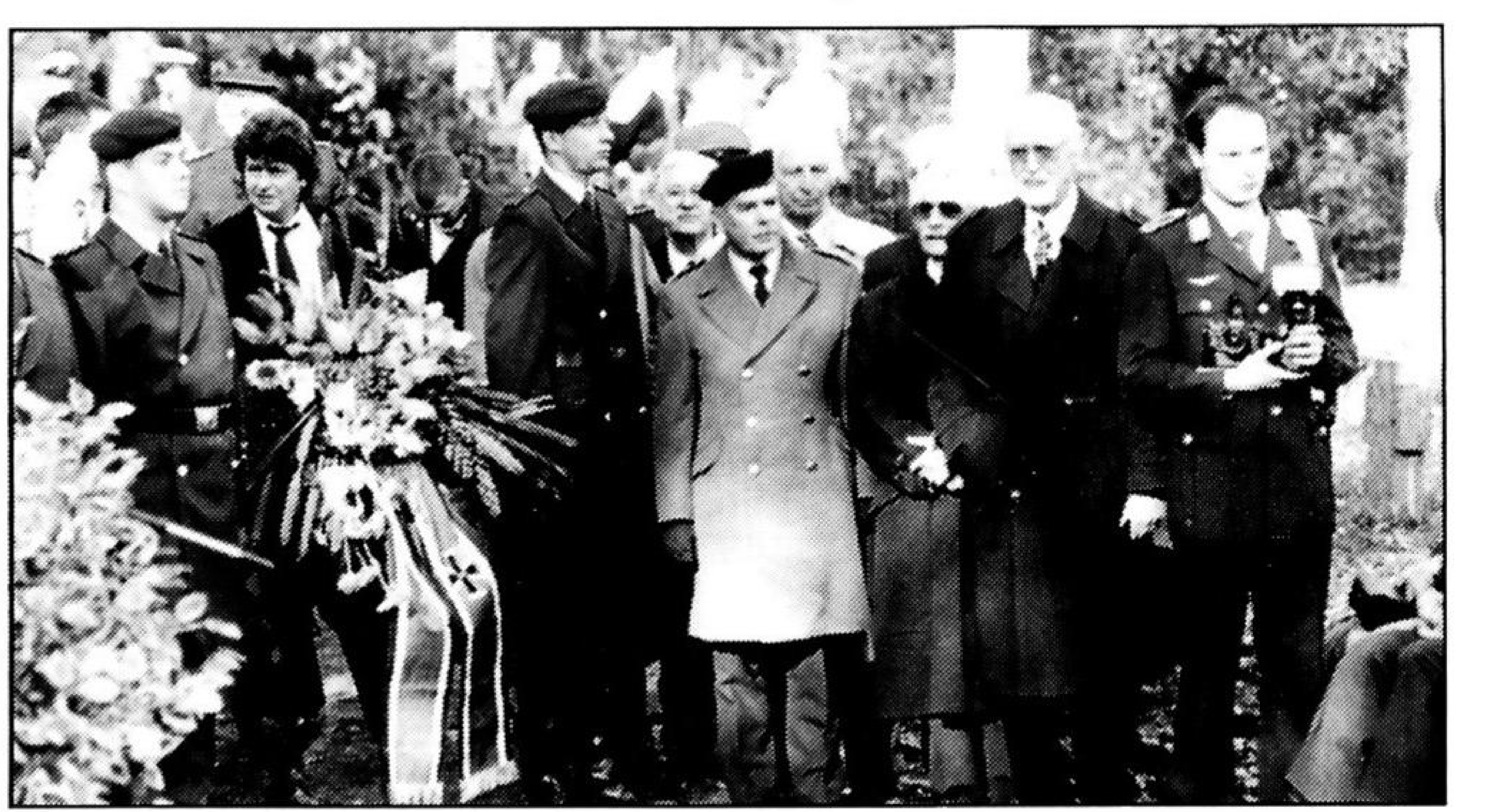
Jürgen Grewen/David Taylor

Fragwürdige Tradition der Bundeswehr

5. November, ein grauer Samstag, passend zu den gespenstischen Szenen an den Kriegsgräbern in Königswinter-Ittenbach bei Bonn. Unter Polizeischutz fahren Busse der Bundeswehr vor, aus denen älteren Herren mit skurrilen Orden entsteigen. Das Siegburger Wachbataillon bläst zu diesem eigenartigen Stelldichein den Marsch. Wir befinden uns mitten in einer Gedenkfeier der „Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger e.V." (OdR).

Nachdem das Bundestreffen der Ritterkreuzträger im vergangenem Jahr in Celle unter großem öffentlichen Protest und entsprechend großer Aufmerksamkeit der Medien stattfand, entschloß man sich in diesem Jahr unter den Schutz der Bundeswehr zu stellen. So fand der 40. Jahrestag der Ordensgemeinschaft vom 4. bis 6. November überwiegend auf dem Gelände der Bundeswehrkaserne in Porz-Wahn bei Köln statt. Während des Zweiten Weltkrieges waren 7318 Ritterkreuze, über deren Verleihung Adolf Hitler persönlich entschied, überreicht worden, darunter 438 an Angehörige der Waffen-SS. Die Bundesregierung wertete die Beteiligung der Bundeswehr an solchen Bundestreffen der Ordensgemeinschaft bisher als „Zeichen der kameradschaftlichen Verbundenheit mit den ehemaligen Soldaten und ihren Familien" und als „Ausdruck eines gelebten Traditionsverständnisses".

Bezugnehmend auf die Traditionen eröffnete der Bonner Standortpfarrer der Bundeswehr diese Gedenkfeier. Die Kernaussage seiner Rede an die Ritterkreuzträger gerichtet: *„Gott aber prägt die Geschichte um und macht aus der Niederlage einen Sieg. Und kann man das nicht sagen, daß unser deutsches Volk, das nun wiedervereinigt ist, in dieser Weise eine Gnadenzeit unseres Gottes erlebt hat, daß aus der Vernichtung des zweiten Weltkrieges neues Leben entstanden ist?"*



Bundeswehr und Ostlandritter: Siegfried Keiling, Bad Homburg, Vorsitzender der Deutsch-Rußländischen Gesellschaft, 3. v.r.

Die anwesenden ewiggestrigen Träger des teilweise noch mit Hakenkreuz verzierten Eisernen Kreuzes hörten solchen Worten gerne zu. Der Bundesvorsitzende der Ordensgemeinschaft **Wolfram Kertz** aus Lohmar bedankte sich aufrichtig für das „ehrende Geleit" der Bundeswehr. In seiner Rede knüpfte er an die Worte des Standortpfarrers an und behauptete, nur ein Bekenntnis zur Vergangenheit sei die Voraussetzung für ein künftiges Leben in Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit. Voller Stolz verkündete er: *„Wir tragen das Eiserne Kreuz als ein ehernes Zeichen des opferbereiten Einsatzes an der Front desWeltkrieges".*



Wolfram Kertz, rechts

Eigentlich verwunderte gerade die Teilnahme des in letzter Zeit durch Skandale geplagten Siegburger Wachbataillons an diesem Ereignis überhaupt nicht. Im Mai waren sieben Angehörige des Bataillons in Siegburg in eine Auseinandersetzung mit fremdenfeindlichen Hintergrund beteiligt. Soldaten der Elitetruppe sollen dabei Äußerungen wie „Juden raus" und „Ausländer raus" von sich gegeben haben. Das von der Staatsanwaltschaft Bonn im Juli eingestellte Verfahren wurde Anfang November 1994 erneut aufgenommen. Laut NRW-Justizministerium besteht weiterhin der Verdacht der Volksverhetzung. Im Rahmen der Berichterstattung über diesen Vorfall hatte das Fernsehmagazin Monitor am 7. Juli 1994 darüberhinaus über den Fall **Jürgen Grusenik**, einen rechtsextrem eingestellten Ausbilder bzw. Kommandeur des Siegburger Wachbataillons, berichtet. ◪

Horst Freires

Zersetzungserscheinungen beim BfB

Beim Anfang 1994 vom ehemaligen bayrischen FDP-Landesvorsitzenden **Manfred Brunner** gegründeten „Bund freier Bürger" (BfB) machen sich verstärkt Zersetzungserscheinungen bemerkbar. Hintergrund ist unter anderem auch eine inhaltliche Parteikurs-Kontroverse.

Brunner sieht sich zum österreichischen FPÖ-Führer **Jörg Haider** hingezogen (das erklärte der neue REP-Bundesvorsitzende **Rolf Schlierer** auf dem Bundesparteitag seiner Partei in Sindelfingen übrigens ebenfalls). Haider unterstützte den BfB-Wahlkampf mit wenigen persönlichen Auftritten, unter anderen in Hamburg.

Anfang November 1994 warf der schleswig-holsteinische Landesvorsitzende des BfB, **Godehard Schmidt-Goertz** (Süderbrarup) das Handtuch. Er war über die CDU zu einem von drei Sprechern des im nördlichsten Bundesland inzwischen wieder aufgelösten „Christlich-Konservativen Deutschlandforums" geworden. Er ist Leser von und Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit". Mit ihm trat auch seine Stellvertreterin **Renate Wertz** (Lütjenburg) zurück. Offizielle Begründung: Zu starke Rechtslastigkeit des Bun-desverbandes. Die Haider-Anlehnung paßte auch dem baden-württembergischen Landesvorsitzenden Dr. **Gerhard Pfreundschuh** - ehemaliger Landrat des Odenwaldkreises - nicht. Folge: Rücktritt und Parteiaustritt.

Diese Liste ließe sich fortsetzen: Mit den Professoren **Joachim Starbatty** (Tübingen) und **Karl Albrecht Schachtschneider** kehrten zwei führende Theoretiker der Partei den Rücken. Starbatty war immerhin stellvertretender Bundesvorsitzender und Europawahlkandidat für den BfB. Er ist Referent beim Studienzentrum Weikersheim, der Rechtsaußen-Kaderschmiede von **Hans Filbinger**. Schachtschneider, ebenfalls stellvertretender Bundesvorsitzender, ist gelegentlich Autor in dem Organ „Epoche" - angesiedelt zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus. ◪

Anton Maegerle

"Das Parlament"

Staatliches Forum für Ultrarechte

Die jüngste Ausgabe der im 44.Jahrgang erscheinenden Wochenzeitung „Das Parlament. Die Woche im Bundeshaus" (Doppelausgabe Nr. 45/46 v. 11./18. November 1994) -aus dem Hause der „Bundeszentrale für politische Bildung"- wartet mit der Themenausgabe „Deutsche Streitfragen" auf. Skandalös ist, daß der Großteil der „Parlament"-Autoren ultrarechten Zirkeln aus dem Ideologenkreis der Wochenzeitung „Junge Freiheit", der Vierteljahresschrift „Criticon", dem „Berliner Appell" und einer Solidaritätskampagne für den Historiker **Rainer Zitelmann** entstammt. Verantwortlich für die Konzeption dieser Ausgabe zeichnen die „Parlament"-Redakteurin **Claudia Schute** und **Ansgar Graw**, der den Redakteuren der JF anläßlich des 5jährigen Bestehens im Juni 1991 bescheinigte: „Es ist wichtiger - und die Zeitungsmacher haben das offenkundig erkannt - inhaltlich Fraktur zu reden als lahme Inhalte in Fraktur zu drucken". Einschlägig bekannt ist Graw, stellvertretender Bundesvorsitzender der „Jungen Landsmannschaft Ostpreußen" (JLO), als Dauerautor im revanchistischen „Ostpreußenblatt", ebenso wie als Autor in „Criticon". Hervorgetan hat er sich im letzten Jahr als Co-Autor des Buches „Königsberg morgen" (Mut-Verlag), dem die rechtsextreme Monatszeitschrift „Nation+Europa" das Prädikat „lesenswert" bescheinigte. Autoren in der „Parlament"-Ausgabe „Deutsche Streitfragen" sind u.a.: **Herbert Ammon**, Interviewpartner und Autor in der „Jungen Freiheit" sowie Autor in der nationalrevolutionären Postille „wir selbst", **Uwe Greve**, Unterzeichner des „Berliner Appells", Autor im „Deutschland-Magazin", „Ostpreußenblatt", „Junge Freiheit", „Criticon". Greve, seit Mai 1990 Landesvorsitzender der Ost-und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU Schleswig-Holstein (CDU-Mitglied seit 1970), ist langjähriges Vorstandsmitglied der Mittelstandsvereinigung und Verfasser des Buches „Parteienkrise - CDU am Scheideweg" (Ullstein-Report), das im rechtsextremen Lager als „Streitschrift wider den Geißler-Kurs in der CDU" angepriesen wird. „Nation+Europa", führendes ideenpolitisches Organ bundesdeutscher Rechtsextremisten, dazu: „Gebt dieses Buch CDU-Mitgliedern und Anhängern!", **Hans Heckel**, Unterzeichner des „Berliner Appells", Referent bei den 11. „Bogenhausener Gesprächen" der rechtsextremen Burschenschaft Danubia, Autor im „Ostpreußenblatt" und im Organ des „Bundesverbandes der Vertriebenen" (BdV), der „Deutschen Rundschau", **Gunnar Sohn**, Autor in „Criticon", in der „Jungen Freiheit", Unterzeichner des „Berliner Appells", **Günter Stammes**, Eigentümer und Leiter des 1976 von ihm gegründeten ultrarechten Krefelder Verlages „Sinus", auf den positiv in „Criticon" hingewiesen wurde; Vorsitzender der CDU-Mittelstandsvereinigung im Kreis Viersen, einst Autor in „Student", **Joachim Weber**, Autor in „Criticon" und im „Ostpreußenblatt", Unterzeichner des „Berliner Apells", Dr.**Karlheinz Weißmann**, Mitglied der „Deutschen Hochschulgilde", Autor in „Criticon", Unterzeichner des „Berliner Appells", Referent beim „Studienzentrum Weikersheim", Unterzeichner einer Solidaritätserklärung für den Berliner Historiker Rainer Zitelmann. Zu seinem 1992 erschienenen Buch „Rückruf in die Geschichte. Die deutsche Herausforderung" (Ullstein-Verlag) merkt „Criticon" an: „Dieses Buch ist nicht zufällig das Flaggschiff der jungen Rechten geworden". Der „Euro-Kurier" aus dem rechtsextremen Verlagskomplex Grabert dazu: „Mit beißender Kritik rechnet er mit der herrschenden Kaste der deutschen Intellektuellen unter dem Bonner Etablishment ab. ...Wir brauchen solche Geschichtslehrer für unsere Jugend, die der Wahrheit verpflichtet sind!"

Nachzutragen bleibt, daß als „Parlament"-Herausgeber Dr.**Günter Reichert** fungiert, der seit dem 1. August 1992 der Bundeszentrale für politische Bildung als Präsident vorsteht. Reichert, einstiger Büro-Chef von Alfred Dregger (heute: Ehrenvorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitunterzeichner des „Berliner Appells"), war Mitglied der Bundesversammlung der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" (1992) und ist Bundesbruder der „Deutschen Gildenschaft", einer „elitären Kleinstgemeinschaft innerhalb des deutschen Korporationswesens" (H. Kellershohn), die auch eine maßgebliche Rolle bei der Entwicklung der „Jungen Freiheit" spielt - so kommt ein hoher Anteil der Autoren aus der Gildenschaft oder ist ihr eng verbunden. Die „Deutsche Gildenschaft" definiert sich selbst als einen Verband, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, „der Volks- und Staatsgemeinschaft volkspolitisch vorgebildete, zum Einsatz in Staat, Politik, Wirtschaft und Kultur befähigte und bereite Hochschulabsolventen als künftige Führungskräfte zur Verfügung zu stellen."

Zur Übernahme des Präsidentenamtes bei der Bundeszentrale für politische Bildung gratulierten die „Blätter der Deutschen Gildenschaft" ihrem Mitglied Reichert, der Mitte der 60er Jahre Bundesvorsitzender des „Arbeitskreises Sudentendeutscher Studenten" (ASST) war, der der „Sudetendeutschen Landsmannschaft" zuzurechnen ist, wie folgt: „Wir wünschen ihm zu dieser verantwortungsvollen Aufgabe Glück und hoffen, daß die schon bisher sehr ordentliche Arbeit dieses Amtes unter seiner Leitung weiter im Dienste unseres Staates und der Wahrheit gedeihen möge."

Veranstaltungsreihe

Antifaschistische Aktivitäten bei den Landwirten im Mittleren Westen der USA

Antifaschistische Arbeit bei den Landwirten begann in den frühen 80er Jahren, als die bäuerlichen Familienbetriebe im mittleren Westen der USA durch die Agrarkrise radikalisiert wurden. Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Organisationen starteten eine abgestimmte Organisierungskampagne nach den ersten öffentlichen Protesten. Antifaschistische Arbeit war die Antwort auf diese Kampagne der extremen Rechten.

Obwohl traditionelle faschistische Organisationen wie z.B. der Ku-Klux-Klan einige Appelle an die Landwirte richteten, waren die neuen Gruppen am erfolgreichsten, die ihre Botschaft auf die Landwirte und die Landbevölkerung zuschnitten. Zu diesen Organisationen gehörten die „Liberty Lobby" und zahlreiche kleinere Gruppen der „Christian Identity". Sie machten für die Agrarkrise u.a. die „internationalen jüdischen Bankiers" verantwortlich.

Um die Rechten zu bekämpfen entwickelten sich zwei verschiedene antifaschistische Richtungen. Eine Tendenz argumentierte, daß die beste Methode im Kampf gegen die Rechten sei, organisiert für eine fortschrittliche Lösung der ökonomischen Krise zu kämpfen, indem eine Allianz mit anderen fortschrittlichen Bewegungen, insbesondere den Bewegungen der Schwarzen, gebildet würde. Eine zweite Stategie versuchte eine stärker auf Erziehung ausgerichtete Kampagne gegen Antisemitismus und Rassismus zu kombinieren mit dem Wachrütteln moderater kirchlicher und fortschrittlicher Vetretungsorgane der Landwirte. Dabei sollten dann Gewerkschaften, jüdische, schwarze und Bürgerrechtsorganisationen zur Unterstützung der bäuerlichen Interessen gewonnen werden.

Im Laufe der Jahre sind diese beiden Strategien verschmolzen und bilden die Grundlage für eine dauerhafte Organisierung fortschrittlicher Landwirte.

Auf einer Rundreise durch einige bundesdeutsche Städte berichten US-amerikanische Antifaschisten über ihre Arbeit im mittleren Westen.

Termine:
19.2.95 Wuppertal;
20.2.95 Oldenburg; 19.30 Uhr im Alhambra
21.2.95 Hannover; 19.30 Uhr im Freizeitheim Lister Turm
22.2.95 Braunschweig;
24.2.95 Kiel; 20.00 Uhr im Kommunikationszentrum Pumpe

Klaus Harbart

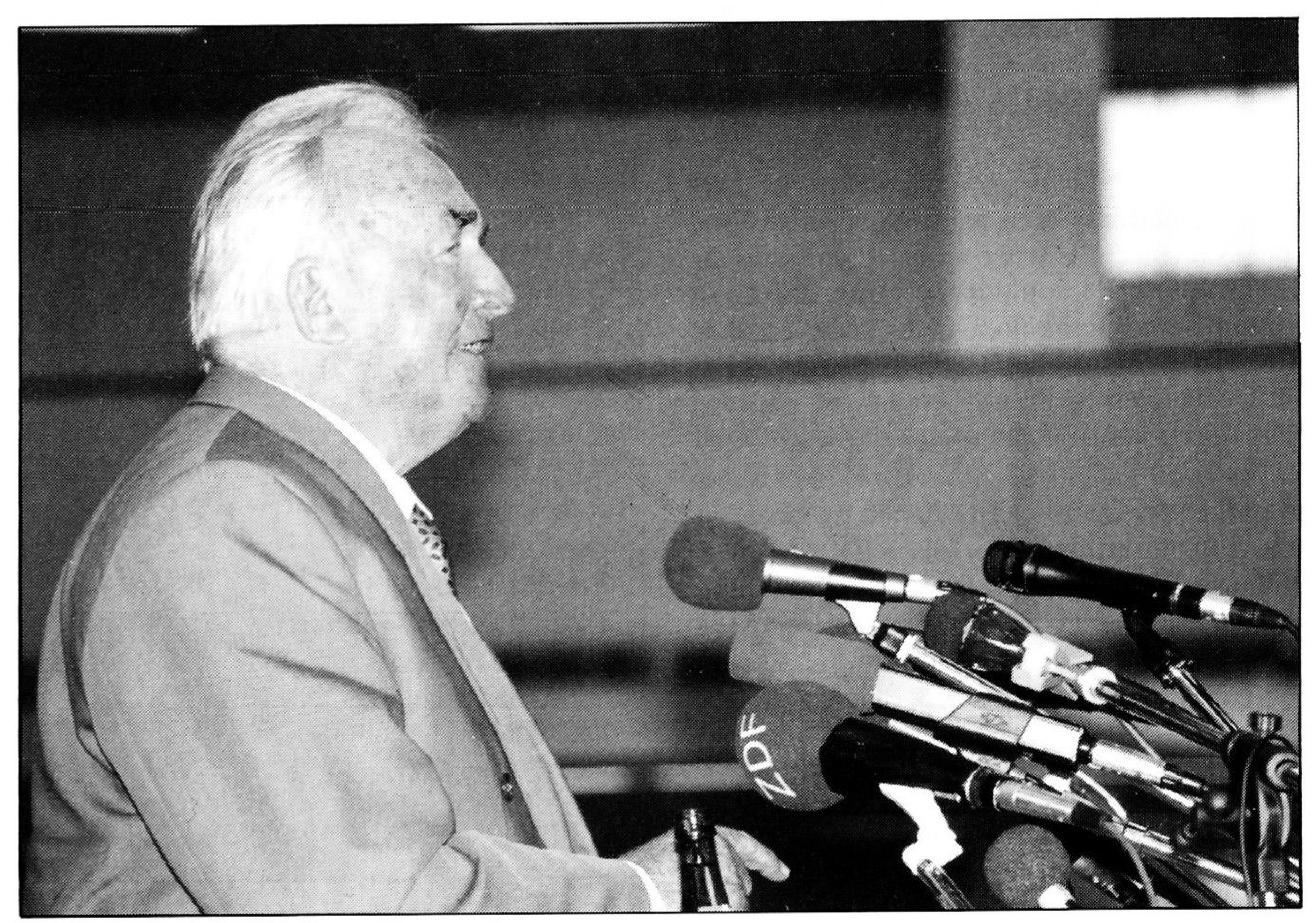
Der seichte Abgang des Führers

Hauen und Stechen wurde erwartet vom Bundesparteitag der Republikaner am 17./18.12.1994 in Sindelfingen. Doch der angeschlagene REP-Chef Franz Schönhuber überließ ohne große Auseinandersetzungen seinem Nachfolger Rolf Schlierer das Feld. Angesichts der Tatsache, daß die alte REP-Führung insgesamt 3,8 Millionen DM Wahlkampfkostenerstattung in den Sand gesetzt hatte, war Schadensbegrenzung das Motto des Parteitages.



Versiebte 3,8 Millionen: Herzlichen Dank, Herr Pahl!

Im Vorfeld des REP-Parteitages standen die Zeichen auf Sturm. Nach einem Treffen zwischen dem Vorsitzenden der DVU, **Gerhard Frey** und **Franz Schönhuber** unternahmen die Stellvertreter Schönhubers, **Rolf Schlierer** und **Alexander Hausmann** zwei Versuche, ihn als Parteivorsitzenden abzusetzen. Beide Male setzte sich Schönhuber mit Erfolg juristisch zur Wehr. Er selbst griff die "Königsmörder" oder wie er sie nannte, die "Troika der Putschisten" (zu der er auch den baden-württembergischen Landesvorsitzenden **Christian Käs** zählte), im Parteiorgan "Der Republikaner" bzw. im Vorfeld durch einen Brief an die Mitglieder des Bundesvorstandes an. Geltungssucht und eine Selbstbedienungsmentalität kritisierte er beispielsweise an der REP-Fraktion im baden-württembergischen Landtag.



Der letzte große Auftritt - und alle Sendeanstalten hören zu

Ein Vorwurf, der u.a. von der rechtsextremen Zeitschrift "Europa vorn" weiterverbreitet wurde. So sollen in Baden-Württemberg im Jahre 1993 580.000 DM an Funktionäre gezahlt worden sein, wobei sich auch mehrere Landtagsabgeordnete neben ihrer Grunddiät und der Aufwandsentschädigung von über 10.000 DM je Monat aus der Parteikasse entlohnen ließen.

Auf dem Parteitag selbst allerdings wurde die Konfrontation nicht gesucht. Auch die von der Schönhuber-Fraktion im "Republikaner" vorgeschlagene Kandidatin für den Bundesvorsitz , die Berlinerin **Ingeborg Seifert** zeigte kein Interesse an einer Kandidatur. So wurden von Schönhuber nur einige wenige Pfeile gegen seine Kontrahenten abgeschossen. Wesentlich mehr Gewicht legte er in seiner Rede, die in keinem Punkt einem Rechenschaftsbericht entsprach, auf das Beschwören einer angeblich heroischen Vergangenheit bzw. der Erfolge der REP. Mit einer seiner typischen Wahlkampfreden, die vor ausländerfeindlichen und antisemitischen Tiraden nur so strotzte, verabschiedete sich Schönhuber von seiner Gefolgschaft, die ihm mit stehenden Ovationen (von wenigen Ausnahmen abgesehen) wie in alten Zeiten dankte.

Damit war dann auch die Ära Schönhuber für die REP vorbei. Das Gerangel um die Nachfolge konnte losgehen. Die "Generaldebatte", in weiten Teilen eher ermüdend, brachte zwar einige Kritikpunkte an der Amtsführung Schönhubers zu Tage, verdammte aber in der Mehrheit den "Königsmord" an dem Parteichef.

Herhalten mußte hier der bisherige stellvertretende Parteivorsitzende Alexander Hausmann, dem im Vorfeld von einem REP-Mitglied dessen jüdische Vorfahren vorgehalten wurden. Der Kandidat der sog. "nationalliberalen" Fraktion Schlierer sah sich in diesem Zusammenhang gar genötigt zu erklären, daß er kein "Königsmörder" sei und seine Kandidatur erst nach Schönhubers Verzicht angemeldet habe.

Als Gegenkandidat empfahl sich der ehemalige CDU-MdB und jetzige REP-Landesvorsitzende von Sachsen-Anhalt, **Rudolf Krause**. In einer ausgiebigen Vorstellung breitete er vor den Delegierten sein geschlossen rechtsextremes Weltbild aus. Unter Beschwörung volksgemeinschaftlicher Vorstellungen knüfte er immer wieder an die NS-Terminologie an und konnte damit mehrfach wahre Beifallsstürme bei den Parteitagsdelegierten verbuchen.

Doch letztlich überwogen die Ängste vor einer weiteren Stigmatisierung der REP als rechtsextreme Partei. Mehrere Angehörige des öffentlichen Dienstes (unter ihnen der Bremer Landesvorsitzende und Polizist **Ralf Riedemann**) appellierten an die Delegierten, Schlierer und damit eine Abgrenzung gegen DVU, NPD und die militante Neonazi-Szene zu wählen. Mit Erfolg. Der 1955 geborene und bisherige stellvertretende Bundesvorsitzende Dr. Rolf Schlierer setzte sich mit 335 Stimmen gegen Dr. Rudolf Krause (224 Stimmen) durch. Wenig erfolgreich blieb der bayrische Landesvorsitzende und Schönhuber-Vasall **Wolfgang Hüttl**, der mit 33 Stimmen kläglich scheiterte und seine Karriere bei den REP beendet haben dürfte.

Daß die REP den radikal rechtsextremen Flügel in der Partei nicht missen mögen, machten die Wahlen der stellvertretenden Bundesvorsitzenden deutlich. Den größten Stimmenanteil konnte Rudolf Krause mit 388 Stimmen für sich verbuchen. Damit stellt er das offen rechtsextreme Pendant zu Schlierer dar, der sich als "Nationalliberaler" und Intellektueller verkaufen, den rechten Rand der FDP (um **von Stahl** und **Zitelmann**) für die "Republikaner" einsammeln und sich der CDU/CSU als Mehrheitsbeschaffer andienen möchte.

Seine vollmundige Ablehnung der Zusammenarbeit mit anderen rechtsextremern Organisationen (dem "rechten Narrensaum") ist indes angesichts seines Umgangs mit der eigenen Biographie nicht gerade glaubwürdig. Pünktlich zum Parteitag wartete nämlich die



Parteitagsdiskussion; hinten: Christian Käs und Alexander Hausmann; vorn: Ingeborg Ackermann und Franz Schönhuber

NPD mit der Meldung auf, daß Rolf Schlierer Mitglied des "Nationaldemokratischen Hochschulbundes" (NHB), Eintrittsdatum 07. 05.1974, gewesen sei. Eine Tatsache, die - wenn sie denn wahr sein sollte - von dem auf Reputierlichkeit bedachten Schönhuber-Nachfolger bisher verschwiegen wurde.

Politisch orientiert der neue REP-Chef vorgeblich weniger auf die Wählerschaft aus den Bierzelten. Er will mit kommunal- und landtagspolitischer Basisarbeit hauptsächlich zu den Themengebieten "Einwanderung", "innere Sicherheit" und "starker Staat" die Republikaner etablieren und "sie dann von unten nach oben in der politischen Vertretungshierarchie aufbauen", erklärte er in einem Interview in der Wochenzeitung "Junge Freiheit".

Angesichts der gescheiterten Hoffnungen auf schnelle Wahlerfolge und den baldigen Platz an den Fleischtöpfen der parlamentarischen Demokratie beschworen zahlreiche ParteitagsrednerInnen den politischen Idealismus der "Nationalen" - wohl wissend, daß die ohnehin dünne Personaldecke ohne lukrative Einkunftsmöglichkeiten eher noch dünner wird. Dementsprechend empört waren dann die Delegierten auch, als herauskam, daß der bisherige Bundesschatzmeister **Gunnar Pahl** es versäumt hatte, die Auszahlung der Wahlkampfkostenerstattung fristgemäß zu beantragen. Ein Formfehler, der die REP rund 3,8 Millionen Mark kostet und die Beschäftigung hauptamtlicher Mitarbeiter für die nähere Zukunft nahezu unmöglich macht.

Fazit: Wenig Geld in den Kassen, ein farbloser Parteistratege als neuer Vorsitzender und ein Funktionärsapparat, der wenig qualifiziert, aber dafür umso stärker an lukrativen Posten interessiert ist. Das läßt auf den weiteren Niedergang der REP im Gefolge ihres "Führers Schönhuber" hoffen!

Funktionäre der "Republikaner"

Bundesvorsitzender:
Dr. Rolf Schlierer

Stellvertretende Bundesvorsitzende:
Christian Käs
Dr. Rudolf Krause
Ingeborg Seifert
Otmar Wallner
Uschi Winkelsett

Schatzmeister:
Reinhold Giegold
Sauer (stv.)

Schriftführerin:
Margot Neiss
Ingeborg Ackermann (stv.)

Bundesvorstandsmitglieder:
Ingrid Behrens
Bernd Bernhard
Dietmar Donnerstag
Thomas Friedrich
Kurt Goldmann
Alexander Hausmann
Hans Hirzel
Claudia Kübel
Dieter Lieberwirth
Klaus Ortmaier
August Petersen
Ralf Riedemann
Matthias Ritter
Friedrich Röder
Prof. Gottfried Schubert
Dr. Jens Steffen
Burkhard Stieglitz
Dr. Tittel
Horst Trageiser
Dr. Klaus Zeitler



Der neue Vorsitzende der Republikaner, Rolf Schlierer, und sein Mann fürs Grobe, der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete Rudolf Krause (links)

Unterwandert?

Im Berliner FDP-Bezirksverband Tempelhof haben nach Angaben der früheren FDP-Landesvorsitzenden Carola von Braun „junge Rechte" die Partei unterwandert. Sprecher des Berliner Bezirksverbandes Tempelhof ist der Journalist **Torsten Witt**, einer der Unterzeichner des „Berliner Appells", zeitweilig „freier Mitarbeiter" der „Jungen Freiheit" (3-4/1988-3/1989), 1989 Vorsitzender des „Gesamtdeutschen Studentenbundes" (GDS) und zugleich Pressesprecher des „Coburger Convents". Erst jüngst waren Berliner Freidemokraten (**Hans-Joachim Josewski, Manfred Kittlaus, Wolfgang Mleczkowski, Alexander von Stahl** und **Rainer Zitelmann**) bundesweit ins Gerede gekommen, als sie das vierseitige Manifest „Berliner Positionen einer liberalen Erneuerung", dessen Inhalte aus dem Parteiprogramm der abgehalfterten REP entstammen könnte, vorlegten.

Yazz

Grauzonen der Republik

„In Sorge um Deutschland“ ist im Herbst 1994 die ‘Neue Studiengesellschaft für Öffentlichkeitsarbeit e.V’. Über große Zeitungsannoncen wird vor einer „sozialistischen Öko-Diktatur“ und einem „neuen Totalitarismus“ gewarnt. Verantwortlich für den Vorstand zeichnen Prof. Dr. Klaus Hornung, Dr. Otto von Habsburg, der Rechtsanwalt Helmut Walther und Georg Graf Vitzthum.

Der „Kreis von Angehörigen der 10er und 20er Generation“ sah akuten Handlungsbedarf, wurde doch für die bevorstehende Bundestagswahl die „Machtübernahme durch ein Volksfrontregime“ befürchtet. Denn, so war zu lesen, die von den „radikalen Linksparteien“ geplante „Volksenteignung auf dem Steuerwege und die anvisierte Masseneinwanderung sind Schicksalsfragen für unseren freiheitlichen Rechtsstaat“. Um auch einem „größeren Kreis von Bürgern“ die These, das „Einwanderung kein Rassen-, sondern ein Raum- und Mengenproblem ist“, näher zu bringen, wurde der kostspielige Weg über „die Printmedien“ gewählt, war man sich doch „darüber im klaren, daß das sozialistisch beherrschte Fernsehen für eine Massenkommunikation ausschied“.

Als Informationsmaterial verschickt die Geschäftsstelle mit Sitz in Baden-Baden, an die „lieben Gesinnungsfreunde“ ein Flugblatt ihres „unvergessenen Freundes **Arthur Missbach** aus dem Jahr 1973, welches angesichts des Vordringens eines militanten Antifaschismus von bestürzender Aktualität“ sei. Es handelt sich dabei um die Selbstdarstellung der 1958, von dem Unionspolitiker **Karl Friedrich Grau**, gegründeten ‘Studiengesellschaft für Staatspolitische Öffentlichkeitsarbeit’, zu deren Wiederbelebung „nach vielen Jahren des Dornröschenschlafes“ im Juni 1994 eine Mitgliederversammlung stattfand.

Schon bei der Gründung einte die Angst „vor ständiger Ausbreitung des Kommunismus“ und „Unterwanderung“ die Mitglieder, zu denen neben den heute noch aktiven u.a. auch der ehemalige bayerische Ministerpräsident **Alfons Goppel**, der einstige Vertriebenenminister und NS-Kriegsverbrecher **Theodor Oberländer**, der Ex-CSUler und SS-Mitglied **August Freiherr von der Heydte** und der Unionspolitiker **Alfred Dregger** gehörten.

In einem Rundschreiben vom 06.10.1994 beklagt der Geschäftsführer, das langjährige CDU-Mitglied und Gründer des Christlich-Konservativen Deutschlandforums (CKDF), **Helmut Walther**, in Anbetracht mangelnder Spenden, daß sich „Die Großindustrie (...) ganz ablehnend“ verhält. Eine Anspielung auf die rosigen Finanzen der Vergangenheit.

Noch zu Lebzeiten des Gründervaters Grau flossen reichlich Gelder von Unternehmen wie der Dresdener Bank, BMW, dem Flick Konzern und dem Springer Verlag. Das sich damit ein richtiger Wahlkampf führen ließ, zeigte das Jahr 1972, als das Rechtskartell alles daran setzte, eine weitere Amtszeit der SPD/FDP Regierung zu verhindern. Über die Bildung einer Vielzahl von Tarnorganisationen, wurde versucht für die Unionsparteien Stimmen zu gewinnen. So inserierte z.B. ein ‘Verein zur Förderung der politischen Willensbildung’, dem Grau als Finanzmanager angehörte, für ca. 5 Mio. DM (!) u.a. Hetz-Anzeigen in der ‘Deutschen National Zeitung’. Ferner wurden gemeinsam mit der ‘Deutschen Bürgerinitiative’ des Rechtsterroristen **Manfred Roeder**, Flugblätter herausgegeben, die die Geschäftsstelle auch heute noch verschickt. Als 1974 die Versuche Graus, anläßlich der Landtagswahl in Hessen, Wahlabsprachen mit der NPD zu treffen, aufflogen, wurde er öffentlichkeitswirksam aus der CDU ausgeschlossen, was ihn aber nicht daran hinderte kurz darauf in die CSU einzutreten. Den Vorsitz in der ‘Studiengesellschaft’ übernahm **Walter Hoeres**, Stellvertreter wurde der damalige CSUler und spätere Mitberünder der Republikaner, **Handlos**. Die Unionspolitiker Missbach und Dregger wechselten sicherheitshalber zur ‘Staats- und Witschaftspolitischen Gesellschaft’, des Vertriebenenfunktionärs **Hugo Wellms** über. Wellms, mit dem man schon 1972 gemeinsame Sache gemacht hatte, war außerdem auch Mitglied in der 1966 von **Kurt Ziesel** und Karl Friedrich Grau gegründeten ‘Deutschland Stiftung’ (DS). Unter dem Dach der DS arbeiteten die zuvor erwähnten Personen nun ungestört mit Mitgliedern wie z.B. dem NS-Rasseideologen **Bolko von Richthofen**, **Heinz Karst**, **Armin Mohler** und **Gerhard Löwenthal** weiter zusammen. Im hauseigenen Blatt dem ‘Deutschland-Magazin’ (DM) finden sich ebenso Artikeln von Unionspolitikern, wie von dem Geschichtsrevisionisten **Alfred Schickel** und ‘Criticon’-Herausgeber **Caspar von Schrenck-Notzing**. Kontakte, die bis heute eine gute Zusammenarbeit ermöglichen. So wurde vor wenigen Wochen Gerhard Löwenthal zum Vorsitzenden der 1971 von Schrenck-Notzing gegründeten ‘Aktion Funk und Fernsehen’. Er löste den im Moment anderweitig beschäftigten Rechtsanwalt Helmut Walther ab. Autoren des DM, wie z.B. **Klaus Hornung** und Mohler, standen auch für Interviews mit der Zeitung ‘Student’ zur Verfügung, mit der man sich nicht nur die Druckerei teilte. Der ehemalige Herausgeber von ‘Student’, **Hannes Kaschkat**, einst Assistent Von der Heydtes, ist heute Präsident der ‘Neuen Studiengesellschaft’. Mitherausgeber der rechten Unizeitung war der ‘Hochschulring Tübinger Studenten' (HTS). Mitglied im HTS, der auch über Kontakte zur ‘WSG Hoffmann’ verfügte war u.a. der Sohn des DS-Funktionärs **Heinz Burneleit**, Dieter. Eben jener **Dieter Burneleit** war auch Geschäftsführer des rechtsgerichteten ‘Bund Freiheit der Wissenschaft’, an dessen Gründung mehrere DS-Mitglieder teilnahmen und zu dessen Förderen Gerhard Löwenthal gehörte.

1994 nahm Helmut Kohl den von der Deutschland Stiftung vergebenen Konrad-Adenauer-Preis entgegen. Die Laudatio für ihn hielt das DS-Mitglied **Otto von Habsburg**. So wundert es auch nicht, wenn nach überstandener Bundestagswahl, der Vorstand der ‘Neuen Studiengesellschaft’ in einem Rundschreiben die erhaltene „Gnadenfrist von weiteren vier Jahren“ für weitere Arbeit zu nutzen verspricht. ◪

Aus dem Innenleben der LaRouche-Sekte

Um die schon mehrmals totgeglaubte rechtsradikale Politsekte des US-Amerikaners **Lyndon LaRouches** („Europäische Arbeiterpartei“ EAP, „Patrioten für Deutschland“, Schiller-Institut, Bürgerrechtsbewegung Solidarität, usw.) ist es zwar während der Haft ihres Führers - er wurde vor einigen Monaten begnadigt - merklich ruhiger geworden, aber manches deutet darauf hin, daß mit den „LaRouchies“ weiter gerechnet werden muß. So hielt **Helga Zepp-LaRouche** 1993 eine Rede vor den Kumpels in Bischofferode. Kritiker, die über rechtsextreme Erscheinungsformen und Verbindungen z.B. zum Ku-Klux-Klan berichten, werden mit Prozessen überhäuft.

Aglaja Beyes-Corleis trat 1974 der EAP bei, weil sie glaubte, in dieser Partei ihre Ideale von einer weltweiten wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit verwirklichen zu können. Sie schildert, wie aus ihr mit Hilfe von Psychosessions innerhalb kurzer Zeit eine willenlose Parteisklavin geformt wurde, die jeden Richtungswechsel der EAP kritiklos mitmachte. Erst als ihr entgegen der nach außen hin vertretenen Parteilinie eine Abtreibung nahegelegt wird, wird sie nachdenklich und beginnt sich abzunabeln. Nach 16 Jahren tritt sie aus der Partei aus.

Wer von diesem Buch Aufschlüsse über die kriminellen Machenschaften Lyndon LaRouches oder seine Verbindungen zu Geheimdiensten, bekannten Politikern oder rechtsextremen Organisationen erwartet, wird eher enttäuscht sein. Trotzdem ist diese Biographie lesenswert, zeigt sie doch anschaulich das Innenleben dieser Politsekte, ihre Methoden und Strategien, die vor allem für unbekümmerte Idealisten zur Falle werden können.

Aglaja Beyes-Corleis: Verirrt - Mein Leben in einer radikalen Politorganisation; Freiburg u.a.; Herder 1994; 192 Seiten - 16,80 DM

Dietmar Adam

Raimund Hethey

Saubere Bourgeoisie, blitzblanker Faschismus ?

Über akademische Schönredner und Putzmänner des Faschismus

Heute herrscht Mangel an überzeugenden Faschismustheorien. Mit Jugendproblem und Orientierungslosigkeit werden aktuelle Entwicklungen des Faschismus beschrieben. Nicht mehr auf den Straßen, sondern "gewaltfrei" in Schulen und Jugendzentren soll das Problem gelöst werden. Darin sind sich Kriminologen, Pädagogen und Politologen mit PolitikerInnen einig. Eine allgemeingültige und akzeptierte Beurteilung des Faschismus bleibt obsolet. "Revisionisten" basteln an einem neuen Bild des Faschismus.

Federführend sind Schüler von Professor **Ernst Nolte** wie der Lektor des Ullstein-Verlags **Rainer Zitelmann** (FDP), für den Adolf Hitler kein Verbrecher, sondern "Revolutionär" ist. Wieweit diese Kräfte über Macht in der BRD verfügen, zeigt das Beispiel des ehemaligen Generalbundesanwalts **Alexander von Stahl** (FDP). Von Stahl - kraft seines Amtes einmal der "höchste" Verfolger von neo-faschistischen Terroristen - behauptete nach dem Mordanschlag in Mölln öffentlich, daß der Rechtsterrorismus keine aktuelle Gefährdung bedeute. Inzwischen arbeitet er eng mit Hitler-Fan Zitelmann zusammen.

Die vernichtende militärische Niederlage der deutschen Faschisten im Mai 1945 hat zur Ablehnung des Kapitalismus als Hauptverursacher des Faschismus geführt. Diese Ablehnung schlug sich sogar im Grundgesetz und in Länderverfassungen nieder (Sozialklausel). Im Zuge des "Kalten Krieges" folgte die Restauration des bürgerlich-kapitalistischen Systems. Wer nach dem Verbot der kommunistischen Partei (KPD) 1956 noch von "Klassenkampf" sprach, bewegte sich nach höchstrichterlicher Auffassung außerhalb der "freiheitlich demokratischen Grundordnung", die es nur einmal auf deutschem Boden gebe, wie den Verteidigern der KPD im Urteilsspruch versichert wurde. Die 68er sprachen im Zusammenhang der Notstandsgesetzgebung von einem "Neuen Faschismus". Das Establishment reagierte darauf mit der Gegenbehauptung vom "Linksfaschismus" und mit der Totalitarismustheorie wurden Kommunisten und Faschisten gleichgesetzt und verurteilt. Mit dem Appell "Wehret den Anfängen!" wurde Parteien wie der NPD, DVU und den "Republikanern" begegnet. Der Vorwurf der schrittweisen Faschisierung der Gesellschaft war in den 70er Jahren einflußreich und schien auch darüber hinaus plausibel. Denn die Zahl der "neuen" Anhänger des Nationalsozialismus, von denen viele glühende Verehrer des "Führers" Adolf Hitler waren und sind, nahm nicht ab. Das Problem "Faschismus" löste sich nicht, wie insbesondere von Sozialdemokraten versprochen, auf dem biologischen Weg. Im Gegenteil: Die "Ewiggestrigen" profitierten von Kampagnen in den bürgerlichen Medien wie der vom Herausgeber der FAZ, Joachim Fest, mit ausgelösten Hitler-Welle, deren Höhepunkt die Veröffentlichung der angeblichen Tagebücher Hitlers im STERN war.

Der Faschismus wurde regelmäßig durch "Versöhnungsgesten" (Bitburg 1985), durch das Ziehen von "Schlußstrichen" (Weizsäcker-Rede vom 8. Mai 1985) oder durch grobschlächtige und unzulässige Vergleiche von Kommunisten mit Faschisten (Kohls Gleichsetzung von Gorbatschow und Goebbels im November 1986) verharmlost. Inzwischen wird der Faschismus nicht mehr analysiert, seine Verbrechen nicht mehr geleugnet, sondern der Faschismus wird schön geredet. In der Phase der Etablierung des Faschismus hat es in den zwanziger Jahren immer wieder Überlegungen gegeben, was sein könnte, wenn der Faschismus europaweit an die Macht käme. Die meisten Untersuchungen orientierten sich am Beispiel Italien, weshalb die Bezeichnung "Fascismus" vorherrschend war.

Die frühen Arbeiten zum Faschismus zeichneten sich häufig durch einen analytischen Blick aus, der sich von heutigen Erklärungsansätzen des Neo-Faschismus deutlich unterscheidet. Trotzdem ist den aktuellen Darstellungen und den historischen Analysen eines gemeinsam: es fehlt der entscheidende Hinweis, wie das Problem des Faschismus unwiederbringlich aus der Welt zu schaffen ist. Übereinstimmung herrscht auch darüber, daß der Schlüssel zur Lösung des Faschismusproblems in Europa zu suchen ist.

Bolschewismus oder Fascismus ?

Hermann Heller, einer der wenigen sozialdemokratischen Professoren des öffentlichen Rechts, veröffentlichte 1929 sein Werk "Europa und der Fascismus" im Verlag de Gruyter. Für den Sozialdemokraten bot der "Fascismus" trotz der folgenden einleitenden Worte zu seiner Arbeit keine Lösung aus der gesellschaftlichen Krise. "Der europäische Staat hat gegenwärtig eine schwere und gefährliche Krise durchzumachen; seine Gestalt und sein Gehalt bedürfen dringend einer Erneuerung. Für diese Reformation an Haupt und Gliedern bietet sich uns neben dem Bolschewismus, um dessen weltrevolutionäre Pläne es heute sehr still geworden ist, vor allem der Fascismus als Vorbild an. Wir haben allen Grund uns die Frage vorzulegen, was der Fascismus dem politisch erkrankten Europa zu sagen hat. Heute sind auch längst die Zeiten vorbei, da Mussolini erklärte, der Fascismus sei kein Exportartikel. Nicht nur haben inzwischen Spanien, Portugal, Griechenland, Polen, Ungarn und die Türkei den Fascismus mehr oder weniger gut nachgeahmt, eine Tatsache, die man mit der richtigen Feststellung nicht erledigen darf, es handle sich, einschließlich Italiens, um die Länder mit der größten Analphabetenzahl in Europa." (S.5)

Interessant ist der abwägende Blick auf eine potentielle Krisenlösung durch das Modell Italien. Ein ähnlicher Blick kennzeichnet im übrigen die euphemistisch als "Revisionisten" bezeichneten Anhänger des Faschismus vom Schlage eines Ernst Nolte, **Karlheinz Weißmann**, Rainer Zitelmann u.a., die es nicht lassen können, aus dem Schatten der Vergangenheit heraus ihre Impulse für eine Historisierung des Nationalsozialismus auszusenden. Es gibt aber einen zentralen Unterschied zwischen den tatsächlichen 29ern wie Heller, die noch nicht wissen konnten, was der Nationalsozialismus an der Macht bringen würde und den Personen, die sich heute als 89er bezeichnen und mit dem "Berliner Appell" an die Öffentlichkeit traten. Dennoch: das "fascistische" Italien hat auch für die 29er demonstriert gegen wen es installiert worden ist: gegen die organisierte Macht der Arbeiter(Innen), die im August 1920 mit der erfolgreichen Besetzung der wichtigsten Fabriken in Norditalien eine Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen erzielten, die später mit Hilfe der "Fascisten" vom Kapital brutal zurückgenommen wurden.

Falsche Theorie, falsche Prognose!

Zum Jahreswechsel 1932/1933 hat keine der in Deutschland erscheinenden Tageszeitungen die Prognose abgegeben, daß in den nächsten vier Wochen der "Führer" der deutschen Faschisten Adolf Hitler zum Kanzler berufen würde. Dasselbe gilt für die im Reichstag vertretenen Fraktionen. Es gab die unterschiedlichsten Einschätzungen über die Übernahme von Regierungsverantwortung mit Beteiligung bzw. Duldung der Faschisten. Die kühnsten Einschätzungen gab es bei der Linken. Kommunisten und Sozialdemokraten hielten eine Regierungsverantwortung der Faschisten für möglich, aber dann nur für kurze Dauer. Würde Hitler ersteinmal regieren, so würde er relativ schnell abwirtschaften und die Stunde der "Revolution" schlagen, so eine weitverbreitete Einschätzung zu Beginn des Jahres 1933. Manche sahen das rasche Ende der NSDAP voraus, weil sie bei den Reichstags-Wahlen im November 1932 zwei Millionen WählerInnenstimmen verloren hatte.

Hinter jeder Theorie eine andere Taktik?

Auf klare Analysen wurde häufig zugunsten einer taktischen Linie verzichtet. Je breiter das Bündnis gegen den Faschismus werden sollte, um so kleiner wurde die Personengruppe, die als Faschisten ausgemacht wurde. Der Weg von der "Sozialfaschismusthese" der Kommunisten, die die Sozialdemokratie zu den Faschisten zählte bis zur Dimitroffschen These,

die nur noch einen kleinen Personenkreis als Faschisten benannte, verdeutlicht diesen Prozeß. Dennoch hat der bulgarische Kommunist seine Theorie weit besser und umfangreicher entwickelt als seine heutigen Interpreten. Als origineller Faschismusinterpret gilt heute immer noch der inzwischen emeritierte Professor für Neuere Geschichte, Ernst Nolte.

Auch hinter Noltes Phänomenologie steckt eine simple Taktik!

Generationen von StudentInnen galten die Werke von Ernst Nolte als Pflichtlektüre. Seine Anthologie von "Faschismustheorien", seine Beschreibung des Nationalsozialismus als epochales Phänomen bestimmte das Faschismus-Bild der akademischen Elite in der BRD. Dem herrschenden Bürgertum kam Noltes Forschung entgegen. Er hatte seine Pflicht bestens erfüllt, es von jeder Schuld an dem Faschismus frei zu theoretisieren. Er wurde dafür - wie viele andere auch - mit akademischen Titeln und wohldotiertem Arbeitsplatz belohnt. Nolte leistete mehr als andere bürgerliche Wissenschaftler, die eine partielle Beteiligung von Kapital und Bürgertum am Faschismus nicht abstritten. Nolte versuchte, den Faschismus selbst reinzuwaschen, indem er ihm eine Art Notwehrhandlung gegenüber dem Kommunismus unterstellte. Wer in Notwehr handelt wird nach geltendem Recht freigesprochen.

Wer ist Ernst Nolte?

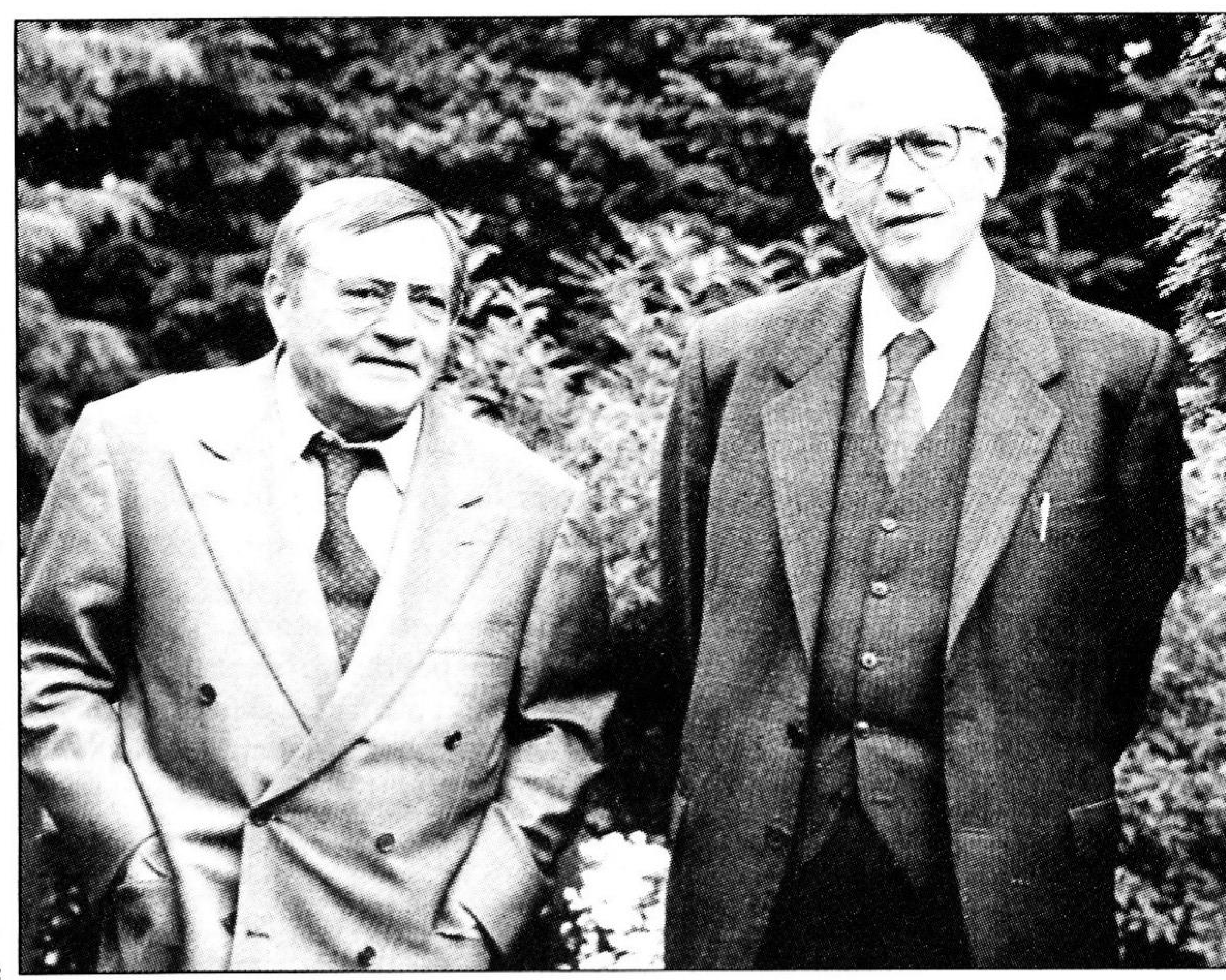
Aus dem Munzinger Archiv ist einiges über Noltes Werdegang zu erfahren, aber längst nicht alles.

Ernst Hermann Nolte wurde am 11. Januar 1923 in Witten/Ruhr geboren. Als Sproß einer katholischen Lehrerfamilie wuchs er in Hattingen/Ruhr auf. Sein Vater war Volksschulrektor. Über seine Mutter ist nichts zu erfahren.

"Nach dem Abitur 1941", so das Munzinger Archiv weiter, "studierte N. Deutsch, Griechisch und Philosophie an den Universitäten Münster, Berlin und Freiburg (u.a. bei Martin Heidegger). Im Luftschutzbunker legte er 1945 ein Notexamen ab. 1950-52 besuchte N. nochmals die Freiburger Universität, wo er 1952 bei Eugen Fink mit einer Arbeit über "Selbstentfremdung und Dialektik im Deutschen Idealismus und bei Marx" promoviert wurde. 1964 wurde N. auf Vorschlag Theodor Schieders an der Kölner Universität habilitiert.

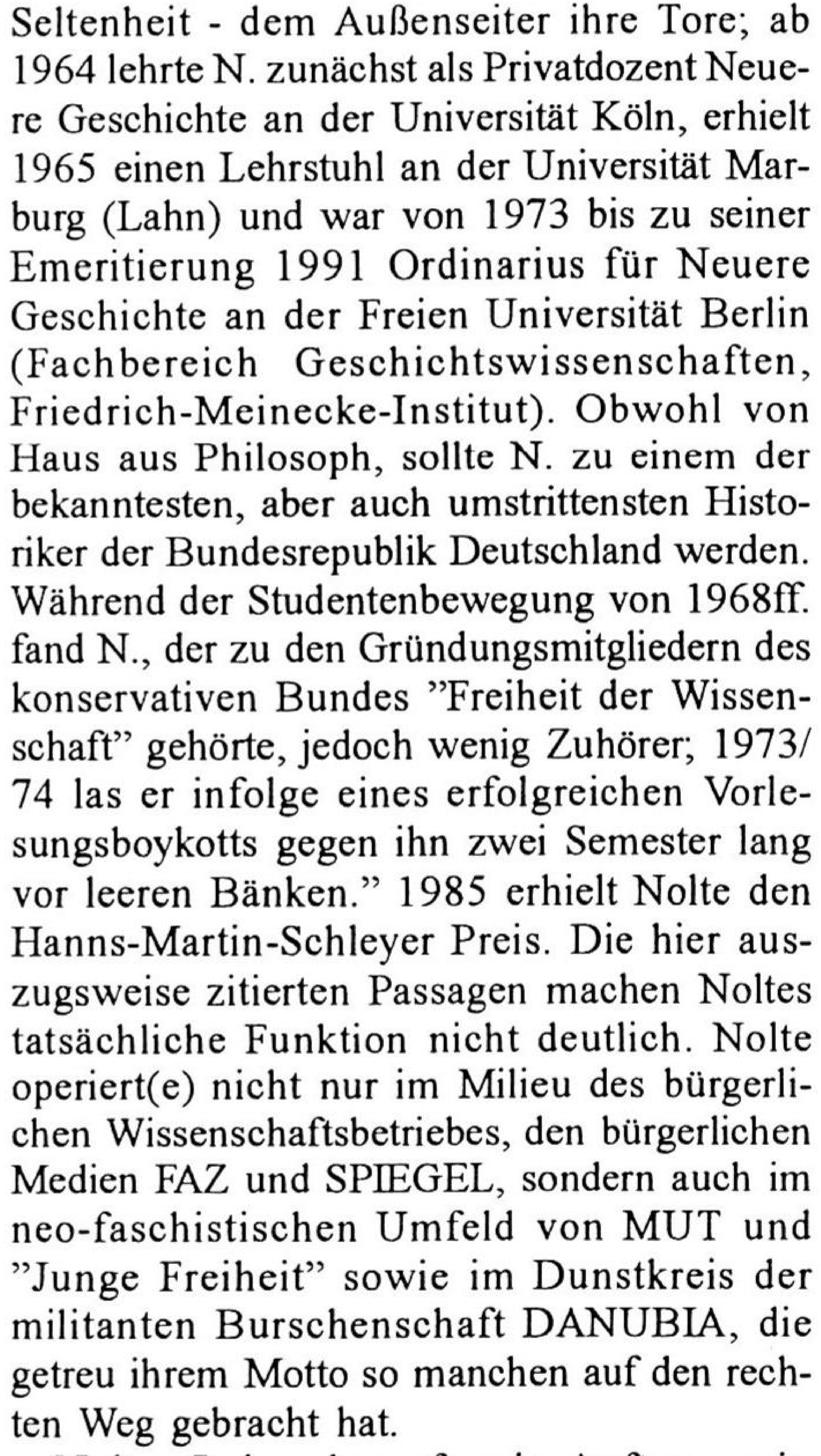
Nach Kriegsende ging N. zunächst in den Schuldienst und lehrte alte Sprachen und Deutsch an Gymnasien, von 1945 bis 1965 in Paderborn, Brühl, Neuss und Bad Godesberg. Nebenher beschäftigte er sich intensiv mit Zeitgeschichte, insbesondere den modernen Ideologien und ihren Gestalten im 20. Jahrhundert.

1963 veröffentlichte N. das Buch "Der Faschismus in seiner Epoche", das er zugleich als Habilitationsschrift einreichte. Dieser Versuch einer ideengeschichtlichen Deutung des Faschismus als eines gesamteuropäischenZeitphänomens machte N. schlagartig in der Fachwelt bekannt. Im Unterschied zur gängigen Sichtweise wandte er sich gegen eine isolierte Betrachtung des von ihm vor allem als Antibolschewismus interpretierten Nationalsozialismus. Der sog. "Faschismus-Nolte" wurde zum Standardwerk.



Spiegel-Herausgeber Augstein im Gespräch mit Ernst Nolte (Spiegel-Foto)

Die Universität öffnete - eine Seltenheit - dem Außenseiter ihre Tore; ab 1964 lehrte N. zunächst als Privatdozent Neuere Geschichte an der Universität Köln, erhielt 1965 einen Lehrstuhl an der Universität Marburg (Lahn) und war von 1973 bis zu seiner Emeritierung 1991 Ordinarius für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin (Fachbereich Geschichtswissenschaften, Friedrich-Meinecke-Institut). Obwohl von Haus aus Philosoph, sollte N. zu einem der bekanntesten, aber auch umstrittensten Historiker der Bundesrepublik Deutschland werden. Während der Studentenbewegung von 1968ff. fand N., der zu den Gründungsmitgliedern des konservativen Bundes "Freiheit der Wissenschaft" gehörte, jedoch wenig Zuhörer; 1973/74 las er infolge eines erfolgreichen Vorlesungsboykotts gegen ihn zwei Semester lang vor leeren Bänken." 1985 erhielt Nolte den Hanns-Martin-Schleyer Preis. Die hier auszugsweise zitierten Passagen machen Noltes tatsächliche Funktion nicht deutlich. Nolte operiert(e) nicht nur im Milieu des bürgerlichen Wissenschaftsbetriebes, den bürgerlichen Medien FAZ und SPIEGEL, sondern auch im neo-faschistischen Umfeld von MUT und "Junge Freiheit" sowie im Dunstkreis der militanten Burschenschaft DANUBIA, die getreu ihrem Motto so manchen auf den rechten Weg gebracht hat.



Noltes Lebenskampf, sein Auftrag, sein ganzes pseudowissenschaftliches Engagement ist gegen die "Springflut marxistischer Interpretationen" des Faschismus gerichtet. Nolte will mit allen seinen Kräften beweisen, daß das Horkheimersche Diktum, wer vom Kapitalismus nicht sprechen will, über den Faschismus zu schweigen habe, keine Gültigkeit besitzt. So lautet eine seiner zentralen Aussagen, die nicht nur in der Suggestivfrage-Form von ihm vorgetragen wird, daß der Faschismus vor dem Kapitalismus existiert habe. Von dieser Prämisse ausgehend formuliert Nolte : "(...) dann hat er [der Faschismus, R.H.] einen eigenen und unableitbaren Ursprungsbereich in der menschlichen Natur, und dann ist er kein Sproß des kapitalistischen Systems, obgleich er in der Gegenwart nur auf dem Boden des kapitalistischen Systems, d.h. in bestimmten Augenblicken von dessen Gefährdung, emporkommen konnte." (1967; S. 21)

Messerscharf konstruiert Nolte weiter: "(...) Wenn das aber so ist, dann kann der Faschismus keine bloße Funktion des Kapitalismus sein, der in seiner ganzen geschichtlichen Entfaltung zwar gelegentlich zum Aushilfsmittel der Diktatur gegriffen hat, aber seinem Begriff nach ein flüssiges und in Fluß bringendes, aller starren Herrschafts- und gar Kastenordnung feindliches System war. Die Kennzeichnung durch den abstrakten Begriff des Privateigentums muß dann als ebenso unzureichend und verwischend gelten wie die Bestimmung durch den Begriff der Verfügungsgewalt, der vom Standpunkt des Anarchismus auch die uneingeschränkteste Staatswirtschaft als 'Kapitalismus' (d.h. Staatskapitalismus) erscheinen läßt. So wäre denn der Faschismus zwar durch den Kapitalismus bedingt und stände doch vorkapitalistischen, ja archaischen Lebensformen näher als ihm: Er wäre autonom, wenngleich nicht durch Jungfrauengeburt entstanden, und die bloß kausale Analyse wäre zwar nicht unrichtig, aber unzureichend." (1967, S. 32)

Nolte trennt den Faschismus von der bürgerlich-kapitalistischen patriarchal strukturierten Gesellschaft. Er benötigt für seine Zwecke den "autonomen Faschismus" und geht mit seiner "Verselbständigungstheorie" von einem Gleichgewicht der Klassenkräfte aus, das gar nicht bestand, weil beim Aufstieg des Faschismus die Arbeiterklassen Italiens und Deutschlands längst besiegt waren. Einmal losgelöst vom System des Kapitalismus wird der Faschismus dann epochal und das so sezierte Objekt kann bei der Exhumation endlich positiv betrachtet werden: "Jedenfalls leugne ich nicht, daß es im Nationalsozialismus positive Elemente und positive Tendenzen gegeben hat. Auch hier liegt, bis zu einem gewissen Grade, eine Perversion grundsätzlicher guter oder mindestens verstehbarer, nachvollziehbarer Intentionen. Muß ich Ihnen wirklich nachweisen, daß es zahllose SA-Leute gegeben hat, die aus idealistischen Beweggründen dieser Organisation beitraten, weil sie glaubten, sie müßten einen Beitrag zur Verteidigung Deutschlands gegen den Kommu-

nismus liefern und so weiter?" (Oktober 1994, SPIEGEL-Interview) Muß er nicht!

Nolte treibt es noch weiter, nicht als "Konfusius der deutschen Historiographie" wie Alfred Schobert im Sammelband über die "Junge Freiheit" schreibt, sondern als Diversant, indem er die Faschisten zu "Linken" macht. "So kann die NSDAP als tendenziell internationalistische extreme Rechtspartei mit auffallend starken linken Zügen verstanden werden, welche gewillt war, die militante Herausforderung der internationalen extremen Linken auf ebenso militante Weise anzunehmen." (1994, S. 153) Folgerichtig hat es keinen Widerstand der Linken gegen den Faschismus gegeben, sondern der "ganze sogenannte deutsche Widerstand [kam] von der früheren Rechten". (Code 4/94; Wiedergabe eines Interviews, das Nolte der führenden Revisionistenzeitschrift "The Journal of Historical Review" gab.)

Schließlich sind die "Bolschewisten" für die faschistischen Konzentrationslager verantwortlich. "War nicht der 'Archipel Gulag' ursprünglicher als Auschwitz?" lautet scheinheilig die große "historische" Frage des "Tabu-Brechers" Nolte, wobei seine Antwort schon vor der Frage klar ist.

Noltes "Faschismusbetrachtung" basiert auf eine simple Fixierung auf den "Führer", für Nolte besser: auf den "Größten Führer aller Zeiten" (GröFaZ). Seine Leichenschau reduziert sich auf die Betrachtung einzelner Männer, die alleinigen Macher der Geschichte. "In der Führerbewegung", so Noltes Begründung, "kann nur der Führer verbindliche Aussagen machen... das Grundmuster ist ausschließlich den Schriften und Reden Mussolinis und Hitlers zu entnehmen. [...] Mithin muß die Darstellung der Gedanken Mussolinis und Hitlers das Zentrum der dem Faschismus und dem Nationalsozialismus gewidmeten Abschnitte ausmachen, und sie muß so ausführlich erfolgen, den Gegenstand so reichlich selbst zu Wort kommen lassen, daß jeder Verdacht ausgeschaltet wird, ein vorgefaßtes Schema solle durch herausgegriffene einzelne Zitate bloß bekräftigt werden." (1963, S.54f.)

Um den Rücken für weitergehende Propaganda für den Faschismus frei zu haben, wehrt sich Ernst Hermann Nolte gegen das Gesetz, das die "Auschwitz-Lüge" unter Strafe stellt. "Das Gesetz gegen die Auschwitz-Lüge läßt sich von guten Intentionen leiten. Aber wenn es in Kraft tritt, wird es bei entsprechender Auslegung, die in der Hand der Gerichte liegt, eine Gefahr für die geistige Freiheit in Deutschland bedeuten." (1994, FAZ vom 23.8., S. 7) Die Freudensprünge von Alt- und Jungfaschisten, von denen einige als "Auschwitz-Leugner" ins Gefängnis gehen, über solch wissenschaftliche Unterstützung lassen nicht auf sich warten. Ernst Hermann Nolte gehört längst zu ihnen.

Revisionismus

In der aktuellen Ausgabe des „Deutschland Report" finden sich die gewohnten antisemitischen und revisionistischen Inhalte wieder. **Ernst Noltes** Spiegel-Interview findet im „Deutschland Report" positive Resonanz: „Wir haben uns die Mühe gemacht, (...) den revisionistischen Teil hier zu veröffentlichen."

Hingewiesen wird im „Deutschland Report" vom Oktober auch auf den Prozeß gegen **Germar Scheerer**, geborener **Rudolf** vor dem Stuttgarter Landgericht: „Germar Rudolf, der mit seinem Gutachten die Welt der Holocauster ins Wanken brachte wird nunmehr vor Gericht gezerrt." Das autorisierte „Rudolf-Gutachten" kann bei „Cromwell Press" über „Media-World", wo der „Deutschland Report" verlegt wird, in Uckfield/Grafschaft Sussex (Großbritannien) bestellt werden. Hinter „Cromwell Press" steht mit **Anthony Hancock** ein britischer Revisionist. Presserechtlich verantwortlich für den „Deutschland Report" („Nur dem deutschen Volk und der Wahrheit verpflichtet") zeichnet weiterhin **Hans Metz**, gedruckt wurde in Manchester bei „Star Printers".

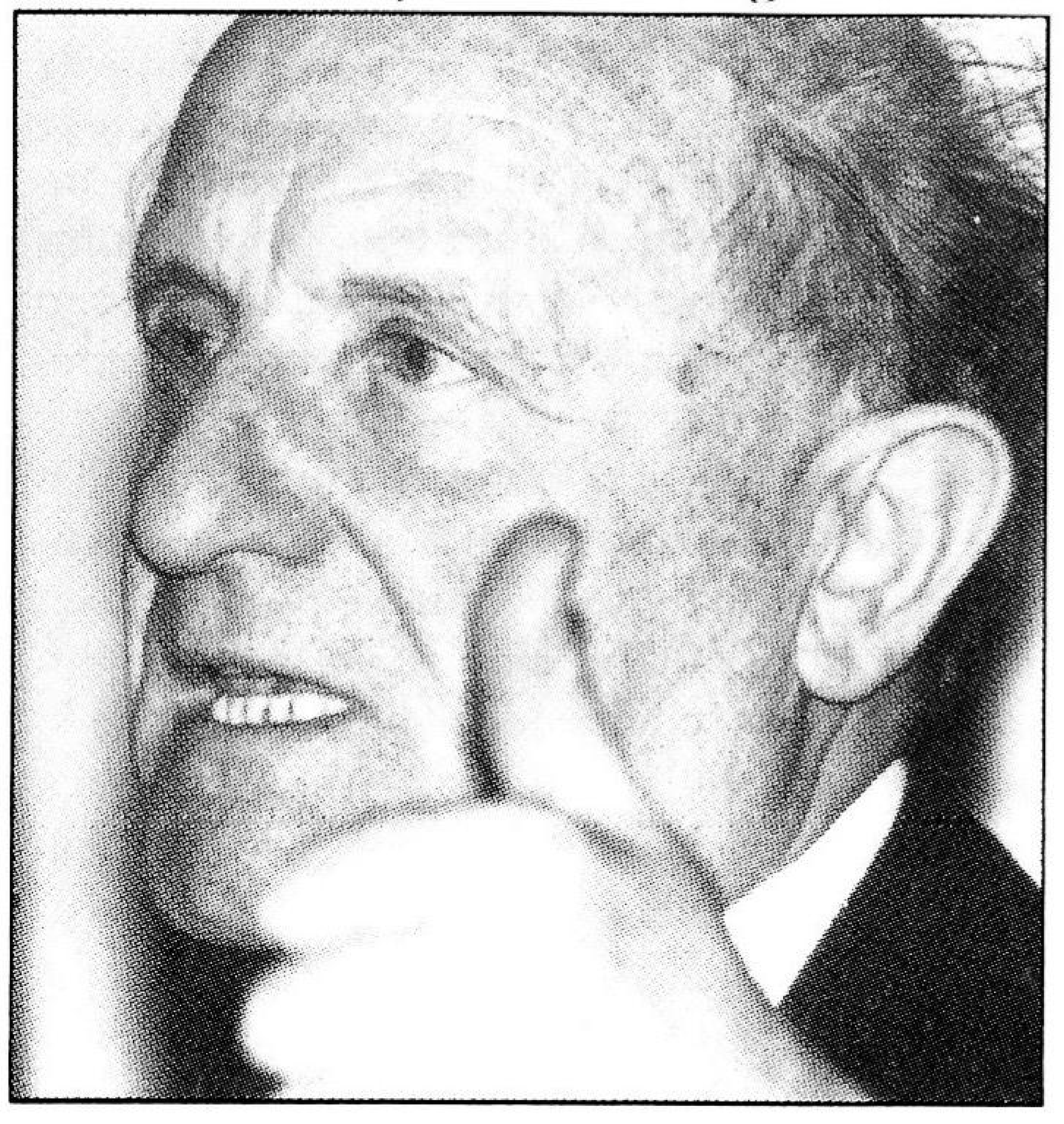
Olaf Goebel

Sinnloses WJ-Verbot?

Das Verbot der Wiking-Jugend durch Innenminister Kanther hat zwar die rechte Szene insgesamt verunsichert, aber die europaweit organisierte WJ arbeitet aus dem Ausland weiter.

Das Weihnachtsfest ist immer die Zeit der Überraschungen. Und auch die bundesdeutsche Neonaziszene kann sich über ein besonderes Präsent freuen. Trotz Verbot werden die Kameraden zur Julfeier und zum Winterlager eingeladen. Die Post kommt aus Belgien und die „Viking Jeugd Nederland" lädt die Wikinger zur „Julfeier der Flämischen Jugend e.V." am 17. Julmond (Dezember) ein. Anders im zweiten Schreiben, dort ist die „Viking Jeugd Westland" mit Sitz in Antwerpen der Absender. Sie laden zum Winterlager in die Jugendherberge in Soviat bei Malmedy ein. Lagerdauer: 27. Julmond 11.00 Uhr bis 1. Hartung (Januar) 12.00 Uhr. Neben Heilsgrüßen der Hinweis: KOMMT ALLE !!! ES IST SEHR WICHTIG !!! Angekündigt ist dieses Winterlager schon seit Ende November. Diverse Nationale Infotelefone (NIT) verbreiten die Info seit geraumer Zeit: „..Die Auslandsabteilungen der WJ werden trotz Verbot der WJ in der Bundesrepublik Deutschland weiterarbeiten. Schon Ende Dezember wird es in einem benachbarten europäischen Land ein WJ - Winterlager geben. Vielleicht auch mit deutscher Beteiligung...". Bei dem Verbot der WJ muß man sich durchaus die Frage nach dem Sinn stellen. Die WJ - Strukturen sind seit Gründung europäisch ausgerichtet und sie besteht seit 42 Jahren unbehelligt mit ihrem NS-Gedankengut in der BRD. Das Verbot scheint willkürlich und isoliert, sollten ihm nicht weitere Verbote rechter, oder gar linker Organisationen folgen. Wie Presseberichten und einer Sonderansage des NIT Schleswig - Holstein zu entnehmen ist, ist das jetzt der Fall. Derzeit werden Verbotsmöglichkeiten für die "Direkte Aktion Mitteldeutschland", die "Deutschen Nationalisten" (DN) und die "Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG) geprüft.

Wolfgang Nahrath auf dem NPD-Parteitag 1994 (Foto: Antifa-NRW-Zeitung)



Die WJ nennt sich nach dem Regiment „Wiking", das auf Befehl Adolf Hitlers zu einer großgermanischen Einheit aus „Reichsdeutschen" und Angehörigen der germanischen Randstaaten zur Waffen-SS-Division Wiking ausgebaut wurde. Entsprechend sieht sich die WJ auch nicht als eine auf das Gebiet der jetzigen Bundesrepublik Deutschland beschränkte Organisation, sondern geht von einem sog. „Nordland" als Aktionsgebiet aus. Bereits 1978 behauptet die WJ in Frankreich, England, Spanien, Holland, Belgien, Dänemark und Schweden präsent zu sein. Diese Strukturen übernehmen jetzt scheinbar nahtlos Aufgaben, die in der BRD durch die Gauführer nicht mehr geleistet werden können. Schon der Ursprung der WJ ist die Fortführung einer verbotenen Organisation. Am 1. Mai 1950 gründete **Walter Matthaei**, eine Jugendorganisation der „Sozialistischen Reichspartei" (SRP) mit dem Namen „Reichsjugend". Walter Matthaei (geb. 1915) war bei Kriegsende 1945 Referent im „Ministerium für die besetzten Ostgebiete", das Alfred Rosenberg unterstand. Er war führender SRP - Funktionär. Die SRP wurde im Dezember 1952 verboten; ihrer mitverbotenen Jugendorganisation aber gelang es, in anderer Form fortzubestehen. Mitglieder der „Reichsjugend", „Vaterländischer Jugendbund" und „Deutsche Unitarier-Jugend" schlossen sich zur „Wiking - Jugend e.V." (WJ) zusammen. Nach Matthaei übernahm die Nahrath-"Sippe" die Bundesführung der WJ. Nach Großvater **Raoul** und Vater **Wolfgang** hatte zuletzt **Wolfram Nahrath** die Bundesführung inne. Wolfram Nahrath ist im Rahmen seines Jura-

studiums z.Z. im öffentlichen Dienst in Berlin tätig und dadurch in die Schlagzeilen gekommen. Er firmiert im neuesten "Wikinger" immer noch als Bundesführer und die Schriftleitung hat **Susanne Pfeiffer** inne. Dem "Neurechten" **M. Rouhs** in „Europa Vorn" zufolge, konserviert die WJ Hitlers Gedankengut für spätere Generationen. Dem „Odalkalender 1995" der WJ ist zu entnehmen, daß die WJ die Versäumnisse der staatlichen Ausbildung nachholen und politisches und geschichtliches Wissen vermitteln will. Was sie damit meint, zeigt der Inhalt der beiden Publikationen: „Im Schutze des Wachdienstes entfaltet sich ein fröhliches Lagerleben" (Bild mit vermummten Uniformierten mit Fernglas auf einer Art Ausguck), „Auch die Pimpfe wollen sich mal die „Zecken" (Nazijargon für AntifaschistInnen) ansehen" (Bild mit drei kleinen Jungen), „Unser paramilitärischer Aufmarsch" usw. Geworben wird für rechte Zeitungen wie „Junge Freiheit", „Huttenbriefe", „Unabhängige Nachrichten", „Recht und Wahrheit", „Deutsche Zukunft" (NPD) und den Revisionistenverlag von **Udo Walendy** „Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung". Der Fortsetzungsroman „Wolgakinder" beginnt mit den Worten: „Die Bolschewisten haben das Haus der Familie geplündert und wollten die Mutter als Geisel dabehalten..... ." und „...Jugendliche Führer ziehen mit ihren Jungen und Mädels hinaus, um die Verbundenheit zur Heimaterde wachzuhalten. Wollen wir an der gesunden Gestaltung des deutschen Staates mitarbeiten, so müssen wir unsere Kräfte zusammenhalten, um den Fortbestand eines gesunden starken Volkes zu sichern..." Denn „...Deutschland wird auch 1995 weiter auf die politische und biologische Katastrophe zutreiben."



Uniformiert und mit Trommelschlag wird die Wiking Jugend in der nächsten Zeit in Deutschland wohl kaum mehr marschieren

Derzeit geht die WJ mit allen rechtlichen Mitteln gegen das Verbot vor. Einen Trumpf hat sie nach Angaben aus der Szene noch in der Hinterhand: Verteidigungsminister **Volker Rühe** soll Mitglied der WJ gewesen sein, das jedenfalls behaupten seit Wochen diverse NITs. Diese wiederum beziehen sich auf Angaben des BTX - Anschlusses der NPD. Warum W. Narath diesen „Fakt" noch nicht in der Öffentlichkeit verbreitet hat, begründet er mit eventuellen Auswirkungen auf den Verbotsprozeß. Möglich ist natürlich auch, das es stimmt, sie es aber nicht beweisen können... .

Weiteres Verbot?

Das Bundesinnenministerium prüft derzeit die Möglichkeit, die „Jungen Nationaldemokraten" verbieten zu lassen. Nach Angaben des Bonner Innenministeriums treten zahlreiche ehemalige Mitglieder der am 10. November dieses Jahres verbotenen neonazistischen „Wiking-Jugend" (WJ) der NPD-Nachwuchsorganisation bei. Die Bundesgeschäftsstelle der JN befindet sich seit Anfang des Jahres bei **Wolfgang Nahrath**, ehemaliger Bundesführer der WJ und Bundesvorstandsmitglied der NPD, in Stolberg bei Aachen.

Führungsmitglieder der rund 400 Mitglieder zählenden Wiking-Jugend zum Zeitpunkt des Verbots:

Gewählt wurden auf dem "10. Bundesthing" der WJ im Juli 1991:
Bundesführer: **Wolfram Nahrath**
Bundesmädelführerin: **Ute Fischer** (jetzt **Senft**)
Bundesfahrtenführer: **Hartmut Wilhelm**
Bundesschatzmeister: **Hans Jaus**
Bundesmädelfühererin (seit 1994): **Susann Gestrich**
Beschaffungsstelle: **Jan Knust**
Mädel-Ausrüstungsstelle: **Sigrun Schöning**
Schriftleitung "Wikinger": **Susanne Pfeiffer**

Hausdurchsuchungen

Beim Verbot der neonazistischen „Wiking-Jugend e.V." (WJ) am 10. November 1994 wurden auch einige Objekte in Baden-Württemberg durchsucht. Darunter das Anwesen der Familie Gestrich in Hohenstein-Eglingen (Kreis Reutlingen), wo die stellvertretende Vereinsvorsitzende, die „Bundesmädelführerin" **Susan Gestrich** wohnhaft ist. Weiterhin wurden die Wohnungen des „Bundesschatzmeisters" **Hans Jaus** in Schorndorf (Rems-Murr-Kreis), des „Bundesfahrtenführers" **Hartmut Wilhelm** in Ditzingen-Heimerdingen (Kreis Ludwigsburg) sowie die zweier weiterer Funktionäre in Ludwigsburg und Sipplingen (Bodenseekreis) durchsucht. In Baden-Württemberg, dem „Gau Schwaben", gehörten zwischen 50 und 70 Personen, zumeist junge Erwachsene, der „Wiking-Jugend" an. Prominentestes Mitglied der WJ in Baden-Württemberg war **Frank Rennicke** (30) aus Ehningen (Kreis Böblingen). **Martin Pape** (67), Gründer der neonazistischen „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) und der „Deutschen Freiheits- und Arbeiterpartei" (DFA), aus Stuttgart unterhielt Kontakte zur WJ. Besondere Bedeutung im Südweststaat erlangte das durch hohe Mauern abgeschirmte landwirtschaftliche Anwesen von Susan und **Arnold Gestrich** (43). Jedes Jahr fanden Jugendlager der WJ mit Teilnehmerinnen aus der Bundesrepublik, Österreich, der Schweiz, Frankreich und Italien auf dem Hofe Gestrich statt. Arnold Gestrich gehörte in den 70er Jahren der NPD als Funktionär an. 1988 sorgte er für Schlagzeilen in der Schweiz. Bei einem internationalen Sommerlager der WJ oberhalb der Rütliwiese betätigte sich Gestrich als „Seelisberger Lagerwächter".

Frank Rennicke



Jörg Hemmers

Mit Musik geht alles besser...

Über die Reaktivierung von Neo-FaschistInnen in Weser-Ems

Nach der Haftentlassung von Thorsten de Vries im Sommer 1994 ist die Region Weser-Ems wieder zu einem beliebten Treffpunkt von Neo-FaschistInnen aus der ganzen Bundesrepublik geworden. Neo-Nazi de Vries, der aufgrund einer positiven Sozialprognose seines Richters, frühzeitig aus dem Gefängnis entlassen wurde, organisiert nun Konzerte für seine „KameradInnen" und Nazi-Skin-FreundInnen.

Bisheriger Höhepunkt seiner neuen Aktivitäten war die Durchführung eines „Konzertes", auf dem die „Boots-Brothers" und die Frauenband „Froidenspender" auftraten. Über 200 Nazi-Skins und organisierte Faschisten waren am 19. November zum Börsenplatz in Wilhelmshaven gekommen, um in der Kneipe „Heimliche Liebe" der Sauferei, ihrer Musik und ausländerfeindlichen Parolen zu frönen. Das Antifa-Bündnis Weser-Ems rief deshalb am 17. Dezember zu einem antifaschistischen Aktionstag auf dem Börsenplatz in Wilhelmshaven auf.

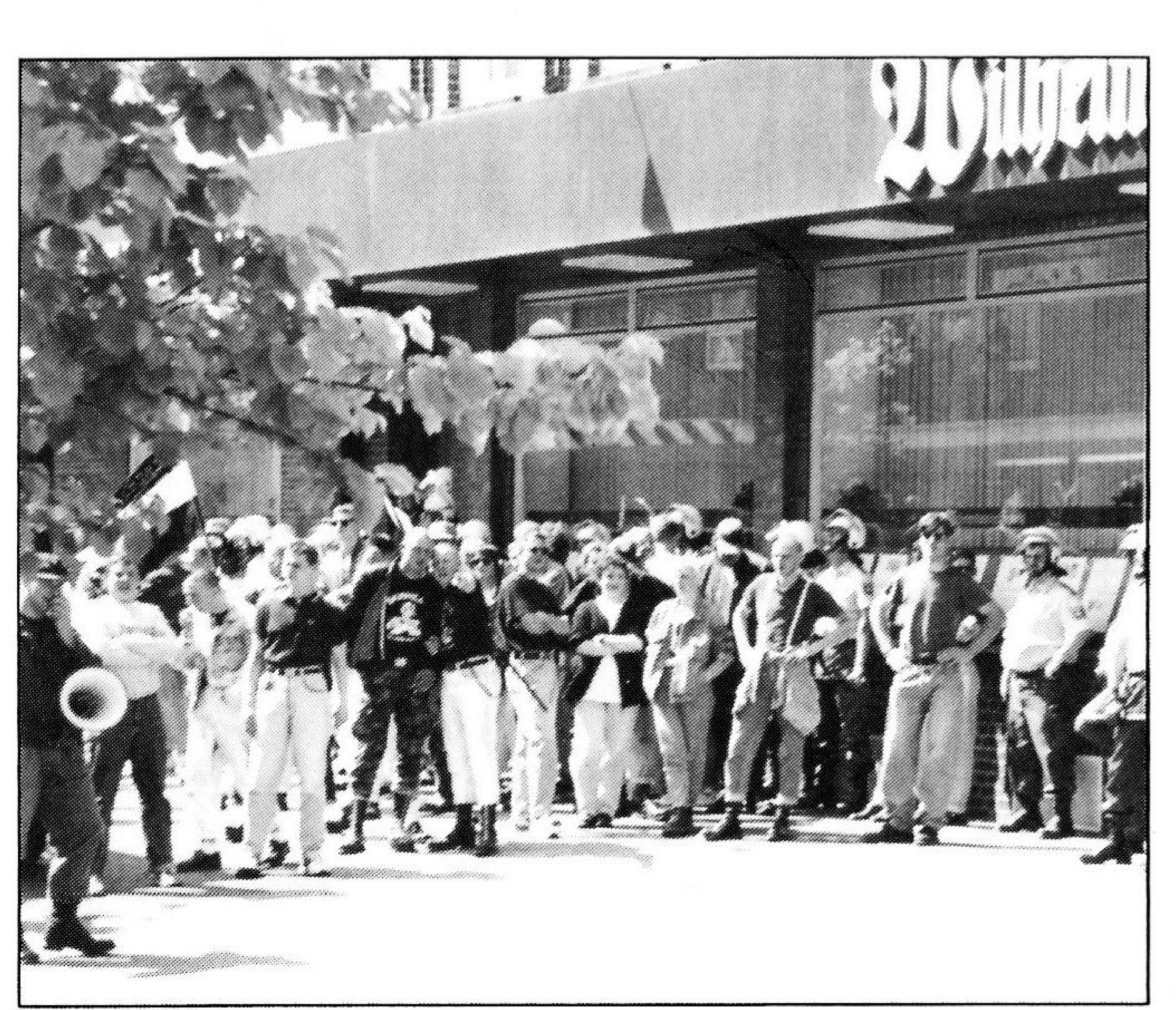
Angekündigt war die „Konzert"-Veranstaltung am 19.11.194 als geschlossene Saalveranstaltung. Aber das war nur ein Trick, um ungestört und unbehelligt „Deutschland den Deutschen! Ausländer raus!" zu gröhlen und um auf dem Börsenplatz, der direkt unter de Vries' Privatwohnung liegt, stramm rechtes Kulturgut abzulassen.

Die Organisation von „Konzerten" ist das neueste Manöver der NeofaschistInnen, um staatlicher Repression und Antifa-Aktion auszuweichen. Meistens werden die Einladungen (fern-)mündlich ausgesprochen und weitergegeben. In Kleingruppen-Formation erfolgt die Anreise zum Veranstaltungsort. Immer häufiger finden die Treffen im benachbarten europäischen Ausland statt und dauern über ein ganzes Wochenende. Im Raum Weser-Ems haben sich die Neofaschisten schon in umgebauten Schweineställen, die weit abgelegen sind, und in Kellerkneipen getroffen. Es wird viel Mühe darauf verwendet, möglichst lange unerkannt zu bleiben. Die Fahrzeuge werden über den gesamten Veranstaltungsort verteilt abgeparkt. Verdeckte Observateure und organisierter Saalschutz sorgen für Sicherheit. Nach Ende der Veranstaltung marodieren einzelne, meist angesoffene NeofaschistInnen planlos durch die Gegend. Die Veranstalter müssen für Ausschreitungen dann keine Verantwortung mehr übernehmen.

In Wilhelmshaven fand das erste Konzert unter Leitung von **Thorsten de Vries** am 1. Oktober 1994 in der Kneipe „Heimliche Liebe" statt. Daran nahmen ca. 60-80 Personen teil. Eine Woche später griffen zwanzig vermummte Neofaschisten eine Punk-Party im Stadtteil Fedderwardergroden an. Die bewaffnete Horde versuchte eine Stunde lang vergeblich das „Feten-Haus" zu stürmen und zog erst ab, als die Polizei auftrat, die ihrerseits großzügig auf Festnahmen verzichtete. Ende November wurde im selben Stadtteil eine Gruppe Jugendlicher von Nazi-Skinheads überfallen. Ein Jugendlicher erhielt eine Schnittverletzung auf der Stirn.

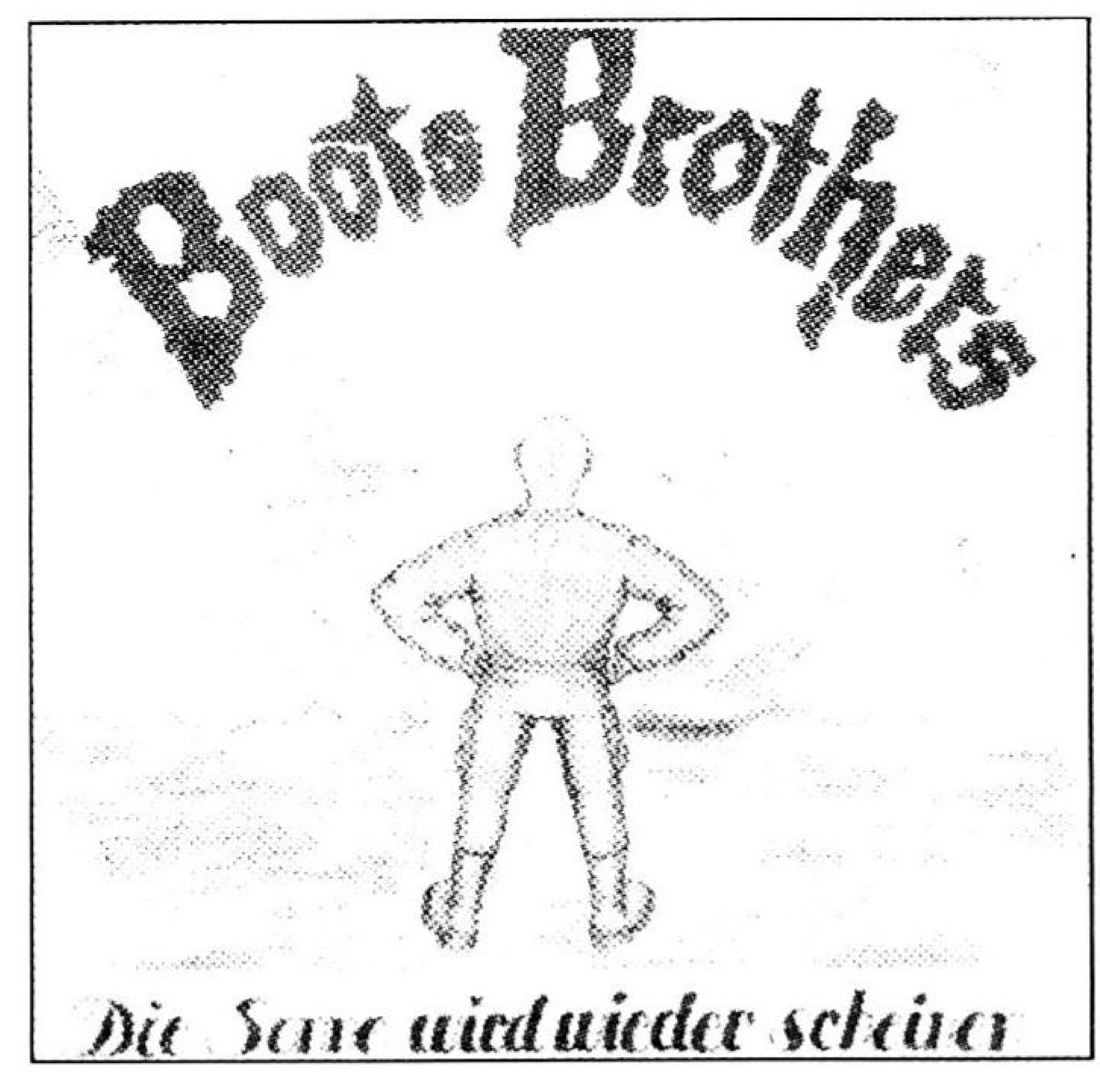
Organisatorischer Rückblick

Der „Deutsche Kameradschaftsbund" (DKB) wurde im November 1991 in der Bahnhofsgaststätte in Wilhelmshaven gegründet. Vorsitzender wurde Thorsten de Vries. Am 4. Januar 1992 lud er zu einer „ersten deutschen Widerstandsveranstaltung" ein. Außerdem verteilten die Mitglieder des DKB im Frühjahr 1992 immer wieder Hetzflugblätter. Teilweise von anderen Nazigrößen und Naziblättern abgekupfert, forderten sie „Deutschland den Deutschen – Ausländer raus", lobten die Traditionen der Waffen-SS und die Pogrome in Hoyerswerda wurden als der „erste Erfolg der Deutschen gegenüber der deutschfeindlichen Asylbetrügerinvasionsflut" gefeiert.



"Kampftag" des Deutschen Kammeradschaftsbundes in Wilhelmshaven im Mai 1992

Agitationsfeld des DKB waren Schulen und Jugendzentren in der Weser-Ems-Region. Mit Videos zum historischen Nationalsozialismus und antisemitischen Filmen versuchte der DKB die Jugendlichen ebenso für sich zu gewinnen, wie mit Lagerfeuerromantik und Wehrsportübungen. Um massiver in der Öffentlichkeit wahrgenommen zu werden und um Stärke zu demonstrieren, organisierte der DKB am 23. Mai 1992 in Wilhelmshaven einen sogenannten „Nationalen Kampftag", mit dem Ziel den „Aufbau einer Nationalen und Reichstreuen Einheitsfront aller Nationalen Kämpfer" voranzutreiben. Der „Kampftag" konnte durch die lautstarken Proteste einer Gegendemonstration verhindert werden. Der Widerstand von ca. 1000 AntifaschistInnen richtete sich nicht nur gegen die Aktivitäten des „örtlichen" Deutschen Kameradschaftsbundes, sondern auch gegen die anderer faschistischer Organisationen, die sich ebenfalls an Organisation und Aufmarsch beteiligt hatten. Dazu gehörten u.a. die „Nationale Liste" aus Hamburg, die „Deutsche Alternative" aus Sachsen, die „Wiking-Jugend" und die „Nationalistische Front". Der DKB war eingebunden in die straff organisierte national-sozialistische Kaderorganisation „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF).



Plattencover: Boots-Brothers

Am 31.10.92 fand in Petersfehn/Oldenburg eine geschlossene Saalveranstaltung zum einjährigen Bestehen des DKB statt, an der ca. 170 Jung- und AltfaschistInnen teilnahmen, darunter wieder die bekannten Sub-Strukturen der GdNF. Redner waren **Christian Worch** (NL), **Thomas Wulff** (NL), **Winfried Arnulf Priem** (DA, Berlin) und der „Junge Nationaldemokrat" **Holger Apfel**. Unter den Gästen hielt sich auch der 90-jährige **Ernst August Meyer** (Stille Hilfe und Kopf eines sich regelmäßig treffenden „Alten-Zirkels" in Bremen) auf. Den inhaltlichen Schwerpunkt bildeten die „nationalen Zukunftsperspektiven und Strategien für Deutschland", die der Wiking-Jugend Funktionär **Frank Rennicke** zum Abschluß völkisch besang. Wie die Perspektiven aussehen könnten, demonstrierten die Mitglieder des DKB etwa eine Woche später vor einer Veranstaltung von Lea Rosh und Prof. Eberhard Jäckel in Wilhelmshaven. Sie verteilten Flugblätter, in denen die Massenvernichtung der Juden verharmlost wurde. Mit Sprüchen wie „Ausschwitz muß ein Ende haben" und „Deutschland den Deutschen" versuchten sie die AutorInnenlesung „Der Tod ist ein Meister aus Deutschland" im Vorfeld massiv zu stören.

Am 18.12.92 wurde der DKB vom Niedersächsischen Innenministerium als „rechtsex-

treme Vereinigung" verboten, obwohl der Innenminister sechs Wochen vorher in einer Fernsehdiskussion mit dem Redakteur des Rechten Randes, Raimund Hethey, das eingeforderte Verbot für nicht machbar hielt. Dem dann erfolgten Verbot gingen 24 Hausdurchsuchungen in Wilhelmshaven, Aurich, Bockhorn, Zetel und Delmenhorst voraus. Die Polizei beschlagnahmte „scharfe Munition, Waffen und Schreckschußpistolen", Adressenkarteien von SympathisantInnen aus dem In- und Ausland sowie zahlreiches Propagandamaterial.

Trotz des Verbotes waren Mitglieder des DKB weiter aktiv. So verteilten DKBler am 14.2.93 auf dem Oldenburger Bahnhof unbehelligt Flugblätter mit faschistischen Inhalten. Jugendlichen Delmenhorster AntifaschistInnen sprach de Vries immer wieder Drohungen auf ihr Info-Telefon und benannte eine Liste von Personen, die zukünftig mit Anschlägen seiner „Truppe" zu rechnen hätten.

Der gezinkte „Ausstieg" im Knast

Die Aktivitäten des bereits verbotenen DKB ließen erst nach als Thorsten de Vries in Haft kam. Im Juni 1992 mußte er sich vor Gericht verantworten. Vorgeworfen wurde ihm Bedrohung, Beleidigung, Nötigung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte und eine Bombendrohung gegen eine Gaststätte in Wilhelmshaven. Sämtliche Anklagepunkte standen im Zusammenhang mit politischen Aktivitäten für den Neofaschismus. Aufgrund seiner zahlreichen Vorstrafen mit ähnlichem Hintergrund wurde er zu einer Gefängnisstrafe von 16 Monaten verurteilt. Ganz deutlich war der Hinweis des Bewährungshelfers auf die Hintermänner von de Vries, die aus der Wilhelmshavener Immobilienbranche kommen.



Thorsten de Vries

Kaum im Gefängnis spielte de Vries den reumütigen Gefangenen. Über die Regionalpresse und in einem Interview in „Die Woche" distanzierte er sich von seinen neo-nazistischen FreundInnen. „Ich habe mich daher entschlossen", so de Vries in seinem „Aussteiger-Schreiben" im September 1993, „meine politische Arbeit einzustellen und nach meiner Haftentlassung einen neuen Lebensabschnitt zu beginnen." Frisch aus der Haft entlassen forderte er die Info-Telefon-MacherInnen aus Delmenhorst auf, ihre Arbeit einzustellen, da er und seine Mannen, das „bessere Blut" hätten und deshalb „siegen" würden. Der „arische Straßenkämpfer" mimt jetzt den „feinen Kulturmanager".

Wilhelmshaven 2000

Die Stadt Wilhelmshaven übte auf den organisierten Neo-Faschismus immer eine besondere Anziehungskraft aus. Hier wurde 1952 die kürzlich von Innenminister Manfred Kanther (CDU) verbotene WIKING-JUGEND (WJ) gegründet. Vom benachbarten Varel aus operierte der Faschist **Otto Ernst Remer** mit seiner „Sozialistischen Reichspartei" (SRP). In den fünfziger Jahren schlossen CDU und FDPWahlbündnisse mit der Tarnorganisation der seit dem 23. 10. 1952 verbotenen SRP.

Unter der Ägide der SPD können der Neo-Faschist **Hartmut Heger** und sein Kompagnon **Robert Baar** im kommunalpolitischen Filz Millionengeschäfte abwickeln. Im Aufsichtsrat ihrer Hausbank der NORD/LB sitzen SPDler und andere biedere Demokraten, die keinen Einspruch erheben, wenn Heger Kredite für seine schmierigen Hausprojekte und zwielichtigen Immobiliengeschäfte benötigt.

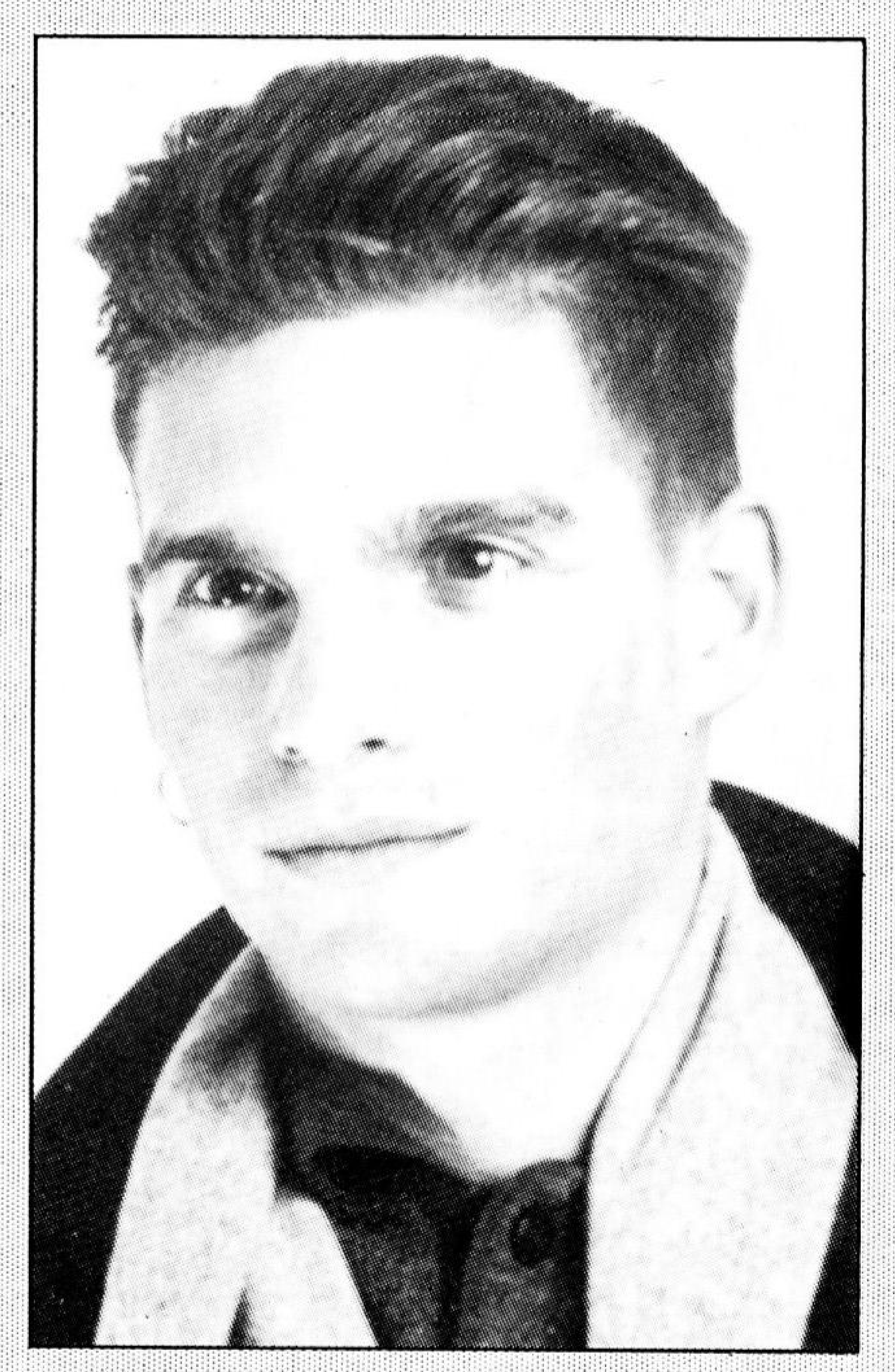
Am Jadebusen schließlich kann sich auch der Ex-Vorsitzende der Partei „Die Republikaner", der ehemalige Waffen SS-ler, **Franz Schönhuber**, von seinen faschistischen Kampfreden erholen. Hausverlag und - druckerei der „Republikaner" haben ihren Sitz in Wilhelmshaven und Sande. Die Firma Battermann Graphik Press KG, die auch von städtischen Aufträgen profitiert, unterstützt die Druckereien KS-Druck (**William Klein** in Sande und **Karl Schneegaß** in Wilhelmshaven) wenn es mit den Aufträgen für die „Republikaner" eng wird, wie zur Zeit des Europawahlkampfes 1994.

Wilhelmshaven ist auch EXPO-2000-Stadt. Seit der Entscheidung der Landesregierung für Wilhelmshaven als Küstenstandort der EXPO ist dort der Kampf um Immobilien und Expo-Grundstücke ausgebrochen. Leidtragend sind einkommensschwache Bevölkerungsgruppen. Mit harten Bandagen mischen auch die bekannten Faschisten Hartmut Heger und Robert Baar bei dem Geschäft mit, Häuser von „unnützen" MieterInnen frei zu machen. Verschiedene Jung-Faschisten wurden immer wieder von den Immobilienhändlern als „Anstreicher-Kolonne" und vermutlich auch als „Terror-Trupp" eingesetzt.

Da kann die Nachricht nicht überraschen, daß Anfang Januar 1995 eine Nachfolge-Organisation des DKB von Neo-Faschisten im Raum Weser-Ems aus der Taufe gehoben werden soll, deren „Anführer" aus dem Dunstkreis der verbotenen Wiking-Jugend kommen sollen, nämlich **Thorben Stecker** (Oldenburg) und **Marco Haertl** (Zetel).

Nazi-Rock

In der aktuellen Ausgabe der „Modernen Zeiten. Die Zeitschrift für Musik" findet sich Altbewährtes für den toitschen Skinhead. Geworben wird für Fascho-Bands wie „Starkstrom" aus Düsseldorf um den ehemaligen Gitarristen von „Störkraft", **Stefan Rasche**, „Saccara" aus Meppen, „Freikorps" aus Rheinfelden in Schleswig-Holstein, „Endstufe" - eine der dienstältesten Skin-Bands - um **Jens Brandt** aus Bremen, die „Deutsche Patrioten" aus Magdeburg, „Sturmtrupp" aus Neuburg/Donau, „Schlagzoig" aus Mettmann und „Tollwut" aus dem sächsischen Meerane. **Torsten Lemmer** (24) erhält in den „Modernen Zeiten" Gelegenheit, für sein unter Mitarbeit von **Andreas Zehnsdorf** (26) erstelltes Buch „Skinhead Rock" zu werben. Erscheinen wird das Propagandawerk („Nationale deutsche Musik wird in Zukunft eine große Rolle im Aufbau patriotischer Gesinnung spielen und unser Vaterland in entscheidender Weise prägen") beim „Verlag Mehr Wissen" des Düsseldorfer Verlegers **Kurt Winter**, mit dem Lemmer schon bei der „Freien Wählergemeinschaft Düsseldorf" (FWG) in der Vergangenheit zusammengearbeitet hat. Lemmer war Fraktionsgeschäftsführer und stellvertretender Vorsitzender der FWG, während der Ludendorffer Kurt Winter das Amt des FWG-Vorsitzenden bekleidete.



Torsten Lemmer

Die presserechtliche Verantwortung der Herbst/Winter-Ausgabe von „Moderne Zeiten" liegt bei Andreas Zehnsdorf, dem ehemaligen Macher der neonazistischen Skinzines „Querschläger" und „Ketzerblatt Frontal". Der „Querschläger" entstand 1987 als Postille der Essener „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP).

Pedro Ivanez

Das Dänische Fiasko

Der kurze Aufenthalt von Meinolf Schönborn in Dänemark

Den vier Insassen der Opel-Limousine mit Hamburger Kennzeichen muß der Schreck in die Glieder gefahren sein. Als Christian Worch und seine drei Mitstreiter am 24. September gegen Mittag in dem kleinen dänischen Dörfchen Kværs in die Hauptstraße einbogen, hatten sich dort bereits mehrere hundert DemonstrantInnen versammelt. Sie und die Deutschen im Auto hatten das gleiche Ziel: das Haus Kværsgade 19 - eben das Gebäude, das Meinolf Schönborn in einem internen Schreiben an seine Kameraden auf einem Foto als seinen dänischen Wohnsitz vorgestellt hatte.

Worch und seine Kumpanen hatten sich vergeblich auf den Weg zu Schönborn gemacht. Der hatte nämlich mit Hilfe seiner deutschen und dänischen Helfershelfer mittlerweile das Haus mit einem Stacheldrahtverhau versehen, so daß selbst **Christian Worch** nicht hineinkonnte und unverrichteter Dinge wieder abdrehen mußte.



Internationale antifaschistische Demonstration in Kollund am 15. 10. 94

Damit blieb es ihm versagt, mitanzusehen, wie **Meinolf Schönborn** und dessen Mannen von den Dorfbewohnern buchstäblich aus dem Ort getrieben wurden. Dabei hatte es anfangs noch so gut ausgesehen für den Chef der 1992 verbotenen Nationalistischen Front.

Von ständigen Besuchen der Staatsanwaltschaft und häufigen Demonstrationen offensichtlich genervt, hatte sich Schönborn mit keinem geringeren als dem dänischen Arzt **Hans Christian Krog Pedersen** sozusagen gepaart. Krog Pedersen, dessen Zulassung als Arzt nach einem Beschluß des Kieler Sozialministeriums wegen unethischen Verhaltens ruht, wurde bundesweit als Unruhestifter von Sörup bekannt.

Hans Christian Krog Pedersen hat die Bewunderung für den Nationalsozialismus schon mit der Muttermilch eingesogen. Sein Vater Henry gehörte zu den Dänen, die sich im Zweiten Weltkrieg freiwillig zur SS meldeten. Sohn Hans Christian war es, der Anfang der 70er Jahre gemeinsam mit **Poul Heinrich Riis Knudsen** Dänemarks National-Sozialistische Jugend gründete, die später in die dänische Nazi-Bewegung (DNSB) umgewandelt wurde. Riis Knudsen machte sich vor allem in den 80er Jahren einen Namen, als er Vorsitzender der seinerzeit wichtigen Organisation World Union of National-Socialists (WUNS) wurde. Mittlerweile ist er jedoch aller Ämter ledig, nachdem er sich von seiner Frau, nämlich Hans Christians Schwester, trennte und zeitweilig mit einer - in diesen Kreisen unverzeihlich - Palästinenserin zusammenlebte.

Meinolf Schönborns Interessen paßten wie die Faust aufs Auge mit denen von Hans Christian Krog Pedersen zusammen. Die Familie Pedersen gibt nämlich nicht nur die faschistische Postille „Söruper Rundschau", sondern auch auf dänisch das Blatt „Revision" heraus, ein Relikt der dänischen SS-Freiwilligen. Doch die drucktechnische Herstellung machte Schwierigkeiten.

Da paßte es zusammen, daß Schönborn einen ruhigen Ort für seinen Versandhandel und die Herstellung von Propagandamaterial brauchte. Und Dänemark ist da ein idealer Platz, weil sich kein Staatsanwaltschaft an der Produktion von Nazi-Propaganda stört.

Mit Hilfe von Hans Christian Krog Pedersen erwarb Schönborn die dänische Firma KBUS 38 nr. 2742 ApS und stellte am 13. April dieses Jahres eine Vollmacht an seinen dänischen Handlanger aus. Der erhielt freie Hand zum Kauf eines Domizils. Die Wahl fiel auf das Haus Kværsgade 19 in dem Dörfchen Kværs, keine 20 Kilometer von der deutsch-dänischen Grenze entfernt. Und übrigens nur einen Katzensprung vom Wohnort eines alten Bekannten: Kollund. Dort lebt seit 1986 ungehindert Alt-Nazi und Auschwitz-Lüge-Erfinder **Thies Christophersen**.

Verwundert stellten der Automechaniker Carsten Petersen als Verkäufer des Hauses und die übrigen Dorfbewohner fest, daß der Käufer vom 1. Mai an Druckmaschinen und anderes Büroinventar installieren ließ. Erst nach Veröffentlichungen in der dänischen Presse ging ihnen auf, wer sich da bei ihnen einnisten wollte. Als erste Maßnahme errichtete Carsten Petersen einen Zaun zwischen seiner Werkstatt und dem benachbarten Nazi-Haus.

Und Schönborn & Co. hatten ihre Rechnung ohne den Widerstand der Dänen gemacht. Kaum wurde publik, daß sich mit Schönborn einer der namhaftesten deutschen Neo-Nazi in Kværs niedergelassen hatte, begann eine Welle von Demonstrationen. Federführend wurde der Bürgerverein von Kværs, der sich bis dahin vornehmlich mit der Organisation von Dorffesten befaßt hatte. Und die DörflerInnen erhielten Unterstützung aus dem ganzen Königreich sowie von einigen norddeutschen AntifaschistInnen.

Allabendliche Demonstrationen der Dorfbewohner begannen Schönborn und dessen Mannen zu stören. Wohl auch, weil ab und an Steine und Flaschen durch die Fenster flogen, die schließlich mit Brettern dichtgemacht werden mußten. Höhepunkt der Demonstrationen war der 24. September, als auch autonome Gruppen aus Kopenhagen und Jütland nach Kværs reisten.

Da standen Bauern in ihren Holzpantinen neben vermummten Autonomen und protestierten gemeinsam gegen die Nazis. Zur Konfrontation mit der Polizei kam es jedoch nur im Vorfeld, als die Beamten einige Einheimische festnahmen und unter Einsatz von Hunden die Menge zurückdrängten.

Nach der friedlichen Demo am Nachmittag gab es eine lange Nacht. Bis in die frühen Morgenstunden harrten die DorfbewohnerInnen aus. Ernst wurde die Lage, als Schönborns Mannen gegen Mitternacht vors Haus traten und die DemonstrantInnen mit Steinen bewarfen. Nur die Anwesenheit der Polizei verhinderte, daß das Gebäude gestürmt wurde.

In dieser Nacht endete Schönborns dänisches Abenteuer. Am Sonntagvormittag, den 25. September, ließ er die Polizei herbeirufen, um unter deren Schutz das Weite zu suchen. Aus einem Auto ließen die Nazis kopierte Mitteilungen an die Dorfbewohnern flattern und teilten mit, das Haus würde verkauft werden.

Noch allerdings ist das Gebäude in Schönborns Besitz. Doch der Verkauf steht fest, nachdem KBUS 38 nr. 2742 ApS auf Beschluß des zuständigen Gerichtes zwangsaufgelöst

wird. Dem Deutschen war es nicht gelungen, einen staatlich anerkannten Buchprüfer für seine Firma zu finden und damit den gesetzlichen Vorschriften Genüge zu tun. Ein mit der Firmenauflösung vom Gericht beauftragter Rechtsanwalt hat das Haus zum Verkauf angeboten.

Damit wird Schönborn nicht nur seinen Freiraum Dänemark einbüßen, sondern auch viel Geld. Das Haus ähnelt einer Ruine. Keine Fensterscheibe ist mehr ganz, das Gebäude mit Schlagworten gegen die Nazis bemalt. Strom und Wasser sind abgestellt, weil die Rechnungen nicht bezahlt wurden.

Hans Christian Krog Pedersen dürfte den Zorn der deutschen und dänischen Nazi-Szene auf sich geladen haben. Denn Schönborns Fiasko hat weitere Folgewirkungen. Seit September ist Alt-Nazi Christophersen im benachbarten Kollund Ziel des bürgerlich dominierten Widerstandes. Und der war ebenfalls erfolgreich.

Nachdem Groß-Demos keine Wirkung zeigten, hatten die Bürger von Kollund eine neue Variante des Widerstandes entdeckt. Allabendlich versammelten sich zwischen 20 und 50 Bürger und zogen singend vor das Wohnhaus von Christophersen und dann nur wenige Straßen weiter zu den Pedersens. „Den Hund lüften“ nannten sie ihre Aktion, denn Demonstrationen hätten polizeilich angemeldet werden müssen.

Christophersen hat Wirkung gezeigt. In der Woche vor Weihnachten packten deutsche Jung-Nazis sein Hab und Gut in einen Lastwagen. Die Aktion muß gut vorbereitet gewesen sein, denn als die Kollunder den Laster verfolgten, stellte sich plötzlich ein anderes Fahrzeug quer über die Straße und Christophersens Umzugsgut verschwand in der Dunkelheit.

Doch Dänemark ist ein kleines Land und dank der Aufmerksamkeit der nach Schönborns Auftreten sensibilisierten Bevölkerung wurde Christophersens Zielort bekannt. Ein Bauer namens **Ole Petersen** im Dörfchen Gudbjerg auf der Insel Fünen wollte Christophersen Unterschlupf gewähren. Petersen, dänischer SS-Freiwilliger des „Frikorps Danmark“, war von Thies Christophersen in dessen „Die Bauernschaft“, Ausgabe 3/89, vorgestellt worden.

Mit der Enthüllung seines Unterschlupfes dürfte der deutsche Alt-Nazi auch auf Fünen keine Ruhe finden. Bis zum 9. Januar ist er von der Bildfläche verschwunden. Am 9. Januar muß er wieder auftauchen, denn da hat er einen Operationstermin, um einen Bandscheiben-Eingriff vornehmen zu lassen. Mit Krankenhäusern kennt er sich ohnehin aus, denn vor Weihnachten mußte er sich in den Krankenhäusern von Nyborg und Svendborg wegen Herzbeschwerden stationär behandeln lassen.

Wo Christophersen am 27. Januar 1995 seinen 77. Geburtstag feiert ist ungewiß. Aus seinem Vertrautenkreis sickerte durch, daß er sich nach einem neuen Exil in Belgien umschaut. Bereits im November ist er dort persönlich aufgetaucht. Andererseits dürfte er gerade mit Belgien schlechte Erfahrungen verbinden, nachdem das Land ihn Anfang der 80er Jahre nach Deutschland auslieferte.

Bekannt ist, daß das Herz des Auschwitz-Leugners an Deutschland hängt. Deshalb erwägt er wohl auch, sich den Anklagen der Flensburger Staatsanwaltschaft zu stellen. Und dies, obschon er noch eine Reststrafe von etwa einem halben Jahr offenhat. Allerdings verlangt er, daß zu einem Prozeß auch seine „Entlastungszeugen“ geladen werden. Diese „Zeugen“ heißen unter anderem **Faurrisson** und **Zündel**, also die bekannte Revisionisten-Clique.

Die Staatsanwaltschaft Flensburg ist nicht bereit, sich auf Verhandlungen mit Christophersen einzulassen. Und dennoch wird der gewitzte Alt-Nazi diese Möglichkeit erwägen, denn sein Anwalt **Jürgen Rieger** aus Hamburg ist mit jenen Kniffen vertraut, mit denen man Prozesse verschleppen kann. Aufgrund seines Alters und schlechten Gesundheitszustandes kann Christophersen mit Haftverschonung rechnen. Die Justiz könnte ansonsten einen neuen Märtyrer schaffen, wenn Christophersen im Knast sterben sollte.

Schönborns Auftauchen in Dänemark und die massiven Proteste der BürgerInnen haben auch andere Folgewirkungen. Zwar will kein PolitikerIn an der im Grundgesetz verankerten Meinungsfreiheit rütteln, doch wird an der Verschärfung des sogenannten Rassismus-Paragraphen im Strafgesetzbuch gebastelt, nach dem die Beleidigung und Verunglimpfung von Personen aufgrund deren Herkunft, Hautfarbe oder Religion unter Strafe gestellt ist. Nach einer vom zuständigen Parlamentsausschuß im November abgehaltenen Anhörung in Kopenhagen ist davon auszugehen, daß der Strafrahmen erweitert wird. Der sozialdemokratische Justizminister Bjørn Westh setzt seine Hoffnung jedoch vor allem auf die Richterschaft. Die schöpft den Paragraphen nach seiner Ansicht nicht voll aus, wenn es an die Strafverfolgung von Nazis geht. Dazu gab es bislang auch kaum einen Grund. Die dänischen Nationalsozialisten sowie andere faschistische Randgruppen werden von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen.


Fahnenspalier linker dänischer Organisationen und Gewerkschaften am 15. 10. 94

Außer Vollzug

Der Haftbefehl gegen den Neonazi **Meinolf Schönborn** (39) wurde vom Dortmunder Landgericht außer Vollzug gesetzt. Schönborn, ehemaliger Bundesvorsitzender der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF), war am 21. November 1994 in Gütersloh verhaftet worden, weil der dringende Verdacht bestand, daß er die NF auch nach ihrem Verbot organisatorisch aufrechterhalten habe.

Knast für Worch

Zu einer zweijährigen Freiheitsstrafe ohne Bewährung wurde **Christian Worch** (38) vom Frankfurter Landgericht in der vergangenen Woche wegen Fortführung der mit Wirkung vom 7. Dezember 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) verurteilt. Die Staatsanwaltschaft hatte in ihrem Plädoyer eine Haftstrafe in Höhe von drei Jahren und sechs Monaten für den Neonazi Worch gefordert. Pflichtverteidiger **Achim Groepper** forderte einen Freispruch für seinen Mandanten, der als Kopf der „Nationalen Liste“ und der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ in der neonazistischen Szene fungiert. Worch hatte vergeblich versucht, den Prozeß durch zahlreichen Beweisanträge wie die Anhörung von 130 Zeugen, darunter solche aus Australien und den USA, zu verschleppen. Mit dieser Taktik hatte der Hamburger Rechtsanwalt **Jürgen Rieger** (47) den Stuttgarter Prozeß erheblich verzögert, bis er im Mai dieses Jahres wegen der Krankheit einer Schöffin eingestellt werden mußte. Sowohl Christian Worch als auch die Staatsanwaltschaft hatten angekündigt, in Revision zu gehen.

Armin Cherus

„Hermannstag" in Hetendorf

Hermann der Cherusker ist für viele völkisch denkende Gruppen der Inbegriff des Widerstands gegen Romanisierung und Fremdbeherschung überhaupt. Der Sage nach schlug er in der Nähe von Detmold im Teutoburger-Wald die römischen Legionen des Varus. Zwar gehen Archäologen inzwischen davon aus, daß das historische Schlachtfeld eher in der Region östlich von Osnabrück liegt, doch völkisch Denkende hält dieser Umstand nicht davon ab, in der Region um Detmold jenem vermeintlich heldischen Geschehen zu gedenken.

Auf einen arteigenen (germanischen) Glauben berufen sich die „Goden" und stellen sich damit im Kampf gegen „Überfremdung" und „Fremdbestimmung" in eine Reihe mit Hermann dem Cherusker. Um diese Tradition wachzuhalten und um die rechten Kräfte zu einigen, hoben die Goden vor 3 Jahren den Hermannstag aus der Taufe. Ort dieser Zusammenkunft war in den letzten Jahren das Cafe Roog in Horn Bad Meinberg bei Detmold. Dieser Ort liegt in unmittelbarer Nähe der für Heiden und „Naturreligiöse" wichtigen Externsteine und des Hermannsdenkmals.

Antifaschisten ist das Cafe Roog schon lange als regelmäßiger Treffpunkt und Tagungsort von heidnisch-faschistischen Gruppen wie den „Armanen" oder den „Goden" bekannt. Eine antifaschistische Demonstration vor dieser Gaststätte zum Hermannstag 1993 scheint allerdings dazu beigetragen zu haben, daß der Wirt zu den neofaschistischen Heidengruppen auf Distanz ging. Auch andere Versuche der Goden, im Raum Detmold Räume zu mieten, scheiterten. Dazu dürfte auch ein Brief der Polizei beigetragen haben, welche durch die Demo 1993 auf die Goden aufmerksam geworden waren. Die Polizei verschickte über den Gaststättenverband Informationen zum faschistischen Charakter der Goden. So kam es, daß die Goden ihren Hermannstag aus Raumnot fernab des Namensgebers ihres Gedenktages im „Heideheim" verschiedener Nazigruppen in Hetendorf abhalten mußte.

Die Goden

Bei den 1957 von **Franz Hermann Musfeld** gegründeten Goden handelte es sich zunächst um einen Orden. Heute sind die Goden als eingetragener Verein organisiert. Folgendes Bild haben die Goden von sich selbst: „Die Gemeinschaft: Die Goden sind eine religiöse Erneuerungsgemeinschaft auf artgemäßer Grundlage, welche im Dienst zum Wohle der gesamten Menschheit, insbesondere aber der weißen Rasse steht." Weiter streben die Goden nach einem sich an vermeintlich „kosmischen Gesetzmäßigkeiten" orientierten Glauben. So gilt für sie: „Fürchte dich nicht! Die Gottheit ist in Dir. Erstrebe die bewußte Einheit mit ihr, so wird sie dich erfüllen."

All diese Glaubenssätze dienen jedoch nur dazu, gesellschaftliche Herrschaft als „natürlich" oder „kosmisch" zu legitimieren und so als gottgegeben unangreifbar zu machen. Oder, was beim Konzept der Selbstvergöttlichung der Fall ist und sich als Motiv auch bei anderen pantheistischen Gruppen wiederfindet, eigene Taten unhinterfragbar zu machen.



Das Gelände Hetendorf Nr. 13 beim Pfingstlager der Wiking-Jugend 1994

Wer sich als Teil des Göttlichen versteht, für den gilt die menschliche Fehlbarkeit eben nicht mehr.

Neben diesem religiösen Bereich, scheuen sich die Goden aber auch nicht auf Ideologen wie den Biologisten und Vordenker des Ökofaschismus **Walter Hauer**, oder den wohl wichtigsten Rasseideologen des NS-Faschismus, **F.K. Günther** zurückzugreifen. Zum Teil werden Reden oder Schriften der beiden in der Zeitschrift der Goden, der „Kosmischen Wahrheit" abgedruckt, z.T. wird Werbung für ihre Bücher gemacht. Der in der Öffentlichkeit wohl bekannteste Gode ist **K.O. Schmidt**, dessen esoterische Bücher sich heute in fast jeder Esoterikbuchhandlung finden. Seine Bücher werden vom Drei Eichen-Verlag und vom Bauer-Verlag, unter der Überschrift „Ein Klassiker des neuen positiven Denkens" vertrieben. Interessant vielleicht noch, das der 1977 verstorbene K.O. Schmidt sein Bundesverdienstkreuz auf Vorschlag von **Hans Filbinger** verliehen bekam.

1989 spalteten sich die Goden wegen interner Streitigkeiten. Die eine Teilgruppe um **Adolf Persin** kann mehr als ideologieorientiert bezeichnet werden, die Gruppe, welche sich „Bund der Goden - Arbeitsgemeinschaft des erweiterten Godenrates der religionswissenschaftlichen Vereinigung "Die Goden e.V.'" nennt und sich um **Adolf F. Ventker** aus Großhansdorf gruppiert ist mehr praxisorientiert, vertritt einen offeneren Rassismus und verfügt über beste Verbindungen ins NS-Spektrum.

A.F. Ventker und „Der Bund der Goden"

Vorsitzender der Abspaltung „Bund der Goden" ist A.F. Ventker. Ventker ist Alter Herr der Burschenschaft Askania Hamburg, welche auch gelegentlich Tagungen der Goden besucht. Gute Verbindungen bestehen auch zu **Dieter Korell**, dem Vorsitzenden der "Deutschen Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte", jenem Verein, in dem neben Altnazis und Denkmalspflegern z.B. auch der Kopf der franz. Neuen Rechten, **Alain de Benoist** Mitglied ist. Ventker ist gleichzeitig noch 2. Bezirksleiter der „Deutschen Volksversammlung", deren Vorsitzender ebenfalls D. Korell ist. Desweiteren ist Ventker noch Mitglied des Heimatvereins seines Wohnortes Großhansdorf und Mitglied in der „Sozialwissenschaftlichen Gesellschaft 1950". Mitglied der Goden scheint auch der Rechtsterrorist **Manfred Roeder** zu sein, der 1982 wegen Bildung einer terroristischen Vereinigung und wegen Anstiftung zu 7 Sprengstoff- und Brandanschlägen zu 13 Jahren Haft verurteilt wurde. Roeder war auf dem Hermannstag in Hetendorf anwesend und hielt auf der Frühjahrstagung in Stadtoldendorf einen Vortrag zum Thema „Recht und seine Handhabung in der heutigen Zeit".

Der Hermannstag

Für den Hermannstag, der schließlich vom 22-23.10.94 im Heideheim in Hetendorf statt-

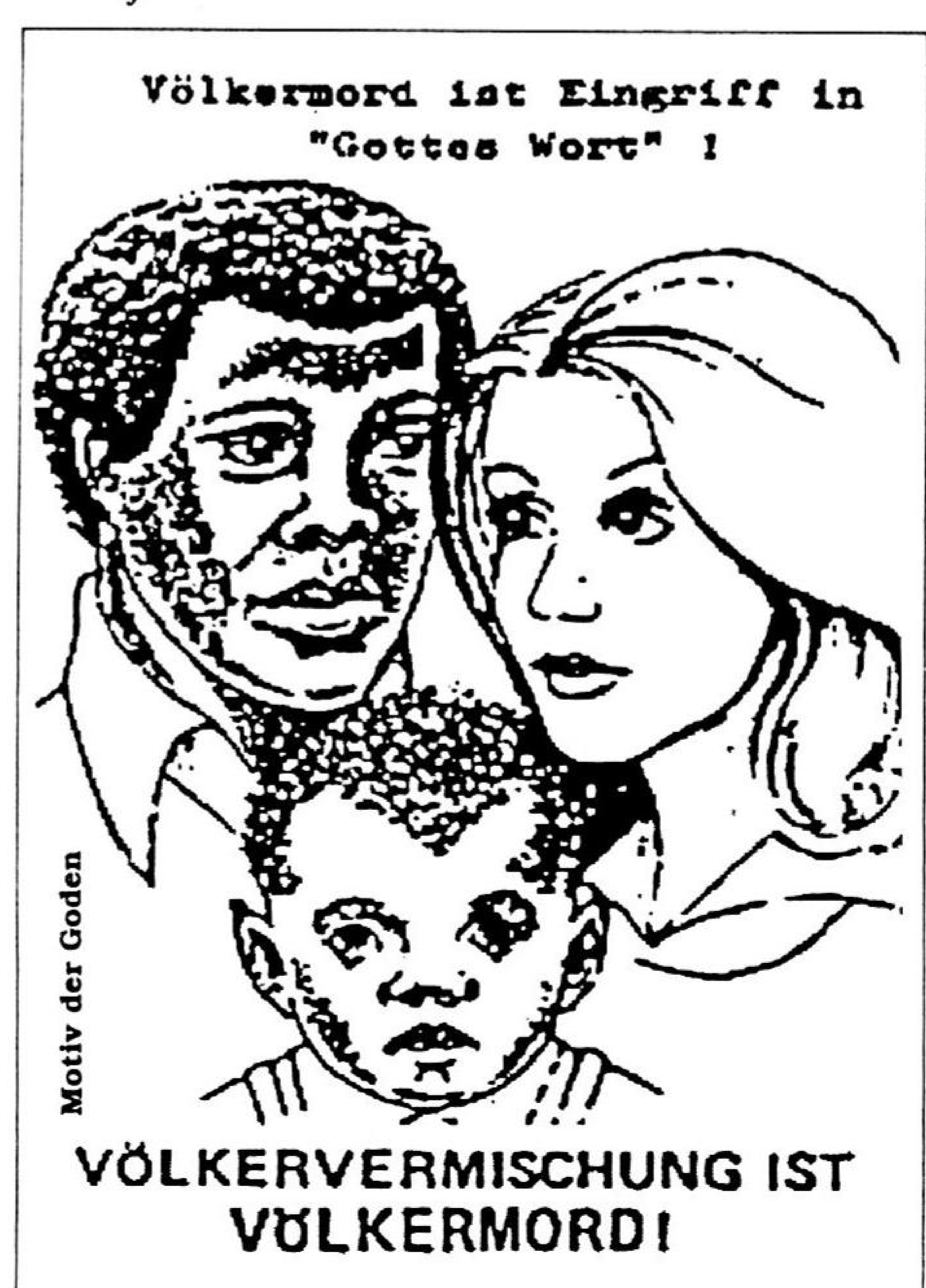
fand hatte A.F. Ventker die Unterstützung der „Artgemeinschaft" des neofaschistischen Rechtsanwalt **Jürgen Rieger**, des „Nordischen Ring" und der „Deutschen Bürgerinitiative" des M. Roeder angekündigt. Von Rieger war allerdings nichts zu sehen, M. Roeder aber war vor Ort. Insgesamt fanden sich ca. 40-50 Gäste ein. Die große Unterstützung blieb also aus. Der Gesellschaft, deren Altersdurchschnitt bei ca. 60 Jahren liegen dürfte, scheint es nicht gelungen zu sein ihre ideologischen und personellen Verflechtungen umzusetzen.

Abschließende Bewertung

Die Goden als Organisation scheinen ihrem (biologischen) Ende zuzugehen, sowohl Art als auch Inhalt ihres Auftretens sind überholt. Viele ihrer Inhalte und Glaubenssätze sind jedoch inzwischen an andere Gruppen oder Organisationen weitergegeben. So entstammen z.B. die beiden führenden Personen der Armanen, **Sigrun Schleipfer** und ihr Mann **Adolf Schleipfer**, der im Moment wohl bedeutendsten heidnisch/neofaschistischen Gruppierung, den Goden. Andere Inhalte haben in breiten Kreisen der Esoterikbewegung Einzug gehalten. Hier sei nur an Führertum, positives Denken und Regionalismus-Konzepte erinnert. Auch die Armanen pflegen enge Kontakte zur militanten Szene, besonders zum Personenkreis um den Leiter der inzwischen verbotenen NF, **Meinolf Schönborn**.

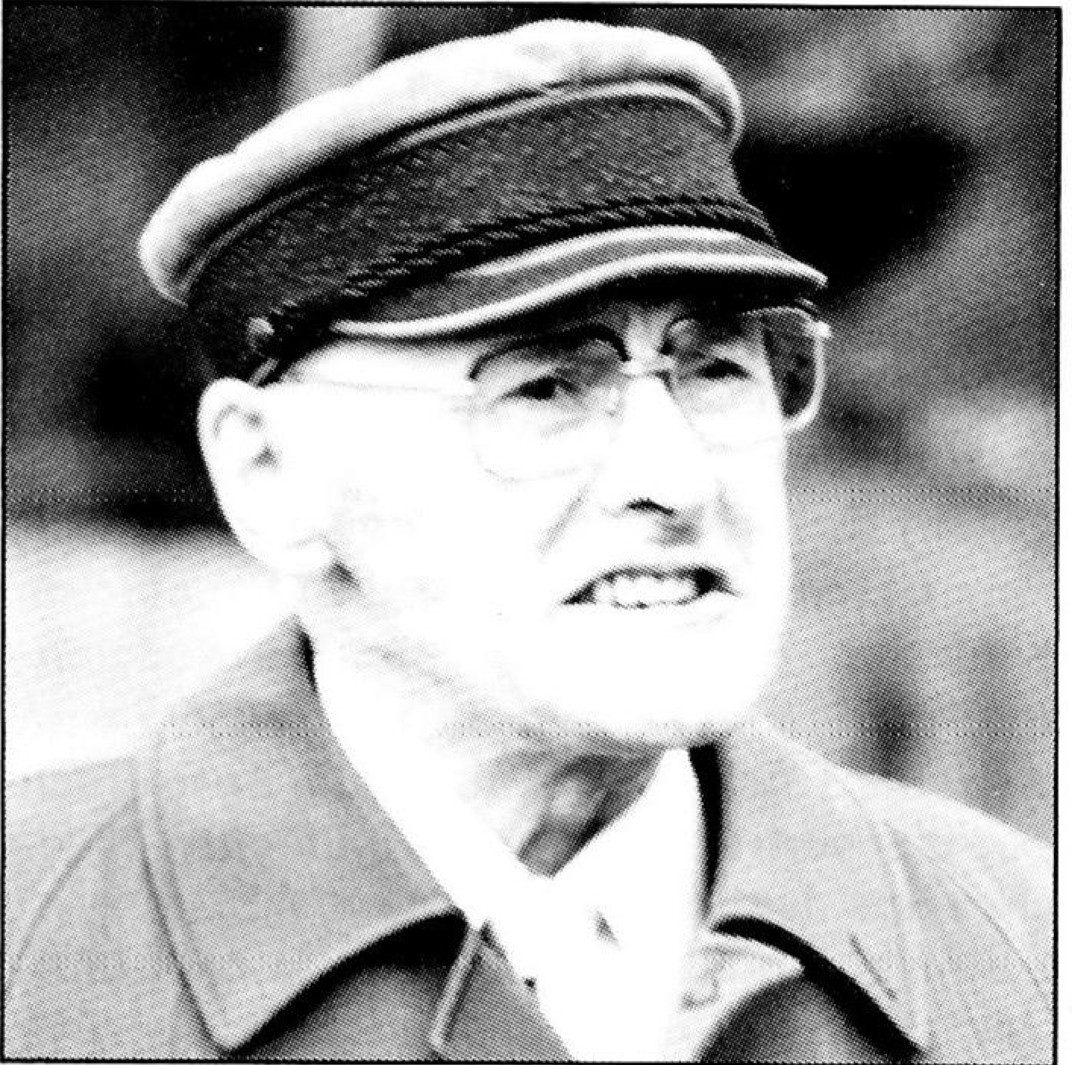
Ideologisch bildet das „Neuheidentum" inzwischen eine nicht zu unterschätzenden Säule der Ideologie der Neuen Rechten um Alain de Benoist, welcher mit seinem Buch „Heide sein zu einem neuen Anfang" die Wichtigkeit religiöser Elemente unterstreicht. Leider fand gerade der ideologische Teil dieses Denkens bei AntifaschistInnen wenig Bedeutung.

Die Verwendung derselben rassistischen Motive beim Bund der Goden und bei der FAP läßt auf eine ideologische Verwandheit schließen.



Aufkleber der Goden

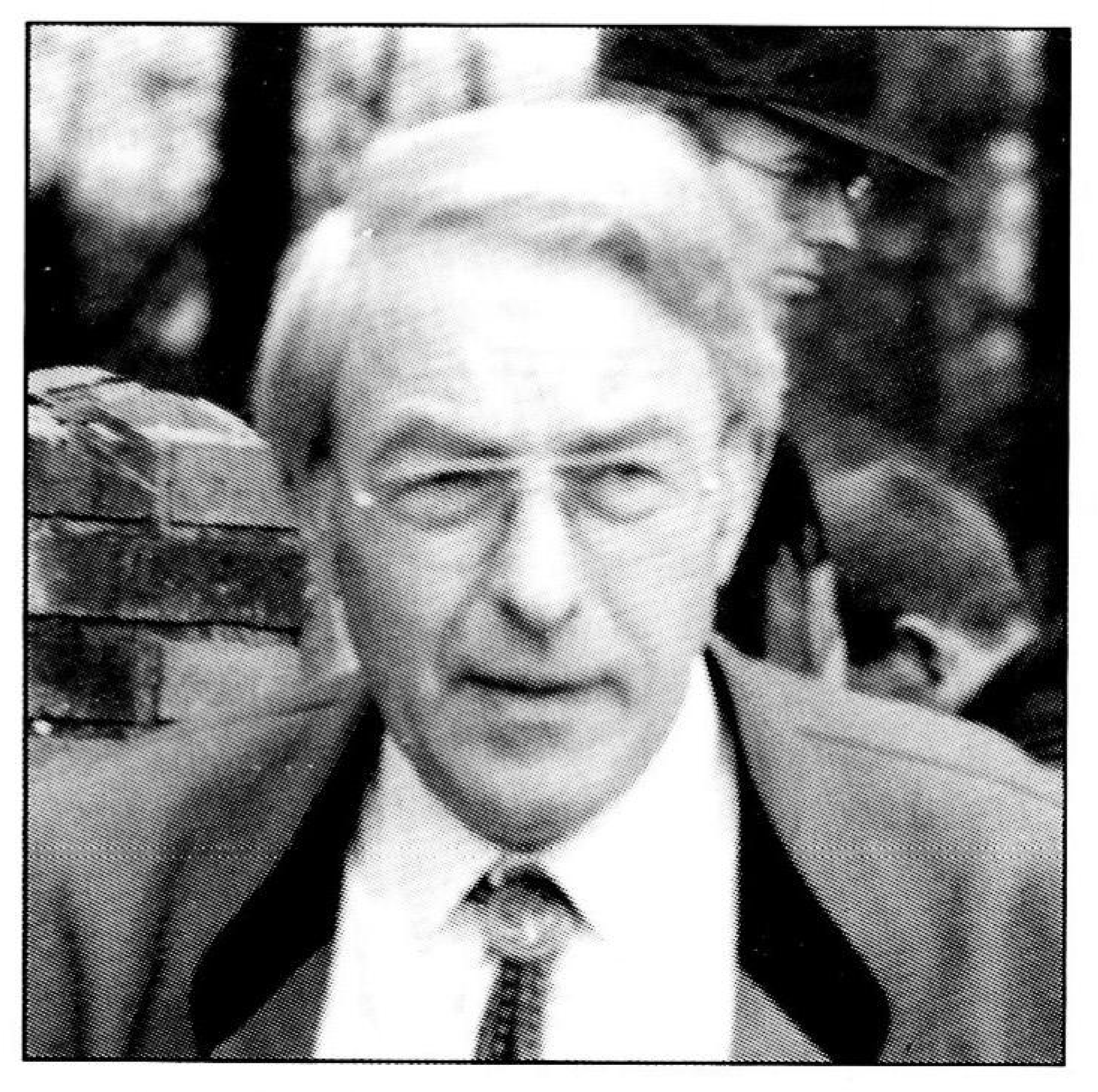




Teilnehmer des "Hermannstages"



Walter Drees, Pressesprecher der Deutschen. Gesellschaft für Vor- und Frühgeschichte



Manfred Roeder

"Bewegungs-Prozeß"

Der Prozeß wegen Fortführung der im Dezember 1983 verbotenen neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten" (ANS/NA) vor der Staatsschutzkammer des Stuttgarter Landgerichts soll „so bald wie möglich" neu verhandelt werden. Voraussichtlicher Prozeßbeginn wird im Januar des kommenden Jahres sein. Das Stuttgarter „Bewegungsverfahren", es wurde am 5. Februar 1991 eröffnet, war im Mai 1994 aufgrund der Krankheit einer Schöffin nach über dreijähriger Dauer und 124 Verhandlungstagen geplatzt. Das Verfahren gegen den Vorsitzenden der „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP) **Friedhelm Busse** (65) wurde im Dezember 1993 abgetrennt und Busse im Februar dieses Jahres zu einer 20monatigen Bewährungsstrafe verurteilt. **Jürgen Rieger** (47), Anwalt des einstigen Konkurrenten von **Michael Kühnen** , **Jürgen Mosler** (39), wird bei der Neuauflage des Prozesses nicht mehr als Pflichtverteidiger dabei sein. Das Oberlandesgericht Stuttgart bestätigte Ende November einen entsprechenden Beschluß von Dietmar Mayer, Kammervorsitzender beim Stuttgarter Landgericht. Mayer wirft einem Bericht der Stuttgarter Zeitung zufolge Rieger „Prozeßsabotage" vor. Von den ursprünglich 21 Angeklagten sind Jürgen Mosler, **Christian Malcoci** (31), **Michael Swierczek** (33), **Willi Wegener** (42), **Bela Ewald Althans**, **Alois Hogh**, **Gerald Menhorn**, **Andreas Rossiar**, **Falco Schüssler** (alle 28) und **Christiane Mader** (26) übrig geblieben.

MELDUNGEN

Gemeinnützige Nazi-Vereine

Nach einem Bericht des ARD-Magazins „Panorama" sind mehrere neonazistische Vereine in Deutschland als gemeinnützig anerkannt. Darunter der „Heideheim e.V.", der das Anwesen Hetendorf Nr.13 bei Hermannsburg (Lüneburger Heide) betreibt, die „Notgemeinschaft für Volkstum und Kultur" und das „Collegium Humanum". Sie sind von diversen Steuerzahlungen befreit und Spenden an diese Vereine können von der Steuer abgesetzt werden.

JF angeklagt

Am 27. Januar 1995 steht die „Junge Freiheit" vor einer Zivilkammer des Mannheimer Landgerichts. Die Journalistin Barbara Ritter verklagte die „Junge Freiheit", da diese in ihrer Ausgabe vom Mai 1994 wahrheitswidrig behauptet hatte, Ritter sei „ex-Stasi-Mitarbeiterin". Rechtsanwaltlich vertreten wird die JF vom Mannheimer Rechtsanwalt Dr. Dr. **Thor von Waldstein**.

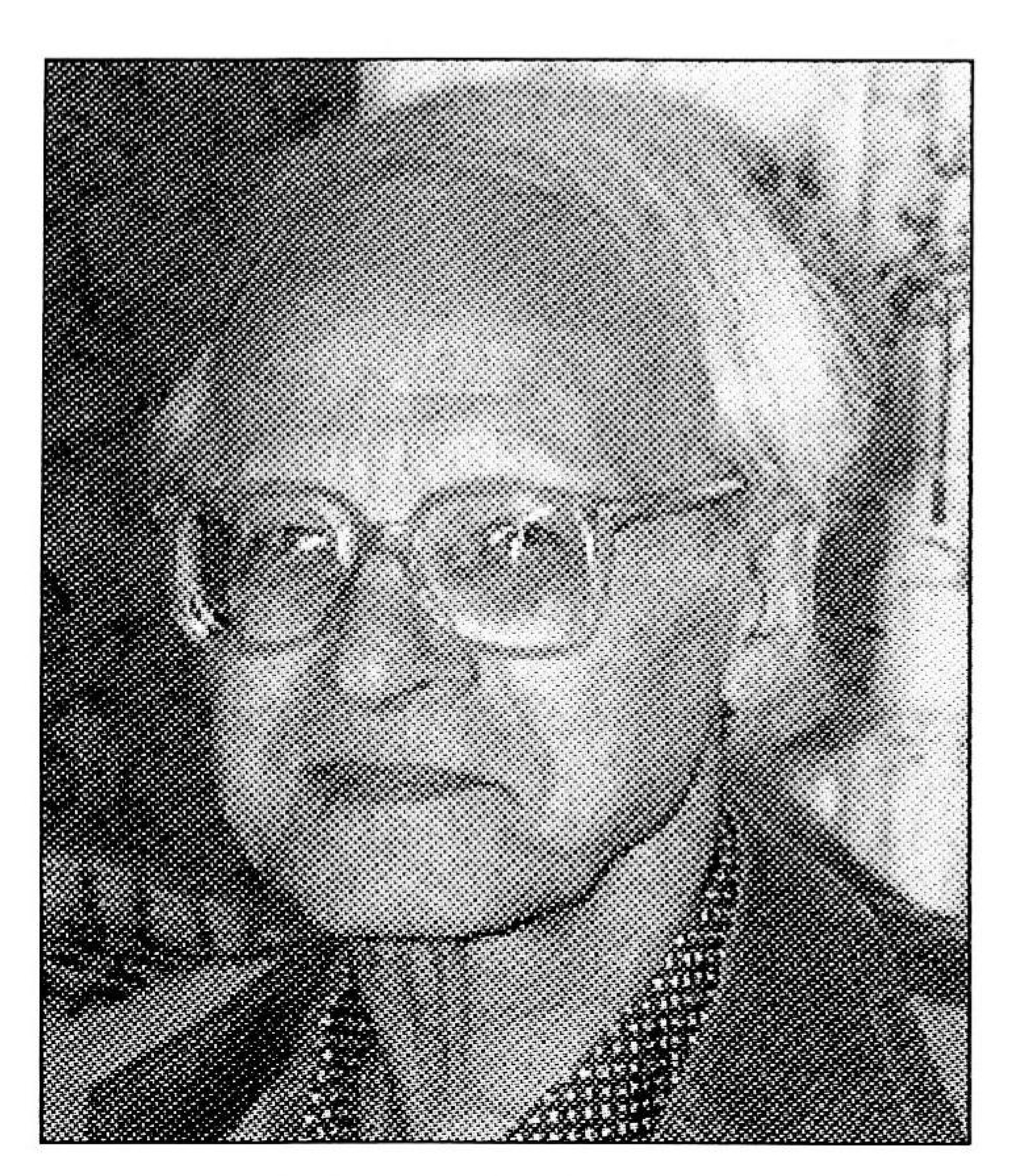
Barbara Ritter

Claudia Nolte und der „Komm-Mit"-Kalender

Rechtsradikal und jugendgefährdend

In Unschuld, ja sogar in Weihwasser kann sich das „Komm-Mit"-Team seine Hände waschen: dem 78jährigen Günter Stiff, der den Jugend-Kalender schon seit 1948 herausgibt, haben „15 Bischöfe und Weihbischöfe" den Rücken gestärkt, nachdem die katholische Bischofskonferenz sich von dem als rechtsradikal und jugendgefährdend eingeschätzten Machwerk nur lau distanziert hatte. Der Kalender sei nicht kirchlich sondern „privat".

Sein Publikum findet der Kalender in erzkatholischen Kreisen, ebenso wie in evangelikalen, denen der Kalender „viel Offenheit für den christlichen Patriotismus" (S.103) attestiert. Wenn nun schon Erzbischof **Dyba** den Komm-Mit-Kalender 1995 als „wieder sehr gelungen" seinen Meßdienern ans Herz legt, wird auch der Verfassungsschutz nichts daran aussetzen wollen, der ausgerechnet von der frommen Frauen-Ministerin **Claudia Nolte** auf dieses „Meisterwerk zeitgenössischer Jugendliteratur"- so ein Loblied in der katholischen „Deutschen Tagespost"(Mai 94)- gehetzt wurde. Schließlich hat die Staatsanwaltschaft in Münster schon im April 1994 ein Ermittlungsverfahren wegen „rechtsradikaler Tendenzen" eingestellt. Sie konnte im 94er Kalender „entsprechende Hinweise" nicht finden. Anscheinend übersehen hatten die eilfertigen Staatsdiener, daß der Kalender im letzten Jahr seinen jugendlichen LeserInnen die als verfassungsfeindlich eingestufte Zeitschrift „Nation und Europa" als „fundiert, informativ, aktuell" empfiehlt, und die rechtsextreme „Junge Freiheit" als „national-konservative Jugend-Zeitung, aktuell, vielseitig, anspruchsvoll, flott aufgemacht". Kontakte regt „Komm-Mit" zu Gruppierungen an wie die „Union für Südtirol" als eine „Aktion für Selbstbestimmungsrecht der unterdrückten Deutschen im italienisch besetzten Südtirol" (S.312). Die gröbsten braunen Flecken haben die Herausgeber **Günter Stiff**, **Felizitas Küble** und **Martina Bremshey** in der Ausgabe von 1995 notdürftig herausgewaschen: die „Union für Südtirol" wird jetzt nahegelegt als schlicht „für Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in Südtirol" (S.312).



Günter Stiff, "Komm-Mit"-Herausgeber

Der Buchtip von 1994 hieß noch „Die Vertreibung der Deutschen: Bestes Info-Buch über (gegen) die brutale Vertreibung von 15 Millionen Deutschen aus den dt. Ostgebieten (Schlesien, Pommern, Ostpreußen Sudetenland)" (S.119). In der Ausgabe von 1995 wird das selbe Buch angekündigt als „Info-Buch über die Vertreibung von 12 Millionen Menschen aus dem deutschen Osten"(S.350).

Einige einschlägige Adressen in der „Info-Liste" fehlen in der neuen Ausgabe. So etwa „die Deutschen Konservativen", deren Führer **Joachim Siegerist** gerade wegen Aufstachelung zum Rassenhaß und Volksverhetzung für 18 Monate im Knast sitzt.

Erstmals unerwähnt bleibt auch „Nation und Europa". Die Kameraden von NE nehmen es nicht krumm und loben „Komm-Mit" als „vernünftig und auf wohltuende Weise nonkonformistisch" (10/94). Schließlich ist Felizitas Küble auch Autorin in „Nation und Europa". Auch andere veröffentlichte Kritikpunkte haben das Komm-Mit-Team zu einer scheinbaren Abschwächung seiner Position veranlaßt. Den Vorwurf der Verharmlosung des Nationalsozialismus wendet Komm-Mit sogar gegen seine Kritiker, „die nicht einmal zwischen patriotisch und rechtsextrem differenzieren (unterscheiden) können... solche Geistesver(w)irrung stellt letztlich eine Verharmlosung des NS-Systems dar, das rassistisch und diktatorisch war, also eben nicht patriotisch". (S.412)

Anstatt wie 1994 noch mehr oder weniger offen antisemitisch über eine „antideutsche Kollektivschuld-These" zu lamentieren, werden in der neuen Ausgabe viele jüdische Sprichworte und Politiker vereinnahmt, vorausgesetzt natürlich, sie sind „deutschfreundlich". Unter dem Thema „Patriotismus - Auftrag für Deutschland" kommentiert Komm-Mit einen Vortrag des Ehrenvorsitzenden des „American Jewish Committee" als „vernünftigen Rat aus dem Mund eines prominenten Juden". Schlußendlich stellt Komm-Mit die Aufforderung an die jugendlichen Leser: „Schreibe uns bald, wie Du über Patriotismus denkst und ob Du unbefangen und mit Stolz sagen kannst 'Ich bin ein Deutscher', so wie Herr Ellenoff es allen Deutschen empfiehlt." (S.320) Mehr als nur unterschwelliger Antisemitismus bricht sich bei der „sog. Vergangenheitsbewältigung" (S.112) Bahn. Das „linke Lager" lasse sich „seine geschichtspolitischen Verkrampfungen in der Regel nur sehr ungern nehmen". „Anzuklagen" seinen „in erster Linie unsere größtenteils linken Medien..., die bekanntlich nur sehr selten aus Juden bestehen. Außerdem gibt es bei Juden wie überall solche und anders Gesinnte, also deutschfreundliche und weniger deutschfreundliche. Selbst die nicht besonders patriotische 'Jüdische Allgemeine', die offizielle Zeitung des 'Zentralrats der Juden in Deutschland' argumentiert zuweilen gegen deutsche Übertreibungen und Verkrampfungen oder macht sich gar (völlig zur Recht) darüber lustig." (S.112/3).

Mit Häme stellt Komm-Mit fest, daß „die deutsche antinationale Verbissenheit ausländerfeindliche Anschläge (wie etwa in Solingen) offenbar nicht verhindert hat". (S.113)

1994 hatte Komm-Mit noch bruchlos „Abtreibung = Mord" an das Thema „Patriotismus" angeschlossen: „Gerade weil wir den Patriotismus hochhalten, müssen wir dieses Unrecht, ja Verbrechen der Massenabtreibung scharf anklagen - und tun dies seit Jahrzehnten. Wer sein Land liebet kann eine Wegwerfgesellschaft nicht gutheißen, die jene Bürger, die sich noch im Mutterleib befinden, zum Abfall befördert. Abgesehen davon sind wir Deutschen ein aussterbendes Volk und haben eine der niedrigsten Geburtenrate der Welt." (S.356) Auch 1995 sollen Jugendliche noch „unser Anti-Abtreibungs-Plakat 'Lebensrecht für alle - Abtreibung ist Mord' aufkleben" (S.405) Die neue gesetzliche Regelung des § 218, „Fristenreglung mit Beratungspflicht", erklärt Komm-Mit dann so: „Das bedeutet: wer abtreibt, kann sich bzw. sein Gewissen damit beschwichtigen, daß man sich ja 'gesetzmäßg' verhielt bzw. beraten ließ, also nicht einfach so drauflostötete. Dem ungeborenen Kind kann es freilich egal sein, ob es mit oder ohne vorherige Beratung ermordet wird. Tod bleibt Tod, da helfen keine Alibis! Mord bleibt Mord, ob mit oder ohne 'Beratung'!"(S.76)

In diesem Zusammenhang wird Frau Nolte nun zum drittenmal (1992,1994,1995) lobend zitiert: „Ich möchte allen jenen danken, die mich zum Thema 'Schutz des ungeborenen Menschen' unterstützen - und ich verbinde damit meine Bitte, in der Bemühung um die Verbreitung der Wahrheit nicht nachzulassen..." schreibt Nolte. Das Komm-Mit-Team ist gerührt: „Das ist so gut, daß wir dem nichts hinzuzufügen haben." (S.84). - Wie wahr, es reicht wirklich.

Einschätzung des "Komm-Mit" Kalenders durch die rechtsradikalen "Unabhängigen Ökologen":
"Vor allem aber fehlt es nicht an der Vermittlung zeitbezogenen, politischen Hintergrundwissens, wie es in dieser Form den Kindern weder von Schule noch von den Medien dargeboten wird. Auch unbequeme Dinge wie die Unterdrückung der deutschen Volksgruppen jenseits von Oder und Neiße, die kriminellen Schattenseiten multinationaler Gesellschaften oder seelische Folgen der Abtreibung werden nicht ausgespart. "

Anton Maegerle

„Ein Handbuch über strittige Fragen des 20.Jahrhunderts“

Revisionistischer Großangriff aus dem Grabert-Verlag

Revisionismus war von Anfang an keine deutsche, sondern eine internationale Erscheinung. 1979 fand in Los Angeles der erste revisionistische Weltkongreß statt, auf dem sich Leugner des Holocaust aus mehreren Ländern Europas und Amerikas trafen. Schon zuvor erschien eine große Anzahl von Büchern, die den historischen Nachweis führen wollten, daß es die industriell betriebene Massenvernichtung von Juden in Gaskammern nie gegeben habe.



Germar Rudolf, verh. Scheerer

Das rechtsextreme Spektrum hatte festgestellt, daß sämtliche Versuche, den Nationalsozialismus mit einer vorwiegend auf die Kriegsschuldlüge gestützten Agitation zu rechtfertigen, regelmäßig scheitern, solange es nicht gelingt, die dem Dritten Reich anzulastende millionenfache Ermordung der Juden mit scheinbar plausiblen Elementen zu bestreiten. Es setzte nun - ausgehend von den USA und Frankreich - ein Propagandafeldzug in Sachen „Auschwitz-Lüge“ ein, trotz der Tatsache, daß beim Auschwitz-Prozeß vor dem Frankfurter Schwurgericht 1963-1965 von den Angeklagten der Massenmord nicht bestritten worden ist.

Seit Ende der achtziger Jahre haben rechtsextreme Kreise ihre Revisionismuskampagne weltweit verstärkt. 1988 wurde der US-Amerikaner **Fred Leuchter**, ein selbsternannter „Exekutionsingenieur“, von dem wegen Leugnung des Holocaust in Kanada vor Gericht stehenden deutschstämmigen Neonazi **Ernst Zündel** beauftragt, ein Gutachten zu seiner Entlastung zu erstellen. Illegal entfernte Leuchter auf einer konspirativ geplanten und durchgeführten Reise auf dem Gelände der Vernichtungslager Auschwitz/Birkenau und Majdanek Mauerstücke und ließ diese in den USA auf ihren Blausäuregehalt untersuchen. Leuchter kam zum Ergebnis, daß es nicht möglich gewesen sei, die Lagerinassen zu vergasen. Dieses Gutachten, der sogenannte „Leuchter-Report“, erwies sich zwar als pseudowissenschaftliches Machwerk; er gilt dennoch bundesdeutschen und ausländischen Rechtsextremisten als der „wissenschaftliche“ Beweis dafür, daß es den Holocaust nie gegeben habe.

Seit Ende 1992 liegt eine weitere pseudowissenschaftliche „Expertise“ in Sachen „Auschwitz-Lüge“ vor. Autor des „Gutachtens für die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den 'Gaskammern' von Auschwitz“, für das die NPD in ihrer Parteizeitung „Deutsche Stimme“ Werbung macht, ist der Chemiker **Germar Rudolf** (inzwischen verh. **Scheerer**).

Erstellt wurde das Gutachten im Auftrag des Düsseldorfer Rechtsanwaltes **Hajo Hermann**, einst Jagd- und Kampfflieger des II.Weltkrieges, zur Unterstützung der strafprozessualen Verteidigung des in anderer Sache beschuldigten NS-Generalmajors a.D. **Otto Ernst Remer**. Rudolf, zeitweilig Redaktionsmitglied der "Jungen Freiheit“ und Mitglied der „Jungen Union“ (JU), der Nachwuchsjugend der CDU, danach beim „Republikanischen Hochschulverband“ (RHV) beheimatet, kommt in seinem Gutachten zur Schlußfolgerung, daß aus „chemisch-physikalischen Gründen“ die „bezeugten Massenvergasungen mit Blausäure in den angeblichen 'Gaskammern' in Auschwitz nicht stattgefunden“ haben können. Die Massenvernichtung in der Mordfabrik Auschwitz ist für Rudolf einfach nicht existent.

Der Grabert-Verlag: bedeutendster Revisionismus-Verlag in der BRD

Hort des Revisionismus in der Bundesrepublik ist der Grabert-Verlag, der in der baden-württembergischen Universitätsstadt Tübingen beheimatet ist. Gegründet wurde der Verlag, ein Forum für Entlastungsliteraten, im Januar 1953 von **Herbert Grabert**, der von 1941 bis 1945 in **Alfred Rosenbergs** „Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete“ tätig war. Zeitgleich mit der Verlagsgründung rief Grabert die „Mitteilungen für den 131er-Hochschullehrer im Auftrage des Verbandes der nicht-amtierenden (amtsverdrängten) Hochschullehrer und der Forschungshilfe e.V.“ (heute: „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ - DGG), das revisionistische Zentralorgan in der Bundesrepublik, ins Leben.

Just zur Vorweihnachtszeit hat der „Grabert“-Verlag unter Führung von **Wigbert Grabert**, Sohn von H.G., einen Großangriff in Sachen Revisionismus gestartet. 15 Autoren aus der Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Kanada und den USA leugnen in der ihnen eigenen pseudowissenschaftlichen Weise u.a. den Holocaust an den Juden, stellen Zeugenaussagen von Nazi-Opfern in Frage, bestreiten die Authenzität des „Wannsee-Protokolls“ und verneinen die Tatsache des deutschen Massenmordes an jüdischen Sowjetbürgern in Babi Jar/Kiew.

„Einzigartiges Handbuch“

Herausgeber des 400 DIN-A4-Seiten umfassenden Mammutwerkes „Grundlagen zur Zeitgeschichte. Ein Handbuch über strittige Fragen des 20. Jahrhunderts“ (eine Veröffentlichung des grabertschen „Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte“, Band XXII) ist **„Ernst Gauss“** (Pseudonym). Germar Rudolf will „Gauss“ nicht enttarnen, da es „dem dahinter befindlichen, sich in führender Position in der Industrie tätigen Herrn (..) unendliche Schwierigkeiten bereiten würde“. Fakt ist, daß das „Handbuch“ unter federführender Regie von Rudolf erstellt worden ist, so daß der Schluß zwingend ist, daß Rudolf sich hinter „Gauss“ versteckt.

Gegendarstellung

Betr. Artikel „Zur Tradition der Schwarzen Listen“ in der Sondernummer des RECHTEN RANDES *zur sogenannten Anti-Antifa (ersch. März 1994)*

„In diesem Artikel wird einmal über mich behauptet, ich hätte mit dem SS-Führer Anders in Braunschweig zusammengearbeitet. Dies ist falsch, der Oberbundesanwalt hat festgestellt, daß wir uns nicht einmal persönlich kannten und auch nicht zusammengearbeitet haben.

Weiterhin wird die Behauptung aufgestellt, ich hätte auch SPD-Funktionäre und andere Demokraten in meiner Liste erfasst. Dies ist falsch. Im Gegenteil, der Oberbundesanwalt Dr.Weichmann hat in seinem Einstellungsbescheid vom 21. September 1955 eindeutig formuliert: 'Der Beschuldigte hat eine Kartei staatsfeindlicher Personen aufgestellt'. Außerdem ist es unrichtig, daß ich verurteilt wurde. Im Gegenteil, es lief niemals ein Strafverfahren, sondern lediglich nur ein Ermittlungsverfahren, das von der SPD-Führung beantragt war.

Dieter von Glahn
Hannover den 13.12.1994

Randbemerkung: *Sehr aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang die Autobiographie von Dieter von Glahn, die unter dem Titel „Patriot und Partisan für Freiheit und Einheit“ 1994 im Grabert-Verlag erschienen ist.*

Im letzten Jahr erschien im „Grabert“-Verlag das Erstlingswerk von „Gauss“ mit dem Titel „Vorlesungen über Zeitgeschichte. Strittige Fragen im Kreuzverhör“ (ebenso eine Veröffentlichung des „Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte“, Band XIX); dazu der Verlag in einem Prospekt: Der Verfasser, ein Diplomchemiker, ziehe „die moderen Naturwissenschaften heran, um zu beweisen, daß manche bislang als wahr unterstellten Behauptungen und Zeugenaussagen schon deswegen nicht wahr sein können, weil sie gegen allgemeine anerkannte Naturgesetze verstoßen. Das trifft insbesondere für die 'Gaskammern' von Auschwitz zu, die danach so, wie auch im großen Auschwitz-Prozeß angenommen, nicht funktioniert haben können.“

Der Gemeinschaftsvertrieb des Buches liegt u.a. in Händen des Bremer „Faksimile“-Verlages, des Coburger „Nation Europa“-Verlages und des „Grabert“-Verlages. Von den Verlagen wird die Publikation als „einzigartiges Handbuch“, als „ein umfassendes Standardwerk mit aktuellen Beiträgen der wichtigsten revisionistischen Forscher aus aller Welt“ angepriesen. Die Zusammenstellung der gebetsmühlenartig vorgetragenen revisionistischen Wirrgedanken beinhaltet jedoch nichts originär Neues. Neu ist lediglich die umfassende revisionistische Themenfülle in solch einem voluminösen Band.

Anklage gegen Germar Rudolf

Seit dem 22. November steht der Revisionist **Germar Rudolf** (29) vor Gericht. Gegen den Diplom-Chemiker Rudolf, seit dem 20. Mai 1994 verheirateter **Germar Scheerer**, wurde das Hauptverfahren wegen Volksverhetzung, Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener und der Beleidigung vor der 17. Strafkammer des Stuttgarter Landgerichts eröffnet. Der Angeklagte Rudolf ist Autor des „Gutachten über die Bildung und Nachweisbarkeit von Cyanidverbindungen in den ‘Gaskammern’ von Auschwitz“, das seit September 1991 in verschiedenen Fassungen aufgelegt wurde. Rudolf muß sich insbesondere für die 3., erweiterte und korrigierte Auflage des revisionistischen „Rudolf-Gutachtens“ vom November 1992 verantworten. Diese Auflage war mit einem Vor- und Begleitwort von **Otto Ernst Remer** (81) versehen und wurde unaufgefordert an zahlreiche Wissenschaftler, Politiker und Institutionen verschickt. Rudolf, ehemaliger Redakteur der „Jungen Freiheit“ und Funktionär des „Republikanischen Hochschulverbandes“ in Frankfurt, bestreitet vor Gericht die Verantwortung für die Verbreitung des pseudowissenschaftlichen „Gutachtens“. Verteidigt wird Rudolf vor Gericht von Dr. **Günter Herzogenrath-Amelung** aus Regensburg. Weitere Prozeßtermine finden im neuen Jahr 1995 statt. Das Gericht will auch den nach Spanien geflohene Altnazi Generalmajor a.D. Otto Ernst Remer als Zeugen hören.

Autoren des Grabert-Verlages bei den „Grundlagen zur Zeitgeschichte“:

Robert Faurisson („Zeugen der Gaskammern von Auschwitz“), den die „Junge Freiheit“ als „Symbolfigur des französischen Revisionismus“ charakterisiert, während ihn die „Bauernschaft“ gar zum „bedeutendsten der heute lebenden Revisionisten“ kürt.

„Ernst Gauss“ („Streitpunkt Judenvernichtung. Eine Holzschutz durch Blausäure-Begasung / Blaufärbung von Kalkzement-Innenputz“).

Germar Rudolf und Ernst Gauss („Die 'Gaskammern' von Auschwitz und Majdanek“)

Germar Rudolf („Statistisches über die Holocaust-Opfer. W.Benz und W.N.Sanning im Vergleich“)

Inspiriert zu seiner revisionistischen Auffassung hat Rudolf, Autor in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“ (DGG), nach eigenem Bekunden das Buch „Vergangenheitsbewältigung“ des Schweizers **Armin Mohlers**, das im Krefelder Sinus-Verlag erschien. Mohler, von 1964 bis 1985 Geschäftsführer der Siemens-Stiftung, Autor in „Criticon“, „Junge Freiheit“, seit Jahren Mentor der sogenannten Neuen Rechten, stellt darin den Holocaust „in Frage“ und tut das Tagebuch der Anne Frank verächtlich als eine „der großen Mythen der Vergangenheitsbewältigung“ ab.

Werner Rademacher „(Der Fall Lüftl oder: Die Justiz zur Zeitgeschichte“), Pseudonym (?)

Manfred Köhler („Der Wert von Aussagen und Geständnissen zum Holocaust“), Autor und Mitarbeiter von Cromwell Press, einem Verlag des britischen Hitler-Fanatikers **Anthony Hancock**.

Claus Jordan („Politik und Rechtsprechung - Ein Fallbeispiel“), Leserbriefschreiber in der „Jungen Freiheit“, vermutlich identisch mit einem ehemaligen nordrhein-westfälischen REP-Landesvorstandsmitglied

Johannes Peter Ney („Das Wannsee-Protokoll - Anatomie einer Fälschung“), Rassenideologe (Verfasser des Buches „Reizwort Rasse“, das 1991 im „Grabert“-Verlag erschienen ist), einst U-Boot-Kapitän, heute Gesellschafter der „Neuen Visionen GmbH“, einem revisionistischen Verlag mit Sitz in der Schweiz.

Ingrid Weckert („Die Gaswagen - Kritische Würdigung der Beweislage“), führte ehemals die in München ansässige „Antizionistische Aktion“ von **Michael Kühnen**. Im Juli d.J. erschien im „Kritik“-Verlag des SS-Recken **Thies Christophersen** ihre Broschüre „Auswanderung der Juden aus dem Dritten Reich“. **Martin Pape**, Gründer der neonazistischen FAP, dazu in seiner Monatspostille „Deutscher Standpunkt“ (Oktober): „Wir können dieses Heft nur empfehlen. Damit fliegen auch wieder ein paar schmutzige Lügen auf.“ Weckert ist Autorin des 1981 beim „Grabert“-Verlag erschienenen Buches „Feuerzeichen - Die 'Reichskristallnacht'“, das erst vor wenigen Monaten von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert wurde. Ihrer Auffassung nach wurde die Reichspogromnacht von jüdischer Seite initiiert.

Udo Walendy („Bild-'Dokumente' zur NS-Judenverfolgung?“), einer der Gründungsväter der NPD, Inhaber des „Verlages für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung“, Herausgeber der revisionistischen Reihe „Historische Tatsachen“, Mitarbeiter des „Editorial Advisory Committee“ der Zeitschrift „The Journal of Historical Review“, die vom us-amerikanischen „Institute for Historical Review“ (IHR) zweimonatlich herausgegeben wird.

John Clive Ball („Luftbild-Beweise“), Weggefährte des deutsch-kanadischen Neonazi **Ernst Zündel**. In Zündels Rundbrief „Germania“ (Nr.180) ist ein Beitrag von Ball veröffentlicht, in dem dieser dazu auffordert, „Schindler’s Liste“ wegen „Volksverhetzung“ zu verbieten.

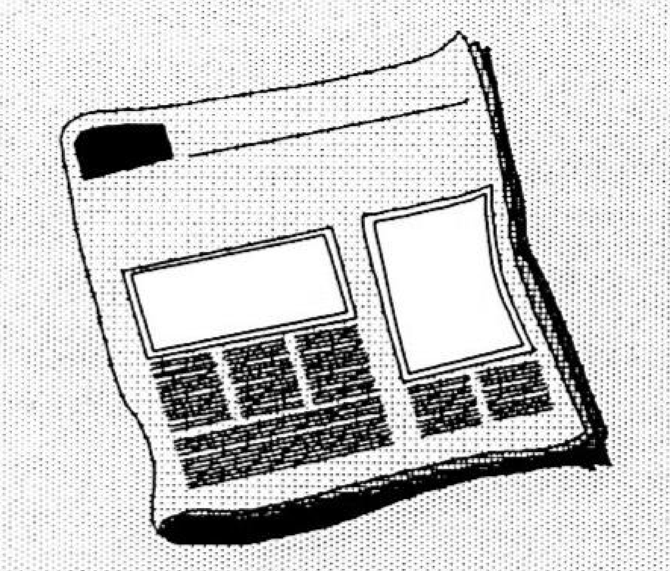
Carlo Mattogno und **Franco Deana** („Die Krematoriumsöfen von Auschwitz-Birkenau“), Mattogno ist Mitarbeiter des „Editorial Advisory Committee“ der Zeitschrift „The Journal of Historical Review“ und Autor des Buches „Auschwitz: Un caso di plagio“ (Parma 1986).

Friedrich Paul Berg („Die Diesel-Gaskammern: Mythos im Mythos“), Mitarbeiter des „Editorial Advisory Committee“ der Zeitschrift „The Journal of Historical Review“.

Arnulf Neumaier („Der Treblinka-Holocaust“), dessen Arbeitskraft Deutschland gehört (so die „Deutschen Annalen“ 1992), ist Autor in den zwischenzeitlich mit „Nation + Europa“ zwangsfusionierten „Deutschen Monatsheften“ und in den reichstreuen „Staatsbriefen“, sowie Leserbriefschreiber in der „Bauernschaft“, der „Deutschen Stimme“ und „Nation + Europa“.

Herbert Tiedemann („Babi Jar: Kritische Fragen und Anmerkungen“), der in einem Offenen Brief an die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth die Mär von einer „jüdischen Kriegserklärung“ gegen „die Deutschen“ wieder aufwärmt (nachzulesen in „Deutschland in Geschichte und Gegenwart“, Heft 2/1994).

RECHTS IN KÜRZE



Sammlungsversuch

Am 16. 11. 1994 fand im bayerischen Bad Kissingen ein Treffen verschiedener Organisationen des Spektrums rechts von der Union statt. Geladen hatten **Ekkehard Birkholz**, ehemaliger Landesvorsitzender der „Republikaner" in Sachsen-Anhalt, und **Peter Recknagel** (47), Landesvorsitzender der „Deutschen Sozialen Union" (DSU) in Bayern und ehemaliges Mitglied von NPD, CSU, „Republikanern" sowie „Deutscher Liga für Volk und Heimat", und **Horst Göttig**, Bundesvorsitzender der „Deutschen Solidarität - Union für Umwelt- und Lebensschutz". Mit von der Partie waren auch **Emil Schlee**, ehemaliger Landesvorsitzender in Schleswig-Holstein und Europaabgeordneter der REP sowie Initiator von „Aufbruch 94", **Erich Fuchs**, ehemaliger hessischer Landesvorsitzender der REP, **Brigitte Bielke**, stellvertretende DSU-Bundesvorsitzende, Professor **Alexander von Waldow**, ehemaliger Landessprecher des „Christlich-Konservativen Deutschland-Forum" in Schleswig-Holstein und inzwischen als Landesvorsitzender des „Aufbruch 94" engagiert, **Arnold Cremer** von der Partei „Die Mitte", **Bärbel Ballhorn** von der „Deutschen Steuerzahlerpartei" sowie Vertreter der „Deutschen Liga für Volk und Heimat" und des „Verbandes der Opfer des Stalinismus" um **Reiner Reusch** aus Köln. Für den „Bund Freier Bürger" (BFB) erschien lediglich **Bruno Bandulet**, ehemaliger CSU-Rechtsaußen und Autor in „Criticon" und „Epoche", als Beobachter. Der BFB-Vorsitzende **Manfred Brunner** (46), obwohl eingeladen, paßte. Die rund vierzig Anwesenden initiierten einen „Kissinger Kreis". Dieser Kreis soll die Gründung einer neuen national-konservativen Partei vorbereiten, Abgrenzungsbeschlüsse sind dabei nicht vorgesehen. Viele der anwesenden Vertreter diverser rechtskonservativer und rechtsextremer Gruppen gehörten in der Vergangenheit den „Republikanern" an.

NPD-Erbe

In der schwäbischen Kleinstadt Eningen hat die NPD vor einigen Wochen eine Villa samt einem 2.000 Quadratmeter großen Anwesen geerbt. Testamentarische Bedingung der verstorbenen Schwestern **Frida** und **Charlotte Krieg** war die Einrichtung einer „Nationalen Begegnungsstätte" in dem Haus durch die NPD. Eine „Initiative Bürger und Bürgerinnen gegen ein Nazi-Zentrum in Eningen u.A." engagiert sich derzeit wider die lokalen Umtriebe der NPD und ihres Bundesvorsitzenden **Günter Deckert** (54), der inzwischen seinen Zweitwohnsitz in Eningen angemeldet hat.

An „die unmittelbaren Anlieger/Nachbarn UNSERES (Hervorhebung im Original) Anwesens" ging mit Datum vom 29. November ein Schreiben sowie Propagandamaterial der NPD. Angekündigt wurde ein Hausbesuch Deckerts. „Falls Sie das nicht wünschen, teilen Sie das bitte unserer Geschäftsstelle mit." In dem Schreiben wird außerdem den Nachbarn erklärt, „wer Wind sät, könnte Sturm ernten". Deckert wird Anfang nächsten Jahres sowohl in Eningen als auch im nahen Reutlingen zu den Bürger- bzw. Oberbürgermeisterwahlen antreten. Von Seiten der NPD ist geplant, das Areal in fünf Jahren in Baugrundstücke aufzuteilen und zu verkaufen, um damit die marode NPD finanziell zu sanieren. Die NPD hat allein beim Land Baden-Württemberg Schulden in Höhe von rund DM 410.000, so der lokale Landtagsabgeordnete Manfred Renz (Die Grünen).

Kaderschmiede

Die „junge Generation" (unter 35 Jahre) im „Studienzentrum Weikersheim" (SZW) will das „Junge Weikersheim im Studienzentrum Weikersheim e.V." vertreten. Ziel des „Jungen Weikersheim" sei, so eine Selbstdarstellung, „Landsleute aus allen Teilen Deutschlands für eine Mitarbeit im SZW" zu werben. Das „Junge Weikersheim" hat es sich zur Aufgabe gemacht, einen Beitrag zur „Bildung einer geistigen Leistungselite zu leisten, die unser Gemeinwesen zu erneuren vermag". Verantwortlich für das „Junge Weikersheim" zeichnen **Ulli Boldt** (Berlin), **Ulrich Kolberg** (Karlsruhe), **Gregor Graf Schönstein** (Wien) und **Roland Wöller** (Berlin).

SS-Treffen

Gegen den Organisator eines Treffens ehemaliger Angehöriger der 2. SS-Panzerdivision „Das Reich" und des SS-Regiments „Der Führer", **Georg Seegerer**, in Lenggries bei Bad Tölz ermittelt derzeit die Staatsanwaltschaft. Seegerer hatte auf dem Einladungsschreiben zur Veranstaltung vom 14. Oktober 1994 (vgl. bnr 22/94) die Runen der SS verwendet. Neben Seegerer hielt **Otto Kumm** (85), Gründer der „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit" (HIAG), dem späteren „Bundesverband der Soldaten der ehemaligen Waffen-SS e.V.", eine Rede. Kumm, ehemaliger SS-Brigadeführer und Generalmajor der Waffen-SS (SS-Nr.18.727) und letzter Kommandeur der 1.SS-Panzerdivision „Leibstandarte SS Adolf Hitler", war bis zur offiziellen Auflösung der HIAG Ende 1992 deren Ehrenvorsitzender. Die Gemeinde Lenggries wird nach dem 26. Treffen der SS-Veteranen keine gemeindeeigenen Räume mehr zur Verfügung stellen.

Thomas Böhling

„Einblick"-Prozeß wird verschleppt

Etwa vor einem halben Jahr hatte es den Anschein, daß in Groß-Gerau bei Frankfurt/M. der Prozeß gegen maßgeblich Beteiligte an der Ende 1993 erschienenen Anti-Antifa-Publikation „Der Einblick" stattfinden sollte. Im „Einblick" waren rund 250 Adressen von AntifaschistInnen bzw. antifaschistischen Gruppen veröffentlicht worden. Teilweise kam es zu massiven Bedrohungen und Angriffen von Neonazis auf Betroffene.

Angeklagt wurden der Betreiber der Druckerei „Odal-Druck" in Rodach **Eberhard Hefendehl**, die Neonazis **Stefan Cumic** und **Norman Kempken**, sowie **Karin Mayer**, die beim Vertrieb geholfen haben soll. Hefendehl war schon Ende der 70er Jahre am Aufbau der illegalen NSDAP-AO beteiligt. Norman Kempken war Anführer der sogenannten „Taunusfront", einer Gruppierung die irgendwo zwischen rechten Hooligans und Neonazismus angesiedelt ist. Er verfügte über gute Kontakte zur verbotenen „Nationalistischen Front" und zur „Freiheitichen Deutschen Arbeiterpartei" (FAP). Stefan Cumic ist als langjähriger Aktivist der „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front" (GdNF) des verstorbenen Michael Kühnen bekannt und hatte Funktionen bei der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene" (HNG). Cumics Aussagen führten zur Ermittlung der anderen Angeklagten.

Norman Kempken war seit Oktober 1991 - zu einem Zeitpunkt, an dem seine Position als „Chef" der „Taunusfront" bekannt war - Mitglied der CDU. Als deutlich wurde, daß Kempken zu den „Machern" des „Einblicks" gehörte, schloß ihn die CDU aus der Partei aus. Sein Name wurde von Seiten der Bundesanwaltschaft gegenüber der Presse mit **Wolfgang K.** angegeben. Falschmeldungen wie diese lassen den Schluß zu, daß die Öffentlickeit bewußt belogen wurde.

Im Februar 1993 erklärte die Bundesanwaltschaft, daß es stichhaltige Beweise gäbe, nach denen Kempken die gesamten Textpassagen des „Einblick" geschrieben hätte. Im März war dann unklar, ob überhaupt Anklage gegen Kempken erhoben werden könnte, da die Bundesanwaltschaft aufgrund plötzlichen Beweismangels den Großteil der Anklagepunkte, wie z.B. Bildung einer kriminellen Vereinigung, fallenließ. Die These der „Einzeltäterschaft" stand - wieder einmal - im Raum. Die Bundesanwaltschaft gab das Verfahren an die Staatsanwaltschaft Darmstadt ab. Im Juni hieß es, daß der Prozeß noch vor August 1994 eröffnet werden müßte, da sonst eine (presserechtliche) Verjährung droht. Dann sollte der Prozeß im Spätsommer vor dem Jugendschöffengericht Groß-Gerau beginnen. Das ist er bis heute nicht.

Neuerscheinungen

1974 - 1994
20 Jahre Neonazis in Hamburg

AntifaschistInnen aus Hamburg blicken auf 20 Jahre Auseinandersetzungen mit Neonazis zurück. Zu diesem Themenkomplex erschien im Herbst letzten Jahres diese sehr lesenswerte Broschüre. Aus dem Inhalt: Wie alles anfing - NSDAP und "Hansa-Bande"; Christian Worch - Aktivist der ersten Stunde; Jürger Rieger - Anwalt der braunen Szene; Die FAP; Braune Technik-Freaks; Terror von Rechts; Braunes an den Universitäten; Nazis und Homosexuelle; Nazi-Anschläge in Hamburg und Umgebung - eine unvollständige Sammlung.

Für AntifaschistInnen, die sich schon lange mit der Thematik befassen, mag diese Broschüre nicht viel Neues bringen. Aber für junge Leute, die unmittelbar mit Neonazis konfrontiert sind, ist die Geschichte und Kontinuität der Auseinandersertzungen mit den Faschisten von großem Wert. Nazis fallen eben nicht vom Himmel. Und Führungspersonen wie Worch und Rieger sind seit langem aktiv.

Preis: 4,- DM (zuzgl. Porto)
Zu beziehen bei: Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Schulterblatt 58, 20357 Hamburg

Kampf der FAP
Dem organisierten Neofaschismus entgegentreten

Nach langer Verzögerung, bedingt durch die Kriminalisierung der Göttinger Autonomen Antifa (M), ist die schon in vielen Zeitungen angekündigte Broschüre über die „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) erschienen. Aus dem Inhalt:

Zur Funktion faschistischer Parteien; 15 Jahre FAP - eine Chronologie; 15 Artikel zu regionalen FAP-Aktivitäten; Friedhelm Busse - eine braune Biographie; Biographien von Martin Pape und Arnd-Heinz Marx; Für die militante Initiative - Aktionen gegen die FAP; Gegen die faschistischen Zentren vorgehen - ein Rückblick.

Die Broschüre ist teilweise sehr oberflächlich, teilweise aber auch sehr fundiert recherchiert. Bedauerlich ist, das sie sehr wenig Informationen über die Geschichte der FAP in Nordrhein-Westfalen bringt.

Herausgeber: Antifaschistische Aktion - Bundesweite Organisation
Preis: 8,- DM (zuzgl. Porto).
Direktbestellung über:
Autonome Antifa (M), c/o Buchladen Rote Straße, Rote Str. 10, 30073 Göttingen